stiftung
nord-süd
brücken

Jahresbericht 2012

Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik

Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik

Jahresbericht 2012

stiftung
nord-süd
brücken

Impressum

Herausgeberin
Stiftung Nord-Süd-Brücken
Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin
Telefon: 030/42 85 13 85
Fax: 030/42 85 13 86
e-mail: info@nord-sued-bruecken.de
Internet: www.nord-sued-bruecken.de

Redaktion
Antje Bernhard
Andreas Rosen
Herbert Sahlmann
Walter Hättig
Ingrid Rosenburg
Lisa Wassermann
Jan Wenzel

Gestaltung
Sabine Steinhof, www.rrita.de

Druck
Druckerei Banetzki (gedruckt auf Recyclingpapier)

Fotos Umschlag
Titel: VENRO/Rüdiger Dunker
Rückseite: Stiftung Nord-Süd-Brücken

Wir danken den Vereinen für die Darstellung ihrer Projektarbeit
und die bereit gestellten Fotos.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Stiftung Nord-Süd-Brücken wieder.

Inhaltsverzeichnis

4 Abkürzungsverzeichnis
5 Vorwort

6 Zum Tod von Kathrin Buhl

Jahresbericht 2012
8 Projektförderung
10 Gremienwahlen und Verabschiedung von Peter Stobinski

11 **Stiftungsprojekte 2012**
12 Vermittlung von entwicklungspolitischen Informationen
14 Qualifizierung von Projektanträgen und Organisationen
16 Vernetzung und Dialog unter entwicklungspolitischen Akteuren
18 Entwicklungspolitische Chancen eröffnen
20 Dienstleistung für den Berliner Senat

21 **Finanzen**
21 Einstürzende Neubauten? – Chancen und Risiken des Immobilienmarktes
22 Bericht über die Vermögensverwaltung 2012
24 Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012
26 Bilanz zum 31.12.2012
28 Bestätigungsvermerk Wirtschaftsprüfer

29 **Kohle, Kooperation … und Konflikte?**
Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik

30 Einleitung

31 Ulrich Post: **Seismographen für gesellschaftliche Schieflagen**
Zivilgesellschaft darf sich nicht von oben führen lassen

34 Walter Hättig: **Staat und Zivilgesellschaft – Was hat die Stiftung damit zu tun**
Die Stärkung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist Stiftungszweck

37 Detlev Groß: **Engagement lokal**
Für die Gestaltung internationaler Politik liegt ein Schlüssel in der Regionalpolitik

39 Thomas Schmidt: **Am Rande der Existenz**
In Mecklenburg-Vorpommern geht es an die gesellschaftlich-demokratische Substanz

42 Anne Schicht: **NOLOBBYPOLY**
Was tun, wenn sich die Landesregierung der organisierten Zivilgesellschaft entzieht?
Eine (selbst)therapeutische Spielanleitung aus Sachsen

45 Merlin Schönke: **Zivilgesellschaft basiert auf Werten wie soziale Gerechtigkeit**
Ein Ex-Praktikant vermisst die Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik

48 Sylvia Werther: **Zivilgesellschaft digital**
Im Internet eröffnen sich neue Handlungsräume für die Zivilgesellschaft

51 **Statistische Angaben**

59 **Gremien der Stiftung Nord-Süd-Brücken**

60 **Bestellbare Materialien**

Abkürzungsverzeichnis

AGL	Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.
ASW	Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
BENBI	Berliner Entwicklungspolitisches Bildungsprogramm
BER	Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.
BGV	Berlin Global Village e.V.
BIT	Bildungs- und Informationstage
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BREBIT	Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.
ENS	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.
ENSA	Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm
EO	Entsendeorganisation
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FABRO	Förderverein des Ausländerbeirats der Hansestadt Rostock e.V.
FEB	Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung
FEZ	Freizeit- und Erholungszentrum
GSE	Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V.
KMK	Kultusministerkonferenz
LAMSA	Landesnetzwerk Migrantenselbstorganisation Sachsen-Anhalt
LEZ	Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit
MDG	Millenium Development Goals-Millenniumsentwicklungsziele
MDO	Migrantisch-Diasporische Organisation
MSO	MigrantInnenselbstorganisation
MV/MVP	Mecklenburg-Vorpommern
NBL	Neue Bundesländer
NRO	Nichtregierungsorganisation
PKF	Personalkostenförderung
PME	Planung, Monitoring, Evaluierung
RAA	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie
SNSB	Stiftung Nord-Süd-Brücken
SODI	Solidaritätsdienst-international e.V.
VENRO	Verband Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen e.V.
WFD	Weltfriedensdienst e.V.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Letztes Jahr begannen wir das Vorwort mit dem Satz „Es ist schön, wenn…"
Noch schöner ist es, wenn sich ein Jahr später die positiven Trends bei der Projektförderung weiter fortgesetzt haben. 2012 konnte die Stiftung Nord-Süd-Brücken mit einer Summe von 1.042.697 Euro insgesamt 173 Inlands- und Auslandsprojekte fördern. Erfreulich ist außerdem, dass die Stiftung mehr Anträge zur Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben erhalten hat, dass sich fünfundzwanzig Gruppierungen erstmals an die Stiftung Nord-Süd-Brücken gewandt haben und dass mehr migrantische Vereine zu den Antragstellenden zählen.
Die Fördersumme für Auslandsprojekte ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen, andererseits stieg die Zahl der Anträge für Auslandsprojekte, die von kleinen, ehrenamtlich arbeitenden Vereinen eingereicht wurden. Dieser Zuwachs ist ein Zeichen für eine breitere gesellschaftliche Verankerung entwicklungspolitischer Themen und einen zunehmenden Bekanntheitsgrad der Stiftung als kompetente Partnerin für solche Vorhaben.
Neben der Förderung von Projektvorhaben ostdeutscher Vereine sind Weiterbildungsmaßnahmen und Förderung von Vernetzung eine weitere, wichtige Aufgabe der Stiftung. Qualifizierungsworkshops zu verschiedenen Phasen eines Projektvorhabens für die ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen werden gut nachgefragt und schlagen sich in einer verbesserten Antragsqualität und einem guten Projektmanagement der geförderten Vereine nieder.
Mit der jahrelangen Unterstützung der servicestelle weltwärts konnte die Stiftung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Stimmen kleiner ostdeutscher Entsendeorganisationen gehört wurden und dass auch junge Menschen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mehr Chancen hatten, am weltwärts-Programm teilzunehmen. Der Beschluss des Rates der Stiftung, die servicestelle weltwärts als eigenständigen Verein „weiter gehen" zu lassen, hat zur Gründung eines eigenen Verbundes im Mai 2013 geführt. Der neue Verbund wird auch weiterhin eine qualifizierte Beratung anbieten, darüber hinaus sollen auch andere Zielgruppen wie junge Berufstätige oder junge Migranten erreicht werden.
Seit Beginn des Stiftungsprojektes „Stärkung von Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit" ist die Zusammenarbeit mit migrantischen Vereinen deutlich angestiegen, 2012 konnten in Zusammenarbeit mit moveGLOBAL/BER und dem ENS Tagesworkshops veranstaltet werden, bei denen zahlreiche migrantische Verein qualifiziert wurden. Außerdem unterstützte die Stiftung die Gründung eines bundesweiten migrantischen Fachverbands. Bis Migranten und Migrantinnen in der entwicklungspolitische Debatte angemessen Gehör finden ist noch ein langer Weg, und es bedarf seitens der Stiftung noch weiterer Unterstützung.
Die Stiftung Nord-Süd-Brücken kooperiert nicht nur mit der Zivilgesellschaft, sondern auch mit zahlreichen staatlichen Akteuren. Um beide miteinander ins Gespräch zu bringen, vor allem um die Vielfalt der entwicklungspolitischen Aktivitäten in Ostdeutschland sichtbar zu machen, hat die Stiftung im Juni 2012 eine entwicklungspolitische Bustour organisiert. Für die Teilnehmenden ein eindrückliches Erlebnis, bei dem vor allem die mitreisenden Vertreter und Vertreterinnen von BMZ und Engagement Global viel über die Mühen des Alltags entwicklungspolitischer Arbeit erfahren konnten, aber auch eine große Kreativität erleben durften.
Die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft klappt leider nicht immer so gut. Die Stiftung Nord–Süd-Brücken hat viel Energie in ein Engagement bei Berlin Global Village zur Errichtung eines gemeinsamen Hauses der Berliner entwicklungspolitischen Gruppen und Vereine gesteckt. Es zeigte sich im weiteren Planungsprozess, dass Stiftung und BGV sehr unterschiedliche Vorstellungen über die jeweilige Verantwortung und den Betrieb eines solchen Zentrums hatten. Zu Beginn des Jahres 2013 hat der Vorstand der Stiftung deshalb beschlossen, das Vorhaben als Eigentümer und Betreiber des Zentrums nicht weiter zu verfolgen.
Neben dem inhaltlichen und finanziellen Jahresbericht findet der geneigte Lesende diesmal Beiträge zum komplexen Thema „Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik".
Autorinnen und Autoren beschreiben aus ihrer Sicht eine stattfindende oder nicht vorhandene beziehungsweise wünschenswerte Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die vereint sehr viel zu einer Veränderung zum Guten für viele Menschen weltweit beitragen könnten. Langfristig wäre ein Blick auf das Verhältnis der Zivilgesellschaft zur EU sicher interessant, wie auch Bemühungen um eine Vernetzung mit Gruppen in den östlichen Nachbarländern.
Die Stiftung Nord Süd Brücken dankt allen Unterstützer/innen, Partner/innen und Menschen, die sich mit ihr für eine solidarische Welt einsetzen. Sie gedenkt insbesondere Kathrin Buhl, ihrer ehemaligen Mitarbeiterin und Geschäftsführerin, die im Dezember 2012 unerwartet gestorben ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Ursula Pattberg
Vorsitzende des Stiftungsrates

Eberhard Bauer
Vorsitzender des Vorstandes

Berlin, im Juni 2013

Zum Tod von Kathrin Buhl

Am 22.12.2012 ist Kathrin Buhl in São Paulo, Brasilien, gestorben. Ihr Tod kam unerwartet und plötzlich. Kathrin ist nur 51 Jahre alt geworden. Sie war von 1994 bis 2007 Mitarbeiterin der Stiftung Nord-Süd-Brücken, die letzten beiden Jahre war sie Geschäftsführerin. Danach hat sie für die Rosa-Luxemburg Stiftung in Brasilien gearbeitet. Für die Zukunft hatte sie noch viele Pläne. Die Arbeit der Stiftung Nord-Süd-Brücken hat sie tief geprägt, sie wird für immer mit der Stiftung verbunden bleiben. Kathrins Tod hat alle, die mit ihr zusammenarbeiten durften, tief berührt.
Ursula Pattberg, die Vorsitzende des Stiftungsrates, hat für sie die Trauerrede gehalten, die wir hier auszugsweise dokumentieren.

Kathrin ist gestorben. Ihr Tod kam viel zu früh und gänzlich unerwartet und lässt uns alle fassungslos und traurig zurück. Sie fehlt uns sehr.
Sie können alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling aufhalten können.
Diesen Satz Pablo Nerudas können wir als Leitmotiv für Kathrins Arbeiten und Handeln nehmen, ganz besonders für ihre nie ermüdende Solidarität und ihre Überzeugung, durch eigenes Handeln etwas zum Positiven verändern zu können. Und er ist auch Ansporn für uns.
Kathrin hat ab September 1994 bei der gerade gegründeten Stiftung Nord Süd Brücken gearbeitet. Diese Zeit des Aufbaus der Stiftung, der inhaltlichen Findung und Klärung war für Kathrin eine gute Zeit, in der sie vieles verwirklichen konnte, was ihr wichtig war. Kathrin ging es um Inhalte und Menschen, sie war neugierig und offen für neue Ideen. Es ging ihr immer um Basisnähe, sie verabscheute Hierarchien (…). Auch Geld interessierte sie nur am Rande und nur soweit es unvermeidlich war.
In der Stiftung hat sie, gemeinsam mit anderen, die inhaltlich-politische Diskussion und Debatte initiiert und energisch vorangetrieben. Anspruchsvolle Diskussionen anzetteln, das konnte sie mit Leichtigkeit, sie hatte ein gutes Gespür für die Themen, die wichtig waren: Die Position und Bedeutung von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und deren Rechte, die gesellschaftliche Wirkung von Projekten, angepasste Technologie, die Evaluierung von Projekten.
Mit den Seminaren, die sie organisierte, wirkte sie tief hinein in die entwicklungspolitische Szene Ostdeutschlands, sie sind bis heute legendär: Denn Kathrin hatte eine sehr schöne Art und Weise, Seminare zu „leiten" mit ihren berühmten Zitaten von Eduardo Galeano oder von Subcommandante Marcos, der wunderschönen, geschwungenen Schrift mit Blumen auf Flipcharts, den anregenden Energizern, der treffenden Zusammenfassung von Vorträgen und Diskussionen sowie dem abendlichen Rauchen und Rotwein trinken.

In den ersten 11 Jahren ihrer Tätigkeit bei der Stiftung war sie Projektreferentin, sie hat Projektanträge geprüft und die Förderrichtlinien der Stiftung kontinuierlich weiterentwickelt. Diese Arbeit machte sie innerhalb kurzer Zeit zur besten Kennerin der entwicklungspolitischen Landschaft in Ostdeutschland. Sie kannte alle Organisationen vom „Eine-Welt-Verein" in Ilmenau bis hin zu „Puerto Alegre" in Frankfurt an der Oder. Noch Jahre später konnte sie sich an jeden Antrag einer NRO erinnern.
Kathrin stellte an sich selbst höchste Anforderungen, aber auch an NRO, die Anträge bei der Stiftung stellten. Es war nicht leicht, sie zufrieden zu stellen.
Sie besaß jedoch eine Eigenschaft, die es leicht machte, damit umzugehen: sie konnte zuhören, freundlich lächelnd und zugewandt, meist im Schneidersitz, Matetee trinkend. Sie stellte ihre klugen Fragen und jedem wurde klar, was zu ändern ist. (...) All dies war immer gepaart mit einem kräftigen Schuss Selbstironie. Niemand konnte sich so genüsslich lustig machen über eigene Fehler (...) wie Kathrin. (...)
Kathrin ist es auch zu verdanken, dass es heute in Berlin ein starkes und anerkanntes Landesnetzwerk der entwicklungspolitischen Organisationen gibt, dessen Sprecherin sie von 1996 bis 2002 war. Sie verhandelte mit dem Berliner Senat und auch mit dem BMZ die Finanzierung des Netzwerkes, und legte damit die Grundlagen für die danach folgende Entwicklung. (...)
Als 2005 der damalige Geschäftsführer der Stiftung Eberhard Bauer in Rente ging, kam nur eine Person als Nachfolgerin in Frage: Kathrin Buhl. Sie selbst war sich nicht so sicher, sie zögerte mit ihrer Entscheidung, es war ihr klar, dass sie sich künftig mehr mit dem Thema Geld befassen musste und dass ihr Kontakt zur entwicklungspolitischen Szene geringer sein wird. Als sie sich schließlich dafür entschied, Geschäftsführerin der Stiftung Nord-Süd-Brücken zu werden, waren alle erleichtert.
Nach 13 Jahren Arbeit mit und für die Stiftung Nord-Süd-Brücken erhielt Kathrin 2007 das Angebot, das Landesbüro der Rosa-Luxemburg Stiftung in Brasilien zu leiten. Ein Angebot, dem sie nicht widerstehen konnte, wollte sie doch schon immer in einem Land Lateinamerikas leben und arbeiten.
Für die Stiftung war dies ein herber Verlust, für Kathrin war es jedoch der richtige Schritt: die Arbeit in Brasilien und in den Nachbarländern hat sie glücklich gemacht. Ihre vielen Emails legen darüber ein beredtes Zeugnis ab. Sie wollte noch viele Jahre in Lateinamerika verbringen, das war ihr leider nicht vergönnt.

In unserem Gedächtnis wird Kathrin immer weiterleben. (...) Wir werden sie vermissen. Ihre Präsenz, ihren leisen Spott, ihr Lächeln ..... einfach Kathrin.

Ursula Pattberg
Stiftung Nord-Süd Brücken
Berlin, 30.1.2013

Die Trauer versteckt sich noch hinter dem Unbegreifbaren, dem Nichtglaubenkönnen, dass Kathrin nicht mehr am Leben ist. Ich sehe sie in der Stiftung Nord-Süd-Brücken und bei vielen Veranstaltungen. Ihre kaum zähmbaren blonden Haare, ihre flinken Bewegungen, nie hektisch, immer hellwach. Gut gelaunt, freundlich und mit enormen Wortwitz, der in schwierigen Situationen frischen Wind in die Köpfe bringen konnte. Eine engagierte, emanzipierte Frau, die sich und ihre Positionen nicht versteckte, sich nicht anbiederte, die klar dachte und sich klar äußerte. Kathrin, mit der es Spaß machte, einen Wein zu trinken, eine Zigarette zu rauchen, über die Welt im Ganzen und das, was für eine bessere Welt machbar beigetragen werden kann, zu denken und zu reden.
Marina Grasse

Ach Kathrin, wir waren doch zum Besuch in Brasilien verabredet. Aber schon geraume Zeit habe ich deine langen nächtlichen Mailbriefe vermisst, die stets wie das Eintauchen in anderes Leben waren - ja, ich glaube, du hast Vielen ein Anderssein ermöglicht. Als du nach einem Jahr feststelltest, das der eine Koffer immer noch nicht ausgepackt war... Nun also kein Wiedersehen in Sao Paulo, aber deine Stimme, dein Lachen erinnern, das bleibt.
Rolf Wettstädt

Kathrin Buhl war eine wunderbare Mentorin für die sich in der EZ und der interkulturellen Arbeit engagierenden Menschen aus den ostdeutschen Ländern. Und so ganz nebenbei hat sie auch dazu beigetragen, dass sich in den Projekten auch sehr private Beziehungen entwickeln (konnten). So ist es bei uns geschehen. Und das macht den plötzlichen Verlust von Katrin so bitter für uns.
Chandralekha Trettin-Deb & Lutz Trettin

Kathrin hat dieses beherzte Zupacken, dieses unkomplizierte Herangehen an Dinge, dieses tiefe Verständnis für die Eigenarten der Gruppen und Organisationen im Umfeld der Stiftung sowie der Gremien gehabt, das hat sie bestimmt auch in Brasilien erfolgreich Arbeit machen lassen.
Professor Matthias Weiter

Sie war für mich immer eines der Gesichter, das sich mit der ostdeutschen post-89er Soli-Szene verband.
Thomas Ruttig

Sie wird für uns immer eine tolle Frau und Kämpferin sein...,
Ich hatte in ihr immer eine Unterstützerin und Weggefährtin, besonders beim Stiftungsrat, zu deren Sitzungen ich nicht selten die einzige Frau außer der Geschäftsstelle war.
Krista Nowak

Sie war eine Guerillera der besonderen Art. Ihr Kampf hinterließ Hoffnung, Liebe, Solidarität. Sie überzeugte mit ihrer Intelligenz und Charme. Und sie war eine Freundin, deren Blick und Lächeln ich nicht vergessen werde.
Carlos Echegoyen

Ich erinnere mich gerne an ihre Zitate, die sie bei allen Veranstaltungen - bei großen und kleinen - stets zur Hand hatte und die die Dinge meist einprägsam auf den Punkt brachten.
Ursula Nix

Sie brillierte durch ihr scharfes Denken, ihre Intelligenz und ihre Authentizität, die sie für die NRO in den NBL nah und glaubhaft gemacht hat...
Monika Tharann

Jahresbericht 2012

Projektförderung

Überblick

2012 setzt sich die positive Entwicklung bei der Projektförderung fort: Erstmalig seit 1999 wurde die „1-Millionen-Euro-Marke" bei der Förderung durchbrochen. Insgesamt wurden im zurückliegenden Jahr 173 Auslands- und Inlandsprojekte mit einer Summe von 1.042.697 Euro gefördert. 2011 wurden 146 Projekte mit 919.118 Euro unterstützt. Auch erhielt die Stiftung 2012 deutlich mehr Anträge zur Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben als in den Vorjahren. Waren es 2010 bzw. 2011 188 bzw. 185 beantragte Projekte, so lag die Zahl der beantragten Projekte 2012 bei 221 Anträgen. Ergänzt man die Projektförderung – finanziert aus Stiftungsmitteln und weiter ansteigenden Zuwendungen durch das BMZ – um die Dienstleistung für den Berliner Senat (Förderprogramm für Berliner NRO), so verteilte die Stiftung Nord-Süd-Brücken 2012 insgesamt mehr als 1,5 Mio. Fördermittel an ostdeutsche und Berliner Vereine.

Beantragte und geförderte Projekte 2012

Förderbereich	Beantragte Projekte	Beantragte Summe in €	Bewilligte Projekte	Bewilligte Summe in €
Ausland	43	304.177	32	203.905
Inland	177	1.034.510	140	830.474
Studien	1	10.000	1	8.318
Gesamt	**221**	**1.348.687**	**173**	**1.042.697**

Neue Zielgruppen

Insgesamt beantragten im zurückliegenden Jahr 117 verschiedene Vereine Mittel zur Finanzierung ihrer entwicklungspolitischen Projektarbeit. Hiervon konnten letztlich 99 Vereine gefördert werden. Unter den antragstellenden Vereinen waren 25 neue Vereine, von denen immerhin 15 Erstantragsteller auch Fördermittel erhielten. Erfreulich ist auch die positive Entwicklung bei der Antragstellung durch migrantische Vereine. 2012 erhielten wir 31 Anträge von 17 Vereinen, hiervon konnten 21 Projektanträge bewilligt werden.

Studien

Hier wurde im Rahmen der Personalkostenförderung (PKF) die Qualifizierung der geförderten Träger/Personen im Berichtsjahr mit insgesamt 8.318,67 Euro bezuschusst.

Ausland

Die Gesamtfördersumme für Auslandsprojekte ist 2012 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, von 228.340 Euro für 2011 auf 203.905 Euro. Dem steht ein leichter Zuwachs auf Seiten der beantragten (43) und geförderten Projekte (32) gegenüber. Erfreulich ist dabei, dass wir weiter mehr Anträge zur solidarischen Unterstützung von Vorhaben der direkten oder indirekten Armutsbekämpfung bekommen. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bedeuten, dass die Durchschnittsförderung leicht gesunken ist auf ungefähr 6.500 Euro. Weiterhin liegt der Fokus bei den Auslandsprojekten in Afrika. Hier wurden 20 Projekte in zwölf Ländern gefördert, während in Asien sieben Projekte in vier Ländern und in Lateinamerika fünf Projekte in fünf Ländern gefördert wurden. Bevorzugte Sektoren sind Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft. 31 der 43 gestellten Anträge kamen von kleinen, ehrenamtlich arbeitenden Vereinen und Gruppen, die auch die primäre Zielgruppe des EZ-Kleinprojektefonds sind.

Geförderte EZ-Projekte nach Sektoren

Sektor	Bewilligte Summe in €
Bildung	43.492 €
Einkommensschaffende Maßnahmen	13.458 €
Gesundheit	37.305 €
Infrastruktur	30.000 €
Landwirtschaft/Ernährungssicherung	43.000 €
Sonstiges	2.500 €
Trinkwasser	23.250 €
Umweltprojekte	10.900 €
Auslandsprojekte	**203.905 €**

Inland

Im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurden im Berichtszeitraum 177 (2011: 143) Projekte beantragt, von denen die Stiftung 140 Projekte (2011: 118) mit einem Gesamtvolumen von 830.474 Euro (2011: 683.268 Euro) gefördert hat. Die Gesamtfördersumme für Inlandsprojekte (inklusive der Personalkostenförderung) konnte gegenüber dem Vorjahr erheblich gesteigert werden. Dies konnte vor allem durch die Einwerbung höherer Drittmittel für die Personalkostenförderung (+50.000 Euro) sowie auf Grund eines erneuten Förderprogramms für die MDG (Laufzeit 2012–2014) erreicht werden. Allein über die BMZ-finanzierten Förderprogramme „Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Millenniumsentwicklungszielen wurden im zurückliegenden Jahr 90 Inlandsprojekte mit einer Fördersumme von 305.645 Euro gefördert. Schwerpunkte der Förderung der Inlandsarbeit (ohne Personalkostenförderung) sind nach wie vor die schulische bzw. außerschulische Bildungsarbeit, die Umsetzung von Jahresprogrammen sowie die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Für die Personalkostenförderung (PKF), ohne die eine kontinuierliche und professionelle entwicklungspolitische Inlandsarbeit in den neuen Bundesländern nicht denkbar wäre, wurden im zurückliegenden Jahr für 30 Stellen Zuschüsse in Höhe von 427.500 Euro vergeben.

Geförderte Inlandsprojekte nach Sektoren

(ohne Personalkostenförderung)

Sektor	Bewilligte Summe in €
Schulische und außerschulische Bildungsarbeit	106.155 €
Begegnungsreisen	8.300 €
Fairer Handel	19.355 €
Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	33.941 €
Jahresprogramme	85.893 €
Kultur	16.000 €
Medien	7.500 €
Stärkung von Migrantenorganisationen	30.944 €
Menschenrechte	3.750 €
Multiplikatoren-Schulungen	13.450 €
Projekterkundungsreisen	2.725 €
Publikationen	3.500 €
Reverse-Begegnungsprogramme	23.130 €
Sonstiges	62.711€
Inlandsprojekte	**402.974 €**

Bundesländer

Bei der regionalen Verteilung der Fördermittel liegt Berlin mit ungefähr 43% der Gesamtförderung (rund 453.000 Euro) sehr weit vorne. Berlin hat relativ, aber vor allem absolut, deutlich zugelegt. Selbst das „zweite entwicklungspolitische Zentrum" in Ostdeutschland, Sachsen, reicht an diese Prozentzahlen nicht heran. Nach Sachsen flossen 18% der Gesamtfördersumme, das sind immerhin auch 188.075 Euro. Für den Freistaat ist auffällig, dass der Bundesland-Förderanteil im Jahr 2012 leicht zurück ging, gleichzeitig aber die Zahl der geförderten Projekte in Sachsen um 40% gegenüber dem Vorjahr anstieg. Das heißt, mehr sächsische Vereine sind 2012 mit insgesamt weniger Geld gefördert worden. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sicherten sich 14,14% bzw. 13,19% der Gesamtfördersumme und kommen auf ähnlich hohe Bundeslandfördersummen (147.408 bzw. 137.483 Euro). Der Unterschied besteht darin, dass in Brandenburg gegenüber dem Vorjahr rund 10% weniger Projekte gefördert wurden, während in Mecklenburg-Vorpommern rund 60% mehr Projekte finanziert wurden. Auf Sachsen-Anhalt entfielen rund 7% und Thüringen auf 4% der Fördersumme. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass Sachsen-Anhalt bei der Zahl der beantragten und bewilligten Projekte gegenüber dem Vorjahr deutlich zugelegt hat. Die oben genannten Zahlen sind teilweise Momentaufnahmen, sie können schon im nächsten Jahr in Teilen anders ausfallen, deswegen sollten sie nicht überbewertet werden. Unter dem Strich bleibt es dennoch eine große Herausforderung, die Fördermittel effektiv und vielfältig in allen Bundesländern, und vor allem in ländlichen Regionen, wirken zu lassen.

Projekte nach Bundesländern

Bundesland	Anzahl beantragter Projekte	Beantragte Summe in Euro	Anzahl bewilligter Projekte	Bewilligte Summe in Euro	Anteil nach Bundesländern in %	Erfolgsquote beantragter Projekte in %
Berlin	82	566.013 €	66	453.246€	43,47	80,08
Brandenburg	30	185.313 €	24	147.408€	14,14	79,55
Mecklenburg-Vorpommern	28	183.682 €	23	137.483€	13,19	74,85
Sachsen	49	242.704 €	37	188.075€	18,04	77,49
Sachsen-Anhalt	19	107.849 €	14	73.685€	7,07	68,32
Thüringen	13	63.126 €	9	42.800 €	4,10	67,80
Gesamt	**221**	**1.348.687 €**	**173**	**1.042.697 €**	**100,00**	**77,31**

Gremienwahlen

und Verabschiedung von Peter Stobinski

Alles Gute, Peter! *Foto: SNSB*

Ende Februar 2012 wählte die Stiftung Nord-Süd-Brücken einen neuen 15-köpfigen Stiftungsrat und den fünfköpfigen Vorstand. Viele engagierte und verdiente NRO-Vertreter/innen, Expert/innen und Landesvertreter/innen aus Rat und Vorstand mussten aufhören, da ihre maximale Amtszeit erreicht war. Andere konnten aus beruflichen oder privaten Gründen dieses Ehrenamt nicht länger fortsetzen. Allen jedoch gilt unser Dank dafür, dass sie in den zurückliegenden drei und mehr Jahren die Arbeit und Entwicklung der Stiftung Nord-Süd-Brücken mitgestaltet haben. Die vollständige Liste mit ausgeschiedenen und wiedergewählten bzw. neuen Gremienmitgliedern steht am Ende des Jahresberichtes.

Einem gilt unser ganz besonderer Dank: Peter Stobinski.

Er wurde vom Stifter der Stiftung Nord-Süd-Brücken, dem Solidaritätsdienst-International e.V., als Stiftungsratsmitglied benannt und von den Gremien mehrfach als Stiftungsratsvorsitzender gewählt. Er übte diese Funktion 12 Jahre aus und hat somit an herausragender Stelle den Aufbau, die Profilierung und weitere Entwicklung der Stiftung mit Herzblut, kritischen Gedanken und auch mit viel Humor begleitet und geprägt. In vielen Situationen war er Chronist der Anfangszeiten der Stiftung, stets ein Mahner, der die Bedeutung der Auslandsprojektarbeit ostdeutscher Vereine und deren Förderung durch die Stiftung betonte und immer interessiert an der Ausdifferenzierung der finanziellen Fundamente der Stiftung und am Wohlergehen des Stiftungskapitals. All diese Aspekte zeichnete Eberhard Bauer, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung, bei der Verabschiedung von Peter Stobinski im Rahmen der Jahresveranstaltung 2012 nach – und hierfür gab es zu Recht lange anhaltenden Applaus, auch von vielen jungen Menschen, die Peter zuvor noch nicht kannten. Für etwas ruhigere Zeiten wünscht Dir, Peter, die Stiftung Nord-Süd-Brücken alles Gute und dass die Verbindung zu uns noch sehr lange halten möge!

Foto: SNSB

Stiftungsprojekte 2012

Diskutierte Stärken und Schwächen des weltwärts-Programms – Podium der Jahresveranstaltung *Foto: SNSB*

Im zurückliegenden Jahr wurden zwölf Stiftungsprojekte mit einem Volumen von 81.633,59 Euro umgesetzt. Die Stiftungsprojekte orientieren sich an den unten genannten Leistungen. Sie werden zum überwiegenden Teil aus unterschiedlichen Titeln des BMZ finanziert. Die Servicestelle weltwärts ist finanziell und von den Maßnahmen her das größte Stiftungsprojekt.

1. Vermittlung von entwicklungspolitischen Informationen

Jahresveranstaltung zu „weltwärts"

„Vom Entwicklungsdienst ‚light' zum entwicklungspolitischen Lern- und Austauschdienst?" – diese und weitere Fragen diskutierte die Stiftung Nord-Süd-Brücken auf ihrer Jahresveranstaltung Mitte Juni im Haus der Demokratie Berlin u.a. mit Karin Schüler, Abteilungsleiterin der Servicestelle Engagement Global und dort zuständig für das weltwärts-Sekretariat, mit Kingsley Addy von der ghanaischen Partner- und Empfängerorganisation ARA und mit dem ehemaligen weltwärts-Freiwilligen Jonathan Gatzer. Jan Wenzel von der Servicestelle weltwärts bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken verwies in seinem Impuls-Referat u.a. auf das Engagement der zurückgekehrten Freiwilligen, die als Multiplikator/innen ihr Lebensumfeld für globale Themen sensibilisieren. Die Diskutierenden waren sich einig, dass sich die Rückkehrer/innen gut vernetzen, Projekte und Veranstaltungen planen, sich selbst weiterbilden oder eigene Vereine gründen. Demgegenüber wurde kritisch angemerkt, dass z.B. viele Gruppen – Nicht-Abiturienten, Migrant/innen, Jugendliche mit Behinderungen, junge Menschen in ländlichen Regionen und im Osten – im Programm nur sehr spärlich vertreten sind. Kingsley Addy verwies darauf, dass die Partnerorganisationen kaum Mitspracherecht am Programm haben. Bereits zu Programmbeginn hatte er die fehlende Reverse-Komponente des Programms angemahnt und auf der Veranstaltung fragte er erneut: Wann wird es endlich auch jungen Ghanaern möglich sein, einen Freiwilligendienst in Deutschland zu absolvieren? Mehr als 100 Interessierte, unter ihnen viele junge

Menschen, folgten an diesem Nachmittag den beiden Podiumsrunden. Die anschließende Diskussion war lebhaft, die Rückmeldungen auf die Veranstaltungen positiv, und in der Tageszeitung „Neues Deutschland" erschien anschließend ein Beitrag über die Veranstaltung.

Fachgespräch „Berufliche Bildung in den Ländern des Südens"

Ende Oktober veranstaltete die Stiftung in Kooperation mit dem Indienförderkreis EPOG bei der Wassermühle Ziddorf e.V. ein Fachgespräch mit dem Titel „Non-formale berufliche Bildung in den Ländern des Südens – Was bewirkt das?". Mit Manmasih Surin und Narendra Gagrai vom handwerklichen Ausbildungszentrums in Chotanagpur/Indien diskutierten 25 NRO-Vertreter/innen die Fragen, unter welchen Bedingungen non-formale berufliche Bildung erfolgreich ist und wie die Auszubildenden möglichst erfolgreich unterstützt werden können? Gefragt wurde des Weiteren, welche Begleitmaßnahmen nach Abschluss der Ausbildung nötig sind, um die Ausgebildeten erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Die indischen Gäste berichteten von dreimonatigen Trainings, die auf dem traditionellen Meister-Lehrling-Prinzip basieren und sich vor allem an arbeitslose Jugendliche aus den ländlichen Gegenden der Region orientieren, die selbst keine formale zweijährige Ausbildung finanzieren können. Ziel der Kurse sei es, auch diesen Jugendlichen eine Perspektive und ein Einkommen zu schaffen und somit u.a. der Landflucht vorzubeugen. An eben diese Zielgruppe knüpfte auch die Referentin Heidi Hornickel von der Universität Jena an. Sie evaluierte das Projekt „Berufsbildung für sozial schwache Jugendliche" des Instituts für nachhaltige Entwicklung und erneuerbare Energien in Fortaleza/Brasilien. Hornickel verwies darauf, dass kombinierte Ausbildungsinhalte und zusätzliche soziale Ausbildung in Schlüsselkompetenzen wesentlich zum Erfolg des Projektes beitrugen. Über 60% der 225 ausgebildeten Jugendlichen fanden schließlich eine Arbeit. In der nachfolgenden Diskussion des Themas wurde unterstrichen, dass jenseits der fachlich-inhaltlichen Ausbildung auch die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen von großer Wichtigkeit sei. In vielen Ländern des Südens sei zudem die Bedeutung eines ausgestellten Zertifikates – selbst wenn es nicht anerkannt ist – ein entscheidender Motivationsfaktor für die Teilnehmer/innen. In der Fachzeitschrift „Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik" (ZEP) erschien anschließend ein Bericht über das Fachgespräch.

Newsletter „aufgetaucht" und Website

Mitte und Ende des Jahres 2012 verschickten wir jeweils einen Newsletter „aufgetaucht", der im Wesentlichen über die verschiedenen Förderprogramme der Stiftung, die Angebote der servicestelle weltwärts und von der Stiftung organisierte Qualifizierungsworkshops informierte. Auf beide elektronisch verschickten Infobriefe erhielten wir Rückmeldungen, die nahelegen, dass der Newsletter zur Kenntnis genommen wird. Die Website der Stiftung wurde im vergangenen Jahr 158.700 Mal aufgerufen.

Wanderausstellung „Sagenhafte Solidarität"

Die Wanderausstellung „Sagenhafte Solidarität" wurde 2012 an vier Orten gezeigt. Zu Jahresbeginn präsentierte die Fachkonferenz Geografie des Diesterweg-Gymnasiums in Plauen (Sachsen) die Ausstellung. Die Plakate wurden in den Ethikunterricht der 5. Klassen und in den Geografieunterricht einbezogen und von verschiedenen Klassen und Kursen genutzt. Besonders beschäftigte die Schüler das Plakat „Die in Afrika haben's gut, die müssen nie zur Schule". So urteilt Daniel (7a): „Die deutschen Schüler sollten eigentlich froh sein, dass sie in die Schule gehen können. Die Kinder in Afrika haben keine Chance auf Bildung und müssen stattdessen arbeiten." Annelie (7a) ergänzt: „Wenn man genauer darüber nachdenkt, ist das wirklich schlimm. Vielleicht sollten deutsche Kinder mehr über das nachdenken, was sie alles haben und nicht nur meckern." „Es geht darum, dass Schule sehr wichtig ist, damit man einen guten Job bekommt", meint Joey (5d). (Alles entnommen aus dem Jahrbuch 2011/12 des Diesterweg-Gymnasiums.)

Zweimal nutzte der DRK-Landesverband Westfalen-Lippe die Ausstellung. Einmal, um seine weltwärts-Freiwilligen für die Einsatzplätze vorzubereiten und um die Rückkehrer/innen für die Bildungsarbeit zu schulen. „Die Ausstellung kommt besser bei Leuten an, die einen intellektuellen Ansatz zu Solidarität und EZ haben, „Herz"-Leute finden es befremdlich", wurde auf dem Fragebogen, den die Stiftung Nord-Süd-Brücken der Ausstellung beilegt, konstatiert.

In der Stadtbibliothek Hamm wurde die Ausstellung im Herbst im Rahmen der Interkulturellen Woche gezeigt. Organisiert wurde dieser Termin durch das Multikulturelle Forum e.V.

Als letzter Präsentationsort 2012 zeigte sich die Geschäftsstelle der Vereinten Evangelischen Mission in Wuppertal.

Leider wurden aber auch drei bereits gebuchte Ausstellungstermine wieder zurückgezogen. Trotzdem können wir festhalten, dass 2012 ca. 1.500 Menschen die Ausstellung sahen und kritisch diskutierten.

2. Qualifizierung von Projektanträgen und Organisationen

Qualifizierung und Begleitung im Rahmen des 5. Personalkostenförderfonds

Im letzten Jahr der Projektlaufzeit der Personalkostenförderung standen die Ergebnissicherung des 5. Personalkostenförderfonds (PKF) und die Vorbereitung auf ein neues Personalkostenförderprogramm im Vordergrund. Mit der geförderten Gruppe von 30 Personen wurden zwei Workshops abgehalten: Einer im Februar am Berliner Wannsee und ein weiterer im September in Neustrelitz/Mecklenburg-Vorpommern. Der erste Workshop setzte sich über zwei Tage mit der Gesamtwirkung des PKF-Programms auseinander. Hierbei wurden sowohl die Stärken und Schwächen des Programms bilanziert. Hervorgehoben wurde u.a., dass der PKF der Gruppe der geförderten Vereine eine gewisse finanzielle und institutionelle Sicherheit in ihrer Arbeit gibt. Zudem wurde unterstrichen, dass er eine vertrauensvolle und teilnehmende Zusammenarbeit ermöglicht. Der Erfahrungsaustausch mit den anderen Vereinen wird von den Geförderten sehr geschätzt. Kritisch angemerkt wurde, dass die Personalkostenzuschüsse mit 15.000 Euro pro Jahr sehr knapp bemessen sind, zumal es vielen geförderten Vereinen schwerfällt, eine entsprechende Kofinanzierung zu finden oder durch eigene Mittel zu ergänzen. Auch wurden die begrenzten zeitlichen Ressourcen bemängelt, die immer wieder dazu führen, dass die angestrebte fachliche oder regionale Vernetzung unter den geförderten Vereinen nicht so intensiv klappt, wie es gewünscht wird.

Der zweite Workshop im mecklenburgischen Neustrelitz im September diente der Diskussion der externen Evaluation des 5. Personalkostenförderfonds, die von Christiane Schulte in den Sommermonaten durchgeführt wurde. Der Evaluierungsbericht, der u.a. auf der Website der Stiftung einzusehen ist, unterstrich deutlich die Wirksamkeit des Instruments. Hervorgehoben wurde auch die gute und professionelle Begleitung durch die Stiftung Nord-Süd-Brücken. Der Punkt, der jedoch bei der Vorstellung der Ergebnisse durch Christiane Schulte am meisten Diskussion verursachte, war die Beobachtung, dass der PKF nicht nur für den geförderten Verein eine Entlastung, sondern mit den Jahren auch eine Belastung darstellt. Hierzu schreibt Christiane Schulte:

Der PKF hat in den geförderten Vereinen einen dynamischen Organisationsentwicklungsprozess ausgelöst. Die Finanzierung einer Personalstelle markiert den Beginn einer internen und externen Dynamik. Es werden mehr Personen in den Verein eingebunden, neue Finanzquellen akquiriert, Arbeitsprozesse verbessert und neue Bildungsangebote erarbeitet. Bestehende Kontakte werden vertieft, die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern kontinuierlich weiterentwickelt. Neue Zielgruppen werden erreicht.

Diese interne und externe Dynamik der Organisationsentwicklung kann neue Engpässe auslösen, wenn die Nachfrage die vorhandenen Ressourcen übersteigt. Dann geraten die Vereine in eine Situation, in der sie Entscheidungen über die weitere Entwicklung ihrer Organisation treffen müssen. Zentral sind Diskussionen über die Spannungsfelder Ehrenamt versus Hauptamt und Innovation versus Konsolidierung.

Geförderte Fachkräfte bei der Gruppenarbeit *Foto: SNSB*

Am zweiten Tag des Workshops informierte die Stiftung Nord-Süd-Brücken über das Nachfolgeprogramm des PKF5. Die Gruppe diskutierte anschließend entwicklungspolitische Annahmen und Thesen eines wirkungsvollen Nachfolgeprogramms und setzte sich hierbei u.a. mit der Frage auseinander, was eine entwicklungspolitische Grundversorgung in den ostdeutschen Bundesländern sein könnte, wodurch sich kommunale Entwicklungszusammenarbeit auszeichnet und welches Profil (regional und fachlich) künftig geförderte Stellen haben sollten?

Konferenz „Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit"

Nachdem die erste Konferenz zu „Wirkung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit" im November 2011 auf große Resonanz stieß, entschied sich die von VENRO koordinierte Vorbereitungsgruppe, in der auch die Stiftung Nord-Süd-Brücken aktiv mitarbeitet, dazu, 2012 eine weitere bundesweite Konferenz zur Wirkungsorientierung in der Inlandsarbeit auszurichten. Der Zuspruch und das Interesse an der zweitägigen Konferenz Ende November 2012 im Berliner Haus der Demokratie waren noch größer als im Jahr zuvor. Der Einladung folgten mehr als 120 Praktiker/innen aus entwicklungspolitischen Vereinen und Institutionen, Wissenschaftler/innen und Evaluator/innen sowie Vertreter/innen staatlicher EZ-Organisationen. Am ersten Tag ging es um die Messung von Wirkungen und die Entwicklung sinnvoller Indikatoren, am zweiten Tag wurden die Chancen und Grenzen der Wirkungsorientierung diskutiert und die von der Vorbereitungsgruppe geplante Pilotstudie zur Wirkungsorientierung in der Inlandsarbeit weiterentwickelt.

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken brachte sich auch dieses Jahr mit mehreren Beiträgen in die inhaltliche Vorbereitung und Umsetzung der Konferenz und Pilotstudie ein, moderierte u.a. eine Podiumsdiskussion und saß bei einer weiteren Diskussionsrunde für die Vorbereitungsgruppe auf dem Podium. Die Gesamtbilanz, sowohl bei Veranstaltern als auch bei den Teilnehmenden, war sehr positiv, auch wenn bei der Auswertung angemerkt wurde, dass im nächsten Jahr weitere Akteurs-Gruppen (u.a. migrantische Vereine) einbezogen werden müssen.

Workshops zu Projektentwicklung und Antragstellung

Im zurückliegenden Jahr bot die Stiftung zwei Tagesworkshops zu Förderprogrammen der Stiftung und Projektentwicklung an. Zum ersten Workshop im Januar 2012 hatten sich knapp 50 Interessierte aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt angemeldet. Aus Raumgründen konnten jedoch nur 35 Vereinsvertreter/innen teilnehmen. Zu einem weiteren Workshop, der in Kooperation mit dem Sächsischen Landesnetzwerk ENS stattfand, kamen 32 Vertreter/innen von entwicklungspolitischen Gruppen und Vereinen aus acht verschiedenen sächsischen Städten. Zu beiden Veranstaltungen bekam die Stiftung Nord-Süd-Brücken positives Feedback. Es wurde hervorgehoben, dass diese Veranstaltungen informativ, gut vermittelt und erkenntnisreich sind. Im nächsten Jahr werden ähnliche Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt und Thüringen stattfinden.

Workshop zu Monitoring von Auslandsprojekten

Der zweitägige Workshop Mitte März 2012 am Berliner Wannsee hatte das Thema „Wie begleitet man erfolgreich ein Auslandsprojekt?". Hierzu hatten sich 31 Vertreter/innen von Vereinen und Gruppen (u.a. acht Aktive aus migrantischen Vereinen) angemeldet. Inhaltlich und methodisch führte der Workshop in die Grundlagen des Monitorings von Auslandsprojekten ein, stellte wesentliche Elemente des Monitorings vor, u.a. die Wirkungskette und Indikatorenbildung und stellte Instrumente der Datenerhebung sowie einen Monitoringplan vor. Mehrere Teilnehmer/innen betonten, dass sie nach den ersten beiden Workshops zu „Planung" und „Begleitung" von Auslandsprojekten nun ihre Kenntnisse weiter vertiefen konnten. Andere Kolleg/innen, die erstmalig teilnahmen, unterstrichen, dass die Workshop-Inhalte ein gutes Handwerkszeug bieten. Alle Teilnehmer/innen dankten der Referentin Gabi Struck für die fachlich gute und animierende Moderation, auf einem Kärtchen stand wortwörtlich: „1+ für Gabi!". Mehrere Teilnehmende regten an, solche Workshops über drei bis vier Tage anzubieten.

Beratungsgespräche von Antragsteller/innen

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken berät und qualifiziert Berliner und ostdeutsche Vereine im Bereich der Antragstellung, Projektentwicklung und bei Fragen von Finanzierung und Förderung. In der Regel erfolgen diese Leistungen am Telefon (50 – 60 pro Monat) oder per Mail (ungefähr 30 Mails pro Monat), aber auch in Form von persönlichen Beratungsgesprächen in der Geschäftsstelle. Im zurückliegenden Jahr wurden 69 solcher ein- bis mehrstündiger Beratungsgespräche durchgeführt.

3. Vernetzung von und Dialog unter entwicklungspolitischen Akteuren

Entwicklungspolitische Bustour durch die ostdeutschen Bundesländer

Mitte Juni 2012 bestieg eine 35-köpfige Reisegruppe vor dem BMZ-Gebäude in Berlin einen weißen Bus von „Prima-Klima-Reisen" zu einer Bustour durch sechs Bundesländer in nicht einmal 48 Stunden. An Bord waren Vertreter/innen aus den BMZ-Referaten 114 (Bürgerschaftliches Engagement) und 110 (Private Träger, weltwärts), von Engagement Global gGmbH, von VENRO, der Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke sowie Mitarbeiter/innen von ostdeutschen Vereinen und den Landesnetzwerken sowie Vertreter/innen der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Ziel der von der Stiftung Nord-Süd-Brücken organisierten entwicklungspolitischen Informationstour war es, der Geschäftsführung der neu eingerichteten Engagement Global und der neuen BMZ-Referatsleitung 114, aber auch den Kolleg/innen aus den verschiedenen Programmen von Engagement Global bzw. der BMZ-Referate die Arbeit und Herausforderungen der ostdeutschen entwicklungspolitischen NRO-Szene vorzustellen. Zudem sollten Möglichkeiten der direkten Begegnung und des Austausches zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren geschaffen werden.

Der erste Stopp war das sogenannte „Afrikanische Viertel" im Berliner Wedding. Migrantische und postkoloniale Gruppen, die u.a. im Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag organisiert sind, skizzierten die koloniale Vergangenheit des Viertels und verwiesen auf die Notwendigkeit der antirassistischen Einordnung und auf die Bedeutung des Themas für die Entwicklungspolitik. Vom Wedding ging es bei schönstem Wetter weiter nach Neustrelitz/MVP, wo in der Alten Kachelofenfabrik entwicklungspolitische Gruppen aus Rostock und Greifswald sowie das Landesnetzwerk MV die Gruppe begrüßten. Anhand von vier thematischen Stationen wurden die Wirkungen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Arbeit mit Multiplikatoren dargestellt. Beim anschließenden vegetarischen Mittagessen in der denkmalgeschützten Fabrik konnten die Gespräche im kleinen Kreis vertieft werden. Nach dem Essen fuhr der Bus gen Süden nach Potsdam. Während der Fahrt war Zeit für informelle Gespräche mit den Sitznachbarn. Zudem wurden die Busfahrten in den zwei Tagen auch immer wieder für kurze Präsentationen genutzt: Unter anderem berichtete eine Fair-Handelsberaterin von den Potenzialen und Grenzen des Fairen Handels in Flächenländern, ein Kollege aus Quedlinburg verband die antirassistische mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und das Landesnetzwerk Sachsen (ENS) führte ein interaktives Quiz zur Landes-Lobbyarbeit durch. In Potsdam-Babelsberg wurden im Hause der RAA Brandenburg die breitenwirksamen ostdeutschen Bildungs- und Informationstage (BIT) und das Berliner entwicklungspolitische Bildungsprogramm (benbi) diskutiert. So wird zum Beispiel die BREBIT an rund 40 verschiedenen Orten in Brandenburg durchgeführt und erreicht 4.000 Menschen. Das Berliner benbi findet konzentriert an vier aufeinander folgenden Tagen in dem FEZ Berlin-Wuhlheide statt und erreicht 2.000 Schüler/innen. Auf der Weiterfahrt von Potsdam nach Halle/Saale konnte auch ein heftiges Gewitter mit Hagel die Tourplanung und gute Laune nicht durcheinanderbringen. Der anstrengende erste Tag wurde in dem viel besungenen Biergarten „Krug zum Grünen Kranze" zu später Stunde beendet. Am nächsten

Bustour 2012 – Übernachtet wurde in Halle-Neustadt *Foto: SNSB*

Morgen waren wir Gast des Jugendzentrums Pusteblume in Halle/Neustadt. Dort simulierte der Friedenskreis Halle seine entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Kitas. Das war sehr beeindruckend. In Leipzig-Connewitz, wo der Eine Welt Leipzig e.V. mit seinem schönen Weltladen in einer Einkaufspassage sitzt, folgten Präsentationen zu der Auslandsprojektarbeit des Vereins in Äthiopien und in der Ukraine. Dem schloss sich eine Podiumsrunde mit migrantischen Berater/innen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin zu der Stärkung von Migrantenorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit an. Zum Abschluss der Reise empfingen Vertreter des Eine-Welt-Haus Jena und des Thüringer Landesnetzwerkes die Reisegruppe gemeinsam mit einer Vertreterin der Stadt im Rathaus Jena. Dort wurden die Erfolgsbedingungen der Städtepartnerschaft von Jena und San Marcos/Nikaragua präsentiert und die Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit für die Stadt Jena und die entwicklungspolitischen Gruppen diskutiert. Die schriftlichen und mündlichen Rückmeldungen auf die Info-Tour waren sehr positiv. Die Geschäftsführer/innen von Engagement Global, Gabriela Büssemaker und Bernd Krupp, bedankten sich u.a. mit folgenden Worten:

„…Aus unserer Sicht haben Sie mit der Osttour einen wertvollen Beitrag zur Vernetzung und vor allem zum gegenseitigen Verstehen der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Engagement Global geschaffen. Wir fanden, es war eine tolle Erfahrung, wie vielfältig und engagiert die Akteure in ihren Projekten arbeiten. Die Offenheit im gemeinsamen Miteinander war wohltuend und gibt uns Grundlage und zugleich Bestätigung für eine gewünschte Intensivierung unserer Anstrengungen in den besuchten Bundesländern."

Arbeitsgruppe „Geberharmonisierung in der Inlandsarbeit"

Seit März 2010 trifft sich eine Gruppe von Förderinstitutionen der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit zum Austausch über Förderrichtlinien, Antragsformate, Finanzierungsgrundlagen und Praxisabläufe. Die Kerngruppe besteht aus Vertreter/innen der Bingo-Stiftung, dem BMZ-Referat 114 (nun Referat K2), des Inlandsreferats von Brot für die Welt/EED, des FEB-Programms/Engagement Global, des Katholischen Fonds, der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Berlin (LEZ) und der Stiftung Nord-Süd-Brücken, die das Treffen seinerzeit initiiert hat. Ziel der Arbeitsgruppe ist es zu identifizieren, wo in den Förderrichtlinien, bei den Finanzierungsgrundlagen und den unterschiedlichen Antragsformaten bzw. im Berichtswesen sinnvoller Harmonisierungsbedarf zwischen den verschiedenen Geldgebern besteht. Langfristig sollen die Treffen dazu beitragen, den NRO die Antragstellung von Fördermitteln in der Inlandsarbeit zu erleichtern. Drittens soll der kollegiale Austausch dazu führen, dass alle beteiligten Fördereinrichtungen ihre eigene Beratungs- und Förderpraxis verbessern. Gastgeber des Treffens im März 2012 war der in München sitzende Katholische Fonds, im November 2012 traf sich die Gruppe in Hannover bei der Bingo-Stiftung. Beide Treffen haben u.a. zu folgenden Ergebnissen bzw. Leistungen beigetragen:

Es liegt ein gemeinsam erarbeitetes Antragsraster und ein gemeinsames Berichtsraster vor, die von allen gegenseitig anerkannt werden. Bei einzelnen Punkten der Gliederungsstruktur gibt es kleine Abweichungen. Beim FEB-Programm/Engagement Global stehen die notwendigen Angleichungen noch aus. Erst wenn das FEB-Programm/Engagement Global mit an Bord ist, kann man wirklich von einem Erfolg sprechen.

Es gibt ein Glossar zu zentralen Begriffen im Bereich Finanzen. Ein zweites Glossar zur Projektplanung, Ziel- und Wirkungsorientierung ist in der Endabstimmung. Daneben gibt es eine Übersicht über die Fördermodalitäten aller beteiligten Geldgeber („Wer fördert wie was?"). All diese Dokumente sowie weitere Informationen zur Geberharmonisierung sollen auf einer gemeinsamen Website präsentiert werden. Das Grunddesign und die Grundstruktur der Website liegen schon vor.

Die vorläufigen Ergebnisse wurden bei dem Treffen in Hannover auch Vertreter/innen der Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke (agl) in Hannover vorgestellt, damit diese die Ergebnisse an ihre Mitgliedsorganisationen weitergeben. Wenngleich die Arbeitsgruppe auf der „Ziellinie" zu sein scheint, so hat die AG doch entschieden, sich weiterhin zu treffen, um gemeinsame Themen, Probleme und Abläufe in der Fördertätigkeit kritisch zu reflektieren, voneinander zu lernen und die Praxis zu verbessern.

4. Entwicklungspolitische Chancen eröffnen

servicestelle weltwärts

Mit Hilfe von Mitteln der Stiftung Nord-Süd-Brücken und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konnte das Angebot der servicestelle weltwärts auch im Jahr 2012 weitergeführt werden.

In ihrem Kernbereich war die servicestelle weltwärts mit den bewährten Formaten der Beratung von Entsendeorganisationen, der Vernetzung und Qualifizierung im Rahmen von Praxisworkshops und der Information der Entsendeorganisationen und am weltwärts-Programm Interessierten über die „Neuigkeiten aus der servicestelle weltwärts" aktiv.

Die vier Schwerpunktthemen der Praxisworkshops 2012 waren die Reflexion der Kulturkonzepte in der fachlich-pädagogischen Begleitung, der Kindesschutz in entwicklungspolitischen Freiwilligendiensten, die Verbesserung der Einbeziehung von Migrant/innen in das weltwärts-Programm und die geplante Einführung einer Süd-Nord-Komponente im weltwärts-Programm.

Für die Arbeit an den Kulturkonzepten, die vielen Materialien der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Allgemeinen und der Seminararbeit im weltwärts-Programm im Besonderen zu Grunde liegen, konnten wir auf die Expertise von glokal e.V. zurückgreifen. Die Referent/innen arbeiteten mit den Praktikern der Seminararbeit in den Entsendeorganisationen daran, sich bewusst zu machen, wo und wie in der Arbeit mit Freiwilligen Rassismus auftritt, welche Ursachen dies haben kann und wie die Thematik auch in den Vorbereitungen, Zwischenseminaren und Nachbereitungen bearbeitet werden kann. Für viele Teilnehmer/innen war diese Auseinandersetzung sowohl auf der individuellen Ebene als auch auf der Ebene der Seminare und der Organisationen einschneidend. In der Konsequenz führt sie dazu, dass viele verwendete Materialien hinterfragt und Seminarpläne überarbeitet werden müssen. Die Schwierigkeit liegt darin, dass nicht einfach auf eine andere Materialzusammenstellung umgestiegen werden kann, sondern dass dies oft mit einem Wandel innerhalb der Organisation einhergehen muss.

Auch 2012 griffen eine Reihe von Entsendeorganisationen wieder auf die Beratungsmöglichkeit bei der servicestelle weltwärts zurück. Die Themen dieser Beratungen waren vielfältig und reichten von der Anerkennung als Entsendeorganisation und die Anerkennung von Einsatzstellen über die fachlich-pädagogische Begleitung bis zu Möglichkeiten für Süd-Nord-Programme.

Im Rahmen der Arbeit zu besonderen Zielgruppen wurde eine Analyse zur Beteiligung von Migrant/innen am weltwärts-Programm erarbeitet und mit Vertreter/innen von Migrantenselbstorganisationen diskutiert. Zudem konnten erste Informationsveranstaltungen umgesetzt werden, die zu einer breiteren Beteiligung von Jugendlichen aus den ostdeutschen Bundesländern und von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beitragen sollen. Weltwärts in den ostdeutschen Bundesländern bekannter zu machen und mit den Aktiven in der entwicklungspolitischen Szene zu diskutieren, war das Anliegen des Jahresberichtes und der Jahresveranstaltung 2012 (siehe oben).

Über den Kernbereich der alltäglichen Arbeit der servicestelle weltwärts wurde das Jahr 2012 durch den Folgeprozess der Evaluierung des weltwärts-Programms und die Weichenstellung für den Aufbau eines weltlichen, entwicklungspolitischen und bundesweit offenen Interessens- und Qualitätsverbundes für weltwärts Entsendeorganisationen geprägt.

Im Folgeprozess der Evaluierung des weltwärts-Programms arbeitete die servicestelle weltwärts in verschiedenen Arbeitsgruppen zur weiteren Schärfung des entwicklungspolitischen Profils des Programms mit. Die servicestelle übernahm von zivilgesellschaftlicher Seite die Koordination der AG Zielgruppen und der AG zum Reverse-Programm. Darüber hinaus beteiligte sich die servicestelle an der AG Rückkehrer/innenarbeit.

Ergebnis der Arbeitsgruppe Zielgruppen war eine programmübergreifende Strategie zur besseren Erreichung bisher nicht ausreichend angesprochener Zielgruppen. Dazu gehören unter anderen: Jugendliche mit Migrationshintergrund und Migrant/innen, Jugendliche mit einer Berufsausbildung, Teilnehmer/innen mit Behinderungen, aber auch Teilnehmer/innen aus ländlichen Regionen, besonders auch aus den ostdeutschen Bundesländern.

In der AG Reverse wurde ein Vorschlag zur Einführung einer Süd-Nord-Komponente erarbeitet. Hierzu wurde ein Konzept entwickelt, das ab 2013 umgesetzt werden soll. Damit kommt das Programm der lange erhobenen Forderung aus der Zivilgesellschaft nach einem Reverse-Programm nach und macht einen Schritt zu mehr Gleichberechtigung und hin zu einem entwicklungspolitischen Lern- und Austauschdienst.

Im Folgeprozess der Evaluierung wurden auch Veränderungen hinsichtlich der Anforderungen an die Qualitätsarbeit im weltwärts-Programm beschlossen. So müssen sich Entsendeorganisationen ab dem 4. Quartal 2013 einem so genannten Qualitätsverbund anschließen und sich ab 2014 durch eine „externe Prüfinstanz" zertifizieren lassen. Dies stellt insbesondere die kleinen Entsendeorganisationen vor weitere Herausforderungen hinsichtlich der zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen. Mit den Entsendeorganisationen und den Gremien der Stiftung Nord-Süd-Brücken wurde daher ein Prozess angestoßen, der für 2013 die Umwandlung der servicestelle weltwärts in einen weltlichen, partizipativen, entwicklungspolitisch und partnerschaftlich ausgerichteten und bundesweit offen stehenden Interessen- und Qualitätsverbund vorsieht. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken möchte damit einen Beitrag leisten, die Pluralität der Entsendeorganisationen aus den ostdeutschen Bundesländern zu erhalten und einen Verbund zu gründen, der auf die Bedürfnisse kleinerer und mittlerer partnerschaftlich

und entwicklungspolitischer Entsendeorganisationen eingehen kann.

Programmentwicklung des bundesweiten Promotorenprogramms

Seit Anfang 2011 engagiert sich die Stiftung Nord-Süd-Brücken in dem von der Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke (agl) und VENRO entwickelten bundesweiten „Promotorenmodell". 2012 hat die Arbeit im Konsortium (VENRO, agl, Stiftung), die vielfältige und mehrmalige Abstimmung mit dem BMZ-Referat 114, die Diskussion mit den ostdeutschen Landesnetzwerken und Vereinen an mehreren Arbeitsplätzen der Geschäftsstelle sehr viel Kapazität und Ressourcen gebunden. In der ersten Jahreshälfte musste im Konsortium ein von allen Seiten akzeptiertes Konzept für die Trägerschaft des Promotorenprogramms fertig gestellt werden. Zudem erforderten die teilweise sehr unterschiedlichen Herangehensweisen an die Programmentwicklung und -umsetzung vor allem zwischen agl und Stiftung Nord-Süd-Brücken immer wieder inhaltliche Auseinandersetzungen. Schließlich gab es auch auf politischer Ebene zwischen Zivilgesellschaft, BMZ und Ländervertreter/innen mehrere Abstimmungsrunden und Versuche, die unterschiedlichen Interessen in Einklang zu bringen. Frühzeitig war klar, dass nicht alle 16 Bundesländer in die Kofinanzierung des bundesweiten Promotorenprogramms ab 2013 (60% Bund, 40% Land) einsteigen würden. In den ostdeutschen Ländern war, trotz großer Anstrengungen einiger Landesnetzwerke, allein der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) erfolgreich mit seiner Lobbyarbeit, das Land auf die Bereitstellung der Kofinanzierung zu verpflichten. All dies führte dazu, dass die Stiftung Nord-Süd-Brücken im November 2012 beim BMZ bzw. bei Engagement Global zwei Anträge einreichen musste: einen zur Förderung des Promotorenprogramms Ost (gegenwärtig nur Berlin) und einen Antrag zur Personalkostenförderung VI (alle anderen ostdeutschen Bundesländer).

Mittlerweile (Stand: Anfang Mai 2013) wurden beide Anträge per Absichtserklärung bewilligt, und auch die Kolleg/innen der agl halten eine Bewilligungsbeabsichtigung für das Promotorenprogramm in acht Bundesländern in der Hand. In der Konsequenz führt dies für die ostdeutschen und Berliner Vereine dazu, dass ab Anfang 2013 ein neues Promotorenprogramm und ein stark verändertes Personalkostenförderprogramm als Instrumente wirkungsvoller entwicklungspolitischer Inlandsarbeit zur Verfügung stehen. Die Entwicklung und Einführung eines neuen Programms sowie die Weiterentwicklung eines bestehenden Programms bringen mit sich, dass es Reibung gibt, dass die handelnden Akteure nicht immer alles im Blick haben können, dass Fehler gemacht werden und man hinterher an manchen Stellen schlauer ist. All dies soll aber nicht den Erfolg schmälern, dass es zivilgesellschaftlichen Akteuren gelungen ist, in Kooperation mit Bund und Ländern, hier ein neues Förderprogramm auf die Beine zu stellen, von dem wir in den nächsten Jahren eine erhebliche entwicklungspolitische Wirkung erwarten. Allerdings, so die Auffassung der Stiftung Nord-Süd-Brücken, verpflichten uns diese durchlaufenden Projektplanungsprozesse auch dazu, sehr genau zu reflektieren, was gut und schlecht gelaufen ist bzw. in den nächsten Jahren besser gemacht werden könnte.

Stärkung von selbstorganisierten MigrantInnen

Seit Beginn des Stiftungsprojektes „Stärkung von Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit" sind Antragszahlen, Bewilligungen und Anzahl der beantragenden migrantischen Vereine deutlich gestiegen. Zwischen 2009 und 2012 haben sich alle drei Bezugsgrößen knapp verdreifacht: 2009 bekamen wir neun Anträge von sieben verschiedenen MSO/MDO, von denen sieben Vorhaben bewilligt werden konnten. 2011 waren es 14 Anträge von elf Vereinen, hier wurden elf Anträge bewilligt. Und 2012 dann 31 Anträge von 17 Vereinen, von denen 21 Projekte bezuschusst wurden. Diese positive Entwicklung ist vor allem auf die Arbeit der u.a. von der Stiftung Nord-Süd-Brücken, dem FEB-Programm von Engagement Global und dem Evangelischen Entwicklungsdienst finanzierten migrantischen Berater/innen in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zurückzuführen. Deren Beratung und Begleitung von migrantischen Vereinen bei der Entwicklung von Projekten und Anträgen hat zu einer höheren Sichtbarkeit von migrantischen Akteuren und Vereinen im entwicklungspolitischen Umfeld der Stiftung Nord-Süd-Brücken beigetragen. Unter anderem betrifft dies die Präsenz von migrantischen Vereinen bei Veranstaltungen und Seminaren, bei der Beantragung von Fördermitteln und auch bei deren Vertretung in entwicklungspolitischen Arbeitsgruppen, Beiräten und Vorständen. Dennoch sind weitere Basis-Qualifizierungsangebote im Bereich von Planung, Begleitung und Auswertung (PME) und Antragstellung hilfreich, um migrantische Antragsteller bei ihrer Projektarbeit weiter zu stärken. Zu diesem Zweck hat die Stiftung Nord-Süd-Brücken im Berichtsjahr, in Kooperation mit den migrantischen Berater/innen und Projekten wie moveGlobal/BER und der migrantischen Beratung/ENS in Berlin, Chemnitz und Dresden Tagesworkshops umgesetzt, bei denen ungefähr 60 migrantische Vereine qualifiziert wurden. Mit ähnlicher Zielstellung wurde ein Kooperationsworkshop von den anhaltinischen Netzwerken ENSA und LAMSA gefördert. Zur Vertiefung ihrer projekt- und entwicklungspolitischen Expertise nahmen im zurückliegenden Jahr verschiedene Multiplikator/innen des Berliner Projektes moveGLOBAL an Beratungsgesprächen mit Antragstellern in der Stiftung Nord-Süd-Brücken teil. Für 2013 ist geplant, dass migrantische Berater/innen im Rahmen eines „einjährigen Pilotprojektes" an den monatlichen Kleinprojekte-Entscheidungsrun-

den der Stiftung teilnehmen, um hierdurch einen tieferen Einblick in die Förderung von Projekten, Qualität der Anträge und Bedarf an Qualifizierung zu erhalten. Des Weiteren wurden über das Jahr verteilt 24 Beratungsgespräche mit Vertreter/innen migrantischer Vereine in der Geschäftsstelle durchgeführt.

Über konkrete Beratungs- und Qualifizierungsangebote hinaus beförderte die Stiftung die Stärkung migrantischer Teilhabe an der Entwicklungspolitik bundesweit auf vielfältige Weise. Zum einen wurde die Gründung des bundesweiten migrantischen Fachverband MEPa (Migration, Entwicklung und Partizipation) finanziell unterstützt. Zur feierlichen Gründung von MEPa im September 2012 kamen 20 MDO-Vertreter/innen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Berlin. Die 60 Gäste aus BMZ, von Engagement Global gGmbH, GIZ, VENRO und agl/Landesnetzwerken sind auch ein Indikator dafür, dass ein solcher migrantischer Fachverband in der Entwicklungspolitik als notwendig angesehen wird. Dies unterstrich die Stiftung Nord-Süd-Brücken in ihrem Beitrag auf der Gründungsveranstaltung. Zum anderen fördert die Stiftung ein vom mecklenburgischen Migrantennetzwerk (Migra-Net) und Rostocker Förderverein des Ausländerbeirats (FABRO) koordiniertes Projekt zur europäischen Vernetzung von entwicklungspolitisch aktiven Migrant/innenorganisationen. Das Projekt namens EUNOMAD wird seit Herbst 2012 auch von der EU gefördert. Desgleichen wurde der Dialog zwischen dem neu gegründeten Verband MEPa und der Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke (agl) finanziert. Schließlich beteiligte sich die Stiftung aktiv in Form einer Podiumsteilnahme und Arbeitsgruppenleitung an der Jahresveranstaltung des Stuttgarter „Forum der Kulturen" Ende November und der Übernahme einer Arbeitsgruppe beim „Dritten Entwicklungspolitischen Fachtag „Diaspora – Migration – Entwicklung" von moveGlobal/Berlin im Dezember 2012. Darüber hinaus nahm die Stiftung an dem von BER und moveGLOBAL organisierten „Stakeholder-Treffen zur Beratung von MDO in der Entwicklungspolitik" Ende August in Berlin teil.

Im Rahmen seines Praktikums bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken erstellte Erbin Bapiock Dikongue eine interessante Projektskizze für ein Hospitanz-Praktikanten-Programm für Migrant/innen in entwicklungspolitischen Einrichtungen, das wir gegenwärtig mit unterschiedlichen Akteuren (BMZ und MEPa) diskutieren. Das Praktikum von Erbin Dikongue, die Diskussion mit ihm und seine Wahrnehmungen von unserer Arbeit brachten uns neue Erkenntnisse und zudem die Einsicht, dass ein solches Praktikanten-Programm für alle Beteiligte eine sinnvolle Angelegenheit wäre.

Dienstleistung für den Berliner Senat

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken verwaltet seit 2004 im Auftrag des Landes Berlin das Förderprogramm „Entwicklungspolitische Vorhaben von Nichtregierungsorganisationen". Die Stiftung informiert die Berliner entwicklungspolitischen Organisationen über die Fördermodalitäten, berät die Antragsteller, bearbeitet die Anträge der NRO und prüft anschließend die Verwendungsnachweise.

2012 wurden 77 Projektanträge eingereicht. Damit stieg die Zahl der eingereichten Anträge gegenüber dem Vorjahr weiter an. Erstmals machte das Land Berlin es möglich, dass auch Projekte für eine zweijährige Laufzeit beantragt werden können. Genutzt wurde dies von 16 Antragstellern. Bewilligt wurden 59 Projektanträge, darunter 13 mit einer Laufzeit von zwei Jahren. Die Mehrheit der bewilligten Projekte sind Projekte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde kein Auslandsprojekt beantragt. 2012 wurde probeweise ein Kleinprojektefonds in Höhe von 40 Tsd. Euro eingeplant. Die maximale Förderhöhe wurde auf 2.000 Euro begrenzt. Diese Möglichkeit wurde gut genutzt, vor allem für kleinere NRO, die ehrenamtlich arbeiten und Projekte nicht langfristig vorplanen, hat sich der Kleinprojektefonds als ein gutes und vor allem flexibles Instrument erwiesen. Es wurden im Laufe des Jahres 27 Anträge eingereicht, von denen 20 bewilligt wurden.

Die Stiftung hat einen Workshop durchgeführt, um die Förderrichtlinie der LEZ vorzustellen. Die Website der Stiftung zu den Fördermitteln des Landes Berlin wird laufend erweitert und aktualisiert. Durchgängig berät die Stiftung auch über Telefon und E-Mail zu dem Förderprogramm und zur Antragstellung.

Finanzen

Einstürzende Neubauten? – Chancen und Risiken des Immobilienmarktes

Bericht über die Vermögensverwaltung 2012

2012 war die Vermögensanlage der Stiftung im Wesentlichen vom Thema Immobilieninvestitionen geprägt. Zum einen wurde das Projekt „Global Village" weiter verfolgt. Ziel des Projektes war – gemeinsam mit dem von Berliner NRO getragenen Verein „Berlin Global Village e.V."(BGV) – ein Eine-Welt-Zentrum zu errichten, in dem entwicklungspolitisch engagierte NRO langfristig günstig Büroräume und Veranstaltungsflächen nutzen können. Die Entwicklung dieses Projekts umfasste zahlreiche Aktivitäten wie Gespräche mit dem Stadtplanungsamt, die zur Beantragung eines Bauvorbescheides führten, Besprechungen mit einem Architekten zur Gebäudeplanung, Gespräche mit dem Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die überwiegend gemeinsam mit BGV e.V. wahrgenommen wurden. Ein wichtiger Punkt war die Klärung, ob und wie die Engagement Global gGmbH Flächen im Eine-Welt-Zentrum nutzen kann. Dies wurde jedoch von der Mitgliedschaft von Berlin Global Village mehrheitlich abgelehnt.

Darüber hinaus zeigte sich im weiteren Planungsprozess, dass Stiftung und BGV e.V. unterschiedliche Vorstellungen über die jeweilige Verantwortung und den Betrieb des Eine-Welt-Zentrums hatten, so dass zum Ende des Jahres deutlich wurde, dass eine Trägerschaft des Zentrums durch BGV gemeinsam mit der Stiftung den Bedürfnissen der Stiftung nach einer sicheren Vermögensanlage nicht ausreichend entspricht. Zu Beginn des Jahres 2013 hat der Vorstand daher beschlossen, das Vorhaben als Eigentümer und Träger des Zentrums nicht weiter zu verfolgen.

Zum anderen hat die Stiftung sich überwiegend mit der Finanzierung von Immobilien des Mietshäusersyndikats und vergleichbarer Akteure beschäftigt. Die Beschäftigung mit diesem Anlagesegment kommt nicht von ungefähr. Aufgrund der niedrigen Zentralbankzinsen ist mit relativ sicheren Anleihen kaum noch eine Rendite zu erzielen, die Finanzierung von Immobilienprojekten, die durch Grundbucheintragung relativ sicher sein sollten, hat sich daher als momentan geeignetste Anlageform für die Stiftung herausgestellt, da in Sachwerte investiert wird und regelmäßig Zinserträge erwirtschaftet werden.

Ein sinnvoller Nebeneffekt ist, dass die Stiftung mit dieser Anlageform auch ihren ethischen Ansprüchen an die Geldanlage noch besser genügt.

Gerade in Berlin wird relativ preiswerter Wohnraum in den Innenstadtbezirken knapp. Viele Wohnprojektgruppen suchen daher nach einer gemeinschaftlichen Lösung, um langfristig sozial verträglichen Wohnraum zu schaffen. Das Mietshäusersyndikat bietet aus Sicht der Stiftung einen geeigneten Rahmen, um solche Ziele langfristig zu erreichen. Folgerichtig hat die Stiftung 2012 zwei GmbHs des Mietshäusersyndikats aus Berlin und dem Martinswerk e.V. in Brandenburg insgesamt 530 T€ zur Finanzierung von Wohnhäusern zur Verfügung gestellt. Zwei weiteren Berliner Syndikatsgruppen wurden Mittel zugesagt, aber 2012 noch nicht in Anspruch genommen, da die Verwirklichung solcher Projekte, insbesondere, wenn Häuser vom Liegenschaftsfonds oder von vergleichbaren Einrichtungen erworben werden, häufig längere Zeit in Anspruch nimmt.

Darüber hinaus hat die Stiftung in die Sanierung eines Wohnhauses eines ökologischen Immobilienentwicklers (Klimagut AG) investiert, der ebenfalls langfristig niedrige Mieten anstrebt.

Finanziert wurde dies aus endfällig gewordenen Anleihen (1.841 T€).

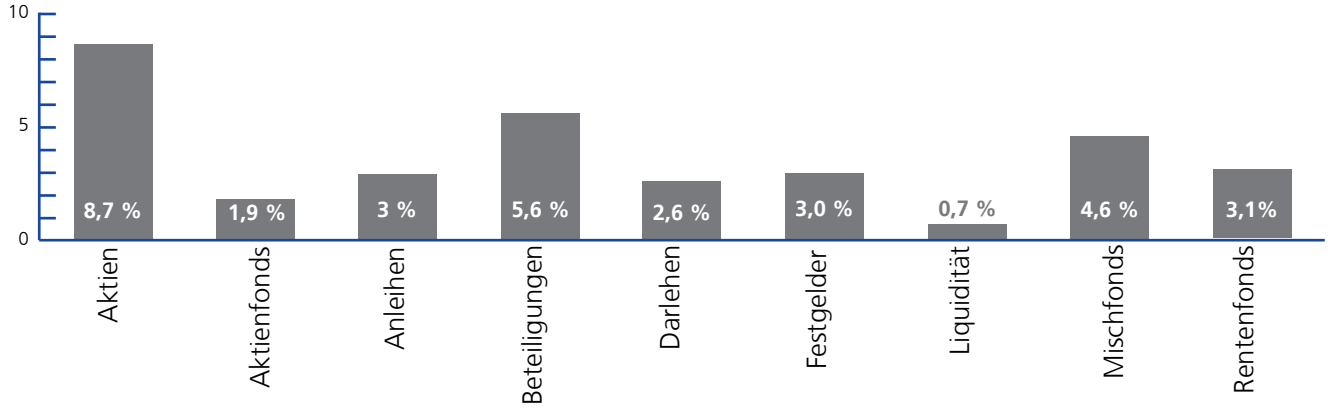
Insgesamt ist der Ertrag der Vermögensanlage für 2012 zufriedenstellend. Es wurde ein Überschuss von 610 T€ erzielt. Die Wertpapier- und Zinserträge beliefen sich auf 524 T€, zu denen – aufgrund der positiven Entwicklung am Kapitalmarkt – weitere 200 T€ in Form von Zuschreibungen gerechnet werden müssen. Dem standen Aufwendungen von 114 T€ gegenüber, davon 100 T€ für Abschreibungen und Kursverluste. Ein größerer Teil dieser Aufwendungen entstand durch den Verkauf einer portugiesischen Anleihe, die zu Jahresbeginn zur Reduzierung der Risiken der Vermögensanlage zu einem Kurs von 76,5 und damit einem Kursverlust von 59 T€ verkauft wurde.

Der Trend zu geringeren Erträgen bleibt aufgrund des fallenden Zinsniveaus auch bei der Stiftung bestehen, die reinen Wertpapiererträge sanken um 43 T€ auf 507 T€.

Die Rendite des Stiftungskapitals (realisierte Erträge und Verluste ohne Zu- und Abschreibungen) betrug 2,5% (Vj. 3,02%), was angesichts einer Umlaufrendite (durchschnittliche Rendite festverzinslicher Wertpapiere von sehr guter Bonität) zwischen 1,0 und 1,6% recht gut ist. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die meisten Wertpapiere der Stiftung schon etwas länger im Depot liegen.

Die einzelnen Ergebnisbeiträge der Vermögensklassen zeigt die folgende Grafik:

Erträge des Anlagevermögens 2012



Durch die positive Entwicklung am Kapitalmarkt bei Aktien, Aktienfonds und Mischfonds konnten die Abschreibungen des Vorjahres durch Buchgewinne und Zuschreibungen teilweise wieder ausgeglichen werden. Der Überschuss aus Buchgewinnen, Zuschreibungen und Abschreibungen in Höhe von 179 T€ wurde daher in die entsprechende Sonstige Rücklage zur Abdeckung von Kursverlusten eingestellt, die jetzt 371 T€ beträgt. Zum vollständigen Ausgleich sind aber noch weitere Rückstellungen nötig.

Trotz der eher positiven Stimmung vieler Akteure auf dem Immobilienmarkt bereitet eine Immobilienanlage der Stiftung – die Beteiligung an einem geschlossenen Immobilienfonds von „wölbern Invest" – momentan Probleme. Ursache ist jedoch nicht das wirtschaftliche Konzept, sondern das Management des Unternehmens, das willkürlich und manipulativ mit den Anlagegeldern umgeht. Hintergrund ist die Einrichtung eines Liquiditätsmanagements, dem viele Anleger in Unwissenheit zugestimmt haben, die aber eine Fehlverwendung von Erträgen bedeuten könnte, die dem Fonds zustehen. Eine engagierte Gruppe von Anlegern geht gerichtlich gegen diese Handlungen vor und hat auch erste juristische Erfolge erzielt, deren Durchsetzung aber schwierig ist. Vorstand und Geschäftsstelle beobachten diese Entwicklung aufmerksam und beteiligen sich indirekt am Engagement kritischer Anleger.

Neben der Beschäftigung mit Immobilien wurden zwei Anleihen im Nominalwert von 500 T€ erworben.

Des Weiteren hat sich der Vorstand in seinen Beratungen mit weiteren Anlagemöglichkeiten aus dem Bereich ethischen Investments beschäftigt und eine Finanzierung von Akteuren aus dem Welthandelsbereich geprüft (gepa u.a.). Der Vorstand hat jedoch eine solche Investition zurückgestellt, da kein dringender Finanzierungsbedarf bestand.

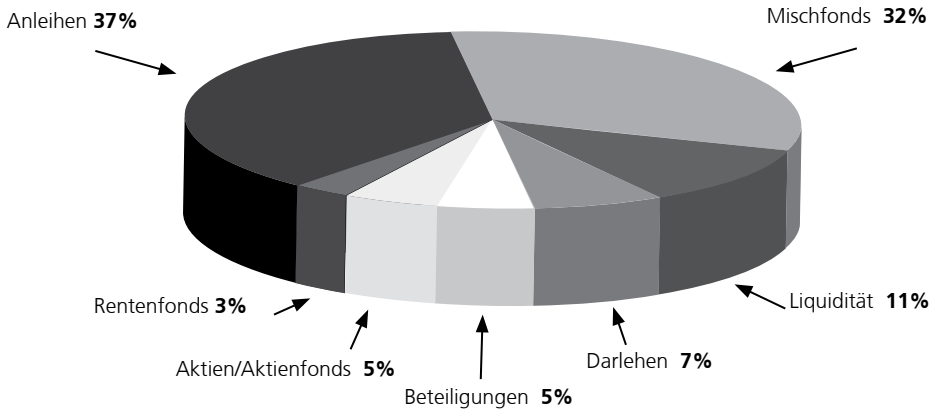
Der Aktienanteil ist nahezu gleich geblieben und liegt bei 14,7% (Vj. 14,3%).

Das Stiftungsvermögen ist in voller Höhe erhalten und betrug zum Jahresende (Finanzanlagen nach Kurswerten und Guthaben bei Banken) 18.727 Mio. €.

Die Inflationsrate betrug 2,1%, zum vollen Inflationsausgleich hätten Überschüsse in Höhe von 354 T€ in die Rücklage eingestellt werden müssen, real waren es knapp 345 T€. Der Inflationsausgleich wurde daher knapp verfehlt. Da der Inflationsausgleich in den Vorjahren aber häufig zu niedrig ausfiel, ist die Stiftung – gerechnet seit der Gründung – weit von einer realen Kapitalerhaltung entfernt.

Die Kooperation der Stiftung mit den Kritischen AktionärInnen und dem Inkota-netzwerk e.V. für die Nutzung der Stimmrechte wurde unverändert fortgesetzt.

Vermögensstruktur nach Kurswert 31.12.2012



Jahresabschluss 2012

Die ACCO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss einer freiwilligen Prüfung unterzogen und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen (siehe S. 28). Danach zeichnet der Jahresabschluss 2012 „ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung".
Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde in Anlehnung an die Vorschriften der §§ 238 ff. des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Bilanz zum 31.12.2012

AKTIVA	**2012** / EUR	**2011** / EUR
A. Anlagevermögen		
I. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	765.000,00	765.000,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	13.250.205,02	14.309.362,33
3. sonstige Ausleihungen	1.737.603,03	950.000.00
	15.752.808,05	16.024.362,33
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	288.695,72	299.543,31
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.071.240,31	1.538.560,18
	18.112.744,08	**17.862.465,82**

PASSIVA	**2012** / EUR	**2011** / EUR
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital		
1. Grundstockvermögen	16.848.007,02	16.848.007,02
2. Zustiftungen	8.155,94	7.855,94
	16.856.162,96	16.855.862,96
II. Rücklagen		
1. Rücklagen für satzungsgemäße Zwecke	0,00	33.835,00
2. Freie Rücklagen (§ 58 Nr. 7a AO)	795.047,18	629.422,38
3. Sonstige Rücklagen zur Abdeckung von Kursverlusten	370.968,20	191.695,51
	1.166.015,38	854.952,89
B. Rückstellungen Sonstige Rückstellungen	83.884,33	151.441,89
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.619,86	79,33
2. Sonstige Verbindlichkeiten	2.061,55	128,75
	6.681,41	208,08
	17.862.465,82	**17.862.465,82**

Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I.1. Beteiligungen: Hierbei handelt es sich um vermögensverwaltende Beteiligungen an einem geschlossenen Immobilienfonds in Österreich, an einem Solarfonds sowie an einem Mezzanine-Fonds, der Sozialunternehmen Kapital zur Verfügung stellt.

I.2. Wertpapiere: Das Stiftungskapital ist überwiegend in Wertpapieren angelegt (Anleihen, Fonds, Aktien). Die Bewertung dieses Wertpapierbestandes erfolgte zu Anschaffungskosten. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wurden Bewertungsabschläge auf den niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag vorgenommen. In der Bilanz nicht ausgewiesen sind die stillen Reserven in den Wertpapieren in Höhe von 903 T€. Der Wertpapierbestand verringerte sich, da Anleihen endfällig wurden und in Ausleihungen umgeschichtet oder in Bankguthaben angelegt wurden.

I.3. Ausleihungen: Ein Teil des Stiftungskapitals ist in Sparbriefen und Ausleihungen für Immobilieninvestitionen angelegt. Diese sind im Grundbuch der jeweiligen Immobilie abgesichert.

B. Umlaufvermögen: Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie flüssige Mittel sind zum Nennwert bilanziert.

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände: Die Position sonstige Vermögensgegenstände umfasst im Wesentlichen Zinsabgrenzungen für festverzinsliche Wertpapiere und Forderungen auf Fondsausschüttungen, die dem Geschäftsjahr zuzurechnen sind. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten: Ein Teil der Mittel dient der Finanzierung bereits bewilligter Förderzusagen und der Stiftungsarbeit, der größere Teil dient der risikolosen Anlage des Stiftungsvermögens z.B. in Festgeldern.

PASSIVA

A. Eigenkapital

I.1. Grundstockvermögen: In dieser Position wird das ungeschmälert zu erhaltende Stiftungskapital ausgewiesen.

I.2. Zustiftung: Das in seinem Bestand ungeschmälert zu erhaltende Stiftungskapital erhöht sich um Zustiftungen.

II. Rücklagen: Ein Teil des Jahresüberschusses wurde entsprechend der AO § 58 Nr. 7a zur langfristigen Sicherung der Leistungsfähigkeit der Stiftung in die freie Rücklage eingestellt. Darüber hinaus wurde ein Teil des Überschusses aus der Vermögensverwaltung, der aus nicht realisierten Wertveränderungen von Wertpapieren und realisierten Buchgewinnen beruht, in die Sonstige Rücklage zur Abdeckung von Kursverlusten eingestellt.

B. Rückstellungen: Die Rückstellungen berücksichtigen sämtliche zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten; sie sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit dem zukünftigen Erfüllungsbetrag bewertet worden. Im Wesentlichen handelt es sich um Zahlungsverpflichtungen der Stiftung, die sich aus Fördermittelzusagen an Projektträger (38 T€) ergeben, noch nicht vollständig umgesetzte entwicklungspolitische Eigenprojekte der Stiftung (20 T€), geplante Ausgaben in der Vermögensverwaltung für das Vorhaben „Global Village" (20 T€), voraussichtliche Aufwendungen für die Wirtschaftsprüfung (5 T€) sowie die Berufsgenossenschaft, die erst 2013 fällig werden.

C. Verbindlichkeiten: Hierbei handelt es sich um Aufwendungen des Jahres 2012, die erst im Folgejahr überwiesen werden. Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Die Verbindlichkeiten sind nicht besichert.

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012	**2012** / EUR	**2011** / EUR
1. Zuwendungen	929.215,00	753.803,00
2. Sonstige Erträge	802.030,07	623.762,29
3. Aufwendungen für Projekte	1.038.776,07	912.753,30
4. Personalaufwand	222.076,88	200.869,57
5. Sonstige Aufwendungen	629.213,86	565.019,76
6. Erträge aus Beteiligungen	39.750,00	51.000,00
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	452.957,03	487.779,06
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.766,76	12.174,58
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	37.589,56	532.696,05
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**311.062,49**	**-282.819,75**
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	230,41
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	311.062,49	-283.050,16
13. Entnahmen aus Rücklagen		
a) aus satzungsgemäßen Rücklagen	33.835,00	63.532,00
b) aus sonstigen Rücklagen zur Abdeckung von Kursverlusten	0,00	283.325,00
14. Zuführung zu Rücklagen		
a) zu satzungsgemäßen Rücklagen	0,00	0,00
b) zu freier Rücklage	165.624,80	33.835,00
c) in die sonstige Rücklage	179.272,69	29.971,84
15. Bilanzergebnis	**0,00**	**0,00**

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt (§ 275 Abs. 2 HGB). Die Aufwendungen und Erträge wurden unter Beachtung von § 246 Abs. 2 HGB auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

1. Zuwendungen: Dieser Posten weist die Höhe der Zuschüsse des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für verschiedene Förderprogramme der Stiftung aus. Dazu gehören der EZ-Kleinprojektefonds (225 T€), das MDG-Programm (310 T€), der Personalkostenförderfonds (350 T€) sowie der Zuschuss für die Servicestelle weltwärts (44 T€).

2. Sonstige Erträge: Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Projektmittel für Berliner Nichtregierungsorganisationen (500 TEUR), die im Auftrag der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit verwaltet und an die Nichtregierungsorganisationen weitergeleitet wurden (s. a. Sonstige Aufwendungen). Weiterhin enthält die Position Erlöse für diese Verwaltungsaufwendungen (56 T€), Erträge aus Zuschreibungen auf Wertpapiere (201 T€), Buchgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren (16 T€) sowie nicht in Anspruch genommene bzw. zurückgezahlte Fördermittel aus den Vorjahren (27 T€) und Spenden (1 T€).

3. Aufwendungen für Projekte: In dieser Position sind die gesamten Förderzusagen für Projekte und Eigenprojekte der Stiftung 2012 ausgewiesen, auch wenn die Fördermittel noch nicht ausgezahlt sind. Abgezogen sind Rückzahlungen aus 2012 bewilligten Projekten, die bereits abgeschlossen sind sowie nicht in Anspruch genommene Mittel.

4. Personalaufwand: Dies beinhaltet die Gehälter für die MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle einschließlich der Sozialabgaben. Die Personalkosten für die Servicestelle weltwärts sind in den Projektkosten nachgewiesen, da die Stiftung hierfür eine Zuwendung des BMZ erhält. 2012 waren in der Geschäftsstelle drei MitarbeiterInnen in Vollzeit beschäftigt, drei MitarbeiterInnen in Teilzeit (eine davon aus Projektmitteln finanziert) und eine Praktikant/in. Da im Vorjahr ein Mitarbeiter einen Teil des Jahres in Elternzeit war, sind die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Vergütung der Mitarbeiter/innen erfolgt in Anlehnung an die Regelungen des BAT/Ost bzw. ab November 2012 des TV-L des Landes Berlin.

5. Sonstige Aufwendungen: Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Projektmittel für Berliner Nichtregierungsorganisationen, die im Auftrag der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit verwaltet und an die Nichtregierungsorganisationen weitergeleitet wurden (500 TEUR). Des Weiteren sind in dieser Position die Aufwendungen im Bereich der Vermögensverwaltung erfasst (13 T€), Kursverluste, die beim Verkauf von Wertpapieren entstanden sind (64 T€), Aufwendungen der Geschäftsstelle wie Miet-, Energie-, Telefon-, Reisekosten, Porto, Versicherungen, Zeitungen, Zeitschriften (25 T€), die Arbeit der Gremien (5 T€), sowie Prüfungskosten (5 T€). Der Vorsitzende des Vorstandes erhielt für seinen Aufwand eine Vergütung im Rahmen der Ehrenamtspauschale von insgesamt 300 € für das Gesamtjahr. Alle Gremienmitglieder waren ehrenamtlich tätig. Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung betrugen 13 T€, davon entfielen auf die im inhaltlichen Teil beschriebene Bustour 4,4 T€. Da die Stiftung keine spendensammelnde Organisation ist, entfallen entsprechende Werbekosten. Der Anstieg der Sonstigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr ist auf die Kursverluste beim Verkauf von Wertpapieren zurückzuführen (Vj. 0 €).

6. Erträge aus Beteiligungen: Diese Position enthält die jährlichen Erträge aus zwei Beteiligungen (Vj. drei) an geschlossenen Fonds. Da die Erträge erst 2013 zufließen, wurde bei einem Fonds darauf verzichtet, Erträge zu buchen, da unklar ist, ob und in welcher Höhe eine Ertragsausschüttung erfolgen wird.

7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen: Diese Position enthält die jährlichen Erträge aus den Wertpapieren, hauptsächlich Zinsen, Fondsausschüttungen und Dividenden.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge: In dieser Position werden die Zinserträge aus Fest- und Tagesgeldanlagen nachgewiesen.

9. Abschreibungen auf Finanzanlagen: Hierbei handelt es sich um Aufwendungen für die Wertberichtigung von Wertpapieren, wenn deren Kurswert zum 31.12.2012 niedriger als der Buchwert war. Zehn Wertpapiere mussten mit einem Betrag zwischen 1 T€ und 9 T€ abgeschrieben werden, darunter waren sowohl Anleihen, als auch Fonds und Aktien.

10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit: Aus den Erträgen und Aufwendungen verblieb ein Überschuss von 311 T€. Dieser wurde im Wesentlichen aus dem Überschuss in der Vermögensverwaltung in Höhe von 610 T€ und im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb in Höhe von 2,5 T€ erzielt. Der Fehlbetrag im ideellen Bereich (Fördertätigkeit der Stiftung) belief sich auf -302 T€.

11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag: 2012 fielen keine Steuern an.

13. Entnahmen aus den Rücklagen: Ein Teil der Fördertätigkeit des laufenden Jahres (34 T€) wurde aus der im Vorjahr gebildeten Rücklage für satzungsgemäße Zwecke beglichen.

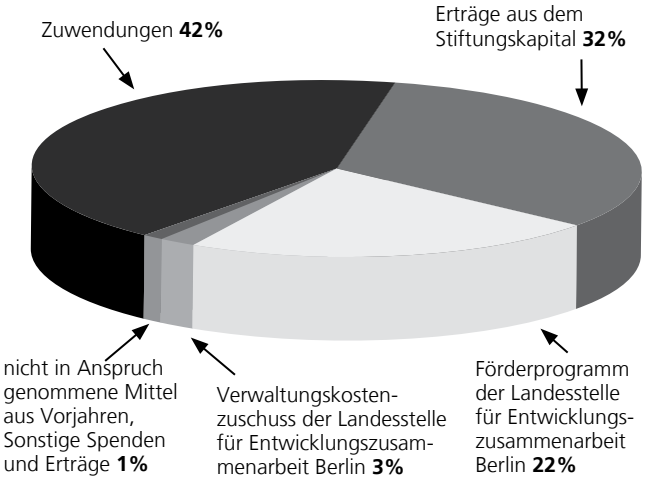
14. Zuführung zu Rücklagen: Im Vorjahr wurde ein Teil der Sonstigen Rücklage zur Abdeckung von Kursverlusten aufgelöst. Die Differenz aus Abschreibungen, Zuschreibungen und realisierten Buchgewinnen wurde daher in Höhe von 179 T€ in die Sonstige Rücklage eingestellt. Der danach verbleibende Überschuss in Höhe von 166 T€ wurde der Freien Rücklage zugeführt.

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeitsbereichen

	Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung in EUR	Gesamtsumme GuV	ideeller Bereich						Vermögens-verwaltung	wirtschaft-licher Ge-schäftsbetrieb
			Projektförderung	Projekt-begleitung	Sonstige Programme	Öffentlichkeits-arbeit	Verwaltungs-kosten	Summe		
1.	**Zuwendungen**	**929.215,00**	**887.599,00**				**41.616,00**	**929.215,00**		
2.	**Sonstige Erträge**	**802.030,07**	**29.167,82**	**0,00**	**500.000,00**	**0,00**	**0,00**	**529.167,82**	**216.862,25**	**56.000,00**
	Buchgewinn aus Verkauf Wertpapiere	16.332,40						0,00	16.332,40	
	Zuschreibungen auf Wertpapiere	200.529,85						0,00	200.529,85	
	Förderprogramm Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) Berlin	556.000,00			500.000,00			500.000,00		56.000,00
	nicht in Anspruch genommene Mittel aus Vorjahren	27.458,82	27.458,82					27.458,82		
	sonstige Spenden	1.500,00	1.500,00					1.500,00		
	sonstige Erträge	209,00	209,00					209,00	0,00	
								0,00		
3.	**Aufwendungen für Projekte**	**-1.038.776,07**	**-1.038.776,07**					**-1.038.776,07**		
								0,00		
4.	**Personalaufwand**	**-222.076,88**	**-11.922,94**	**-49.665,25**	**0,00**	**-31.501,81**	**-79.714,87**	**-172.804,87**	**0,00**	**-49.272,01**
	Löhne und Gehälter	-183.111,48	-9.901,73	-41.025,13		-26.012,27	-65.571,38	-142.510,52		-40.600,96
	soziale Abgaben	-38.965,40	-2.021,21	-8.640,12		-5.489,54	-14.143,49	-30.294,35		-8.671,05
								0,00		
5.	**Sonstige Aufwendungen**	**-629.213,86**	**0,00**	**-1.376,02**	**-500.000,00**	**-12.252,42**	**-34.863,51**	**-548.491,94**	**-76.498,78**	**-4.223,14**
	Förderprogramm LEZ Berlin	-500.000,00			-500.000,00			-500.000,00		
	Bürokosten	-25.663,91				-61,87	-21.378,90	-21.440,77		-4.223,14
	Geschäftsbericht und Öffentlichkeitsarbeit	-9.608,41				-9.608,41		-9.608,41		
	Porto, Telefon, Internet	-2.082,65		-833,06		-208,27	-1.041,33	-2.082,65		
	Versicherungen	-1.292,04					-1.292,04	-1.292,04		
	Anlage Stiftungsvermögen	-12.668,78							-12.668,78	
	Kursverluste aus dem Verkauf Wertpapiere	-63.830,00							-63.830,00	
	Wirtschaftsprüfung	-5.000,00					-5.000,00	-5.000,00		
	Reisekosten uund Teilnehmergebühren	-773,87				-773,87		-773,87		
	Mitgliedsbeiträge	-2.872,58		-150,00		-1.600,00	-1.122,58	-2.872,58		
	Gremien	-5.028,66					-5.028,66	-5.028,66		
	Fachpublikationen	-392,96		-392,96				-392,96		
6.	**Erträge aus Beteiligungen**	**39.750,00**						**0,00**	**39.750,00**	
7.	**Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens**	**452.957,03**						**0,00**	**452.957,03**	
8.	**Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**	**14.766,76**						**0,00**	**14.766,76**	
9.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	**-37.589,56**						0,00	-37.589,56	
10.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**311.062,49**	-133.932,19	-51.041,27	0,00	-43.754,23	-72.962,38	**-301.690,06**	610.247,70	2.504,85
	Gesamteinnahmen	**2.238.718,86**	916.766,82	0,00	500.000,00	0,00	41.616,00	**1.458.382,82**	**724.336,04**	**56.000,00**
	in %	100,00	40,95	0,00	22,33	0,00	1,86	65,14	32,35	2,50
	Gesamtausgaben	**-1.927.656,37**	-1.050.699,01	-51.041,27	-500.000,00	-43.754,23	-114.578,38	**-1.760.072,88**	**-114.088,34**	**-53.495,15**
	in %	100,00	54,51	2,65	25,94	2,27	5,94	91,31	5,92	2,78

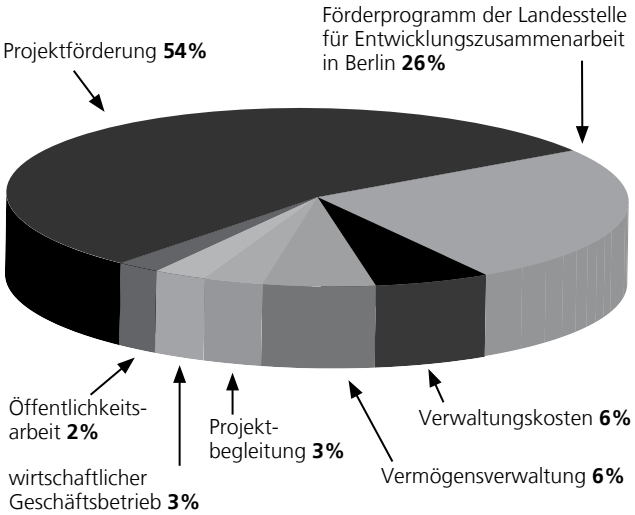
Die vorstehende Gewinn- und Verlustrechnung entspricht der Gliederung des Handelsgesetzbuches, gibt aber nur wenig Einblick in die tatsächliche Struktur der Einnahmen und Ausgaben der Stiftung. Die nebenstehende Tabelle zeigt daher die weiter aufgegliederten Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung unterteilt nach den Tätigkeitsbereichen der Stiftung. Dabei stellt der ideelle Bereich mit allen entwicklungspolitischen und Förderaktivitäten den Kernbereich der Stiftungsarbeit dar. Der Bereich der Vermögensverwaltung beinhaltet die Aufwendungen und Erträge der Arbeit mit dem Stiftungskapital. Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb umfasst die Dienstleistung für den Berliner Senat für die Verwaltung des Förderprogramms „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Land Berlin".
Die nebenstehenden Grafiken zeigen die Aufteilung nach Kostenstellen.

Erträge 2012	in €
Zuwendungen	929.215
Förderprogramm der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Berlin	500.000
nicht in Anspruch genommene Mittel aus Vorjahren, Sonstige Spenden und Erträge	29.168
Erträge aus dem Stiftungskapital	724.336
Verwaltungskostenzuschuss der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Berlin	56.000
Summe	2.238.719



Die Aufwendungen des ideellen Bereichs sind nach den wesentlichen satzungsgemäßen Aktivitäten untergliedert. Indirekte Kosten (also Kosten, die mehrere Kostenstellen betreffen) sind nach den Vorgaben des DZI (Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen) den jeweiligen Kostenstellen zugerechnet.

Aufwendungen 2012	in €
Projektförderung	1.050.699
Projektbegleitung	51.041
Förderprogramm der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in Berlin	500.000
Öffentlichkeitsarbeit	43.754
Verwaltungskosten	114.578
Vermögensverwaltung	114.088
wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	53.495
Summe	1.927.656



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin,

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Durch § 8 Abs. 2 StiftG Bln wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die Erhaltung des Stiftungsvermögens und der sonstigen Stiftungsmittel. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Stiftung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung sowie über den erweiterten Prüfungsgegenstand abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 8 Abs. 2 StiftG Bln unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Erweiterung des Prüfungsgegenstandes nach § 8 Abs. 2 StiftG Bln ergeben, erfüllt wurden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stiftung sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung.

Die Prüfung der Erhaltung des Stiftungsvermögens nach § 3 des StiftG Bln hat ergeben, dass das Stiftungskapital nominal erhalten ist. Die Prüfung der satzungsgemäßen Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens und der sonstigen Stiftungsmittel hat keine Einwendungen ergeben.

Potsdam, den 28. Februar 2013

ACCO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

ACCO GmbH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL POTSDAM

Huse
Wirtschaftsprüfer

Perez Zayas
Wirtschaftsprüfer

Foto: SNSB

Kohle, Kooperation... und Konflikte?

Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik

Einleitung

Eine der Ausgangsthesen, die wir bei der Bearbeitung des diesjährigen Themas für den Jahresbericht und die Jahresveranstaltung diskutierten, lautete: Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft im Allgemeinen und in der Entwicklungspolitik im Besonderen ist zugewandt, kooperativ und von „hauptamtlicher Professionalität getragen". Es herrscht ein konstruktives, ergebnisorientiertes Miteinander zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Zumindest die Autor/innen und Praktiker/innen aus der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft, die wir um einen Beitrag gebeten hatten, zeichnen ein anderes, weitaus brüchigeres und konfliktreicheres Bild vom Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft. Uli Post, Vorsitzender des entwicklungspolitischen Bundesverbandes VENRO erklärt kategorisch – ob im Süden oder im Norden –, eine Zivilgesellschaft darf sich keinesfalls von oben, von der Regierung führen lassen. Sie sollte sich auch nicht zum „Umsetzer" staatlicher Mittel machen, sondern müsse vielmehr eigene Schwerpunkte setzen.

Am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen verdeutlichen Thomas Schmidt, freiberuflich in der Bildungsarbeit tätig, und Anne Schicht, Koordinatorin des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsen (ENS) in zwei Beiträgen, welche Folgen es hat, wenn der Staat sich aus dem Dialog mit der Zivilgesellschaft zurückzieht bzw. erst gar nicht in diesen eintritt. Thomas Schmidt zeigt auf, wie im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern aufgrund staatlicher Kürzungen die Jugendarbeit in Landkreisen wie Vorpommern-Greifswald zusammenbricht, zivilgesellschaftliche Träger reihenweise dichtmachen müssen und die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung sich dann auch noch der Auseinandersetzung entziehen. Und Anne Schicht illustriert das Verhältnis von organisierter Zivilgesellschaft und Staat anhand einer labyrinthartigen Spielanleitung, die Verfasserin und Leser/innen desorientiert zurücklassen.

Dass es aber eventuell Hoffnung auf einen Ausweg aus diesem Labyrinth geben kann, verdeutlichen Detlev Groß vom Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg und Walter Hättig von der Stiftung Nord-Süd-Brücken in ihren Beiträgen. Die Innenansichten von Detlev Groß aus dem Land Brandenburg sind ein flammender Appell dafür, dass Staat und Verwaltung auf regionaler und lokaler Ebene sich den NRO gegenüber öffnen und von deren Know-How profitieren müssen, allerdings muss der Staat hierfür auch die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen bereit stellen. Walter Hättig beleuchtet die Schnittstellen zwischen Staat und Gesellschaft, an denen auch die Stiftung Nord-Süd-Brücken angesiedelt ist und operiert. Möchte man an solchen Schnittstellen erfolgreich arbeiten, so ist es wichtig, nicht nur sein Verhältnis zum Staat, son-dern auch das zur Zivilgesellschaft zu klären.

Staat und Zivilgesellschaft begegnen sich jedoch nicht nur in realen, öffentlichen Räumen. Sylvia Werther vom Solidaritätsdienst-international hat sich darüber hinaus gehend Gedanken gemacht, was das Internet für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bedeutet? Ihr Befund fällt erfreulich aus. Denn zumindest für Deutschland lässt sich aus Sicht der Autorin festhalten, dass das Internet der Zivilgesellschaft ermöglicht, weitgehend ohne staatliche Beeinflussung zu agieren.

Übrigens, die Perspektive des Bundes („Staat betrachtet Zivilgesellschaft") fehlt in diesem Jahresbericht, weil das BMZ erst die Strategie zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft öffentlich vorstellen möchte, bevor über diese publiziert wird. Es muss aber trotzdem nicht befürchtet werden, dass in dem inhaltlichen Schwerpunkt des Jahresberichtes nur vom bösen Staat und der guten Zivilgesellschaft die Rede ist. Alle sieben zivilgesellschaftlichen Beiträge setzen sich auch kritisch mit der eigenen, vielfältigen Zivilgesellschaft auseinander. Besonders deutlich wird dies in dem Beitrag von Merlin Schönke, der jüngst drei Monate ein Praktikum bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken absolvierte. Merlin Schönke hat nicht nur sehr klare Vorstellungen davon, dass Zivilgesellschaft einen Gegenpol staatlichen Handelns darstellt und gesellschaftliche Missstände anprangert. Er hat vielmehr auch beobachtet, dass der finanzielle Druck innerhalb der Zivilgesellschaft zu Konflikten über die beschränkten Ressourcen führen kann. Dabei können die institutionell schwächeren Akteure der Zivilgesellschaft unter die Räder kommen, und eine geringere Diversifizierung schadet langfristig der Wirksamkeit der Zivilgesellschaft. An diesem Punkt schließt sich dann der Kreis der Beiträge von Uli Post bis Merlin Schönke. Denn letztendlich geht es bei dem Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat in der Entwicklungspolitik auch darum, dass für den Globalen Süden mehr Zugang zu und Teilhabe an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ermöglicht und weltweit mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen werden. Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Andreas Rosen

Seismographen für gesellschaftliche Schieflagen

Zivilgesellschaft darf sich nicht von oben führen lassen

VENRO mit öffentlichem Anliegen am Brandenburger Tor *Foto: Jörg Farys/Die Projektoren, DEINE STIMME GEGEN ARMUT*

Nach Auffassung des deutschen Entwicklungsministers sind die Nichtregierungsorganisationen Teil einer „Entwicklungsindustrie". Ihre Mitarbeiter sieht er als Relikte „aus der Schlabberpulli-Ecke und Alt-68er", deren angestaubte Politik er in die Mitte der Gesellschaft führt (Interview mit BILD 4.3.2013). Klar, dass sich solche Einschätzungen des Ministers nicht mit dem Selbstverständnis (und übrigens auch nicht mit dem Alter) derjenigen decken, die in diesem Feld aktiv sind. Muss, darf Zivilgesellschaft tatsächlich in seinem Sinne „von oben" geführt werden?

Beginnen wir aber mit der „Mitte der Gesellschaft", in die die Entwicklungspolitik bewegt werden soll. Im entwicklungspolitischen Konzept des BMZ wird das so begründet: „Veränderungen kommen aus der Mitte der Gesellschaft." Das ist natürlich blanker Unsinn. Ein Blick allein auf die deutsche Nachkriegsgeschichte reicht, um zu begreifen: Veränderungen kommen von den Rändern der Gesellschaft. Es gilt, die Mitte von den Veränderungen zu überzeugen. Zivilgesellschaft braucht also mindestens zwei Gruppen von Akteuren: „Veränderer" und „Überzeuger".

Zivilgesellschaft ist legitimiert…

Zivilgesellschaft ist nicht Zivilgesellschaft, wenn sie sich von einer Regierung führen lässt. Die Assoziations- und Versammlungsfreiheit ist eine der wichtigsten Grundlagen von Demokratie; Demokratie lebt von einer lebendigen, unabhängigen und starken Zivilgesellschaft. Deren Existenz und Unterstützung, gerade auch, wenn sie kritisch ist, gibt Aufschluss über die demokratische Kultur eines Landes. Und es sind nicht Parlament und Regierung allein, die Legitimation besitzen. Auch NRO besitzen Legitimation. Denn diese wird nicht durch formelle Wahlen allein erlangt, sondern vor allem auch durch die Teilnahme am öffentlichen Prozess der Meinungs- und Willensbildung. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Nichtregierungsorganisationen (NRO) in diesem Prozess für öffentliche Anliegen einsetzen.

Öffentliches Anliegen kann z.B. die Thematisierung von Problemen sein, die von den vorhandenen Institutionen nicht oder nur unbefriedigend gelöst werden. Zivilgesellschaftliche Akteure sind häufig „Früherkenner" gesellschaftlicher und globaler Herausforderungen und geben erste normative Orientierungen. Manche versuchen auch, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Dabei geben die Durchsetzung universeller Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit, das friedliche Zusammenleben von Gesellschaften und die Bewahrung der natürlichen Ressourcen einen Orientierungsrahmen.

…und sehr verschieden

Der amerikanische Sozialwissenschaftler George Lodge schrieb vor einigen Jahren: „NGOs do much more than attack corporations; they are also watchdogs, monitors, and collaborators." So unterschiedlich die Anliegen unterschiedlicher Gruppierungen und Zusammenschlüsse sein können, so unterschiedlich sind auch ihr Erscheinungsbild und ihre Aktivitäten. Nichtregierungsorganisationen sind – neben Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und wenig formalisierten Netzwerken – Teil der Zivilgesellschaft und spiegeln die Pluralität unserer Gesellschaft wider: Bei den Mitgliedern unseres Dachverbandes (VENRO) treffen wir auf große und kleine, hochprofessionell arbeitende und solche, die sich ausschließlich auf ehrenamtliches Engagement stützen. Es gibt kirchliche und säkulare, Spezialisten für schnelle Nothilfe-Einsätze und für langfristige Vorhaben mit einheimischen Partnern. Einige Organisationen wiederum konzentrieren sich ausschließlich auf politische Lobby- oder Bildungsarbeit in Deutschland, andere führen Projekte in Entwicklungsländern durch. Es gibt solche, die das „System" (Entwicklungshilfe oder Kapitalismus) abschaffen wollen, andere wollen es verbessern und wieder andere leisten praktische Unterstützung in Projektländern, ohne sich um den Rahmen zu scheren. Was sie verbindet: Es handelt sich immer um freiwillige Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, die haupt- oder ehrenamtlich auf lokaler, regionaler, nationaler oder internationaler Ebene tätig sind. Sie sind unabhängig vom Staat und agieren nicht gewinnorientiert.

Entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen sind nicht Teil einer homogenen Masse. Sie unterscheiden sich in ihrem Selbstverständnis und ihren Rollen. Als Seismographen für gesellschaftliche Schieflagen können sie gleichzeitig Treiber für einen Wandel in Politik und Gesellschaft sein. Hierbei agieren sie als Anwalt für gesellschaftlich Benachteiligte und Ausgeschlossene: und zwar gegenüber Regierungen im Norden und Süden. Neben der Beschaffung und dem Einsatz privater und öffentlicher Mittel für und in Entwicklungsprojekten üben sie auch die klassische „Wachhund-Funktion" aus: indem sie dafür sorgen, dass zentrale entwicklungspolitische Themen auf der Agenda bleiben, und sich beispielsweise die Bundesregierung nicht einfach aus der Verantwortung für gemachte Versprechen stehlen kann (siehe 0,7%-Ziel); oder, dass sich politische Rahmenbedingungen verändern.

Zivilgesellschaft mit nicht nur einer Stimme! *Foto: Jörg Farys/ Die Projektoren, DEINE STIMME GEGEN ARMUT*

Schmaler Grat zwischen sozialer Dienstleistung und Entlastung des Staates

Dies gilt ebenfalls mit Blick auf Regierungen von Entwicklungsländern, allerdings ist dort auch die Unterstützung der Bevölkerung beim Aufbau eigener Basisstrukturen von großer Bedeutung. Denn funktionsfähige Organisationen bilden das Fundament für eine ernst zu nehmende Zivilgesellschaft, die es Bürgern ermöglicht, eigene Interessen gegenüber häufig autoritären Regierungen zu artikulieren – und gelegentlich auch durchzusetzen. Das ist ein zentrales Anliegen entwicklungspolitischer Bemühungen. Besonders in Staaten mit schlechter Regierungsführung müssen Nichtregierungsorganisationen auch immer wieder in die Bresche springen und soziale Dienstleistungen im Gesundheits- oder Bildungsbereich übernehmen, die eigentlich Aufgabe des Staates wären. Selbst wenn zivilgesellschaftliche Organisati-

onen – gerade in sogenannten fragilen und von Krisen und Konflikten betroffenen Staaten – erfolgreich dabei sind, in Not geratene oder an den Rand gedrängte Menschen zu unterstützen, sollte ihr „Ersatzhandeln" nicht zum Dauerzustand werden. Weil sich die Arbeit privater Hilfsorganisationen im Ausland häufig nur auf klar definierte benachteiligte Gruppen, beispielsweise Kleinbauern, Frauen oder Kinder, konzentriert, muss der Staat mit in die Verantwortung genommen werden: Nur dann kann sichergestellt werden, dass alle Bürger eines Landes ihren Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen wie Bildung oder Gesundheit dauerhaft wahrnehmen können und dafür die entsprechende Infrastruktur aufgebaut wird.

Zivilgesellschaft übernimmt mitunter auch Funktionen, die vom Staat nicht übernommen werden können oder zu denen Staaten aufgrund ihrer instabilen Strukturen nicht in der Lage sind. Allerdings gilt es, komparative Vorteile zu nutzen und die eigene Rolle diesbezüglich immer wieder zu justieren. Nichtregierungsorganisationen können gerade dort agieren, wo staatliche Entwicklungszusammenarbeit an diplomatische Richtlinien gebunden ist. Sie sind nicht auf außenpolitische oder außenwirtschaftliche Vorgaben verpflichtet und genießen Ansehen und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. In der Regel sind ihre Partner in den Entwicklungsländern gemeinwohlorientierter als die Regierungen. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass Unterstützung tatsächlich arme und benachteiligte Menschen erreicht. NRO sind meist besser als der Staat in der Lage, die Eigeninitiative und die Interessenvertretungsmacht armer oder unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen zu stärken. Außerdem sind sie in der Lage, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement zu generieren und soziale Bewegungen zu mobilisieren. Sie können an das Werteempfinden und Empörungspotenzial von Menschen appellieren.

Verhältnis zum Staat kritisch reflektieren

In der Entwicklungspolitik vieler Geberländer – so auch in Deutschland – spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. Allerdings müssen sie aufpassen, dass sie sich nicht zu stark oder ausschließlich in der Rolle eines sozialen Dienstleisters und damit Umsetzers staatlicher Mittel wiederfinden. Dies gilt umso mehr, als das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit der Reform der staatlichen Vorfeldorganisationen eine Strukturveränderung vollzogen und durch eine Reihe anderer Maßnahmen die Entwicklungszusammenarbeit weiter verstaatlicht hat. Dazu zählt auch die vollständig staatliche Trägerschaft bei Engagement Global.

Akteure der Zivilgesellschaft müssen auch in Zukunft grundsätzlich die Möglichkeit haben, eigene Themen und Maßnahmen ohne politische Auflagen zu bestimmen und umzusetzen, auch wenn sie hierfür staatliche Mittel erhalten. Im Lauf der Jahre sind sie Kooperationen und damit auch Verpflichtungen gegenüber Partnern im Süden eingegangen, haben eigene Schwerpunkte gesetzt und oft spezifische Methoden entwickelt. Wird dies in Frage gestellt, leidet ihre Unabhängigkeit darunter – und damit ein auch in den Augen der Bevölkerung besonders hohes Gut.

Es ist zweifellos für uns als Teil der Zivilgesellschaft wichtig, unser Verhältnis zum Staat, zu unserer eigenen Regierung kritisch zu reflektieren und bei Bedarf aufzuschreien oder uns an die eigene Nase zu fassen und ggfs. das Verhältnis neu zu justieren. Mindestens ebenso wichtig aber ist es, auf unsere Kernaufgaben zu schauen und uns selbstkritisch zu fragen: Machen wir den Job, für den wir, für den unsere jeweilige Organisation mandatiert ist, machen wir diesen Job gut? Schaffen wir es, im „magischen Dreieck" der Entwicklungszusammenarbeit – Solidarität, Selbsterhaltungstrieb und Eigenverantwortung – der Übernahme der Eigenverantwortung durch unsere Programm- oder Projektpartner eine klare Priorität einzuräumen? Oder macht uns unsere eigene Regierung den Job unnötig schwer?

Zivilgesellschaft kann und darf nicht von „oben" geführt werden, weder in die Mitte der Gesellschaft noch in die Nähe zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder wo auch immer hin. Wer das versucht, demonstriert ein wenig freiheitliches Demokratieverständnis. Und das unabhängig davon, ob er nun Schlabberpullis, Designer-Sakkos oder Fallschirmjägermützen trägt.

Ulrich Post
ist Vorstandsvorsitzender von VENRO und leitet den Arbeitsbereich Politik und Außenbeziehungen bei der Welthungerhilfe in Bonn. Nach dem Studium der Politischen Wissenschaften und Volkswirtschaftslehre arbeitete er lange Zeit im entwicklungspolitischen Journalismus, u.a. auch als Leiter der Kommunikationsabteilung des Christenrats von Lesotho für „Dienste in Übersee" sowie als Geschäftsführer von Germanwatch in Bonn.

Staat, Zivilgesellschaft und Stiftung

Die Stärkung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist Stiftungszweck

Staat und Zivilgesellschaft unter einem Baum *Foto: SNSB*

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken wurde vor 19 Jahren gegründet. Es waren vor allem die damals schon existierenden entwicklungspolitischen Vereine in Ostdeutschland wie INKOTA-netzwerk, GSE, OIKOS, KATE usw., die in der Zusammenarbeit mit SODI, in einem schwierigen Aushandlungsprozess mit dem Staat, die Gründung der Stiftung durchgesetzt haben. Die Situation der entwicklungspolitischen Vereine in Ostdeutschland war von Anfang prekär: Geringe Spendeneinnahmen, wenig Unterstützung durch die Landesregierungen, schwieriger Zugang zu staatlichen und nichtstaatlichen Förderprogrammen, geringer gesellschaftlicher Rückhalt.

Vor diesem Hintergrund war es für die entwicklungspolitischen Organisationen wichtig, dass die Stiftung Nord-Süd-Brücken die Arbeit dieser Organisationen vor allem auch strukturell unterstützt. Denn ohne personelle und organisatorische Strukturen ist eine kontinuierliche, professionelle und verlässliche entwicklungspolitische Arbeit nicht möglich. In der Satzung der Stiftung wird der Begriff Zivilgesellschaft nicht benutzt, weil er damals noch wenig gebräuchlich war. Aber, die Förderung und Stärkung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist ein zentrales Anliegen der Stiftung. Dafür hat die Stiftung Nord-Süd-Brücken in den vergangenen 19 Jahren sehr viel geleistet. Über 2.500 Projekte ostdeutscher Vereine wurden mit ca. 15 Mio. Euro gefördert. Damit gehört die Stiftung Nord-Süd-Brücken für ostdeutsche entwicklungspolitische Vereine zu den verlässlichsten Geldgebern.

Förderung der Zivilgesellschaft

Die Stiftung hat jedoch nicht nur Projekte gefördert. Sie hat darüber hinaus fast jedes Jahr Qualifizierungsseminare angeboten. In den letzten Jahren waren es vor allem Seminare zur Projektplanung und zur Wirkungsorientierung. Aufgrund des engen Dialogs mit entwicklungspolitischen Vereinen und deren kritischen Rückmeldungen hat die Stiftung Nord-Süd-Brücken vor mehr als zwei Jahren wichtige Fördereinrichtungen wie FEB-Programm von Engagement Global, Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst, Katholischer Fonds und andere an einen Tisch geholt, um Möglichkeiten der Harmonisierung der Förderrichtlinien zu diskutieren. Dieser Geberharmonisierungsprozess ist noch nicht abgeschlossen, hat aber dennoch schon dazu geführt, dass die beteiligten Geberorganisationen wichtige Vereinfachungen beschlossen haben. Wir erwarten daher, dass es NRO in der Zukunft leich-

ter haben werden, Projekte zu beantragen und abzurechnen, weil die Anforderungen stark vereinheitlicht werden. Eine wichtige Rolle hat die Stiftung in den vergangenen Jahren auch bei der Stärkung migrantisch-diasporischer Vereine in Ostdeutschland gespielt. Auf Bundesebene beteiligt sich die Stiftung an einem informellen Austausch zwischen Geberorganisationen und migrantisch-diasporischen Organisationen. Diese Gespräche haben dazu geführt, Vertrauen zwischen den verschiedenen Akteuren aufzubauen und Türen für die Projektförderung zu öffnen. Auch in der eigenen Förderpraxis hat die Stiftung viele Schritte unternommen, um migrantisch-diasporischen Vereinen den Zugang zur Förderung zu ermöglichen. Dazu hat die Stiftung in den vergangenen Jahren regelmäßig Qualifizierungsseminar für migrantisch-diasporische Vereine angeboten.

Die Stiftung und der Staat

Besonders wichtig für die Stärkung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft in Ostdeutschland war und ist das Personalkostenförderprogramm der Stiftung, das Mitte der neunziger Jahre erstmals aufgelegt worden ist. Zu Beginn wurde das Personalkostenförderprogramm hauptsächlich aus Mitteln der Stiftung finanziert, heute wird es dagegen fast vollständig aus staatlichen Mitteln finanziert. Die Stiftung konnte das BMZ davon überzeugen, dass es in Ostdeutschland besonderer Maßnahmen bedarf, um eine weitgehend fragile entwicklungspolitische Zivilgesellschaft strukturell zu stärken. Dabei war der Stiftung auch bewusst, dass es in Westdeutschland Regionen gibt, in denen entwicklungspolitische Organisationen ähnliche Probleme haben wie in Ostdeutschland. Daher hat die Stiftung von Anfang an die Idee der bundesweiten Einführung eines Promotorenprogrammes unterstützt, seit 2011 zählt sie zu den Trägern des Programmes. Seither hat die Stiftung sehr viel Energie und Arbeitszeit aufgebracht, um das Promotorenprogramm konzeptionell mit agl und VENRO weiter zu entwickeln und zum Erfolg zu bringen. Was vor mehr als zwei Jahren kaum jemand geglaubt hat, ist nun gelungen. Das Promotorenprogramm ist im April dieses Jahres gestartet. Das ist ein großer Erfolg, auch wenn es noch nicht gelungen ist, das Programm in allen Bundesländern zu etablieren. Besonders bedauerlich ist, dass von den Ostbundesländern lediglich das Land Berlin bereit war, für das Promotorenprogramm Mittel bereit zu stellen. In den anderen Ostbundesländern wird zwar das Personalkostenförderprogramm fortgesetzt, im Vergleich mit dem Promotorenprogramm ist es jedoch finanziell weitaus schlechter ausgestattet. Entscheidend ist jedoch, dass mit dem Start des Promotorenprogrammes Bund und Länder grundsätzlich anerkannt haben, dass es notwendig ist, entwicklungspolitische Organisationen strukturell zu unterstützen, um entwicklungspolitische Arbeit zu ermöglichen und abzusichern.

Die meisten Stiftungen sind eher staatsfern, sofern sie nicht selbst vom Staat gegründet worden sind. Bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken war dies von Anfang an anders. Der Staat war am Gründungsprozess beteiligt und in den Gremien der Stiftung sind die Ostbundesländer vertreten. Der Gestaltungswillen der Länder ist in den Gremien zwar nicht mehr sehr ausgeprägt, aber die Beteiligung der Länder wird als sehr positiv eingeschätzt. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken hat daher eine gewisse Staatsnähe, ohne jedoch automatisch staatsunkritisch zu sein. Die Stiftung hat jedoch noch weitere Ebenen der Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen.

An der Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft gibt es zahlreiche Gremien und Strukturen, in denen Interessen zwischen Staat und Zivilgesellschaft diskutiert und ausgehandelt werden. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken ist derzeit in drei solcher Gremien vertreten: im ENSA-Beirat, im Weltwärts-Steuerungsausschuss und im Kuratorium von Engagement Global. Noch nicht gegründet, aber geplant ist außerdem ein Beirat zum Promotorenprogramm, dem die Stiftung ebenfalls angehören wird. Die Mitarbeit in solchen Gremien ist vielfach sehr zeitaufwändig. Besonders intensiv war für die Stiftung z.B. die Mitarbeit im Weltwärts-Programm. Dadurch ist es der Stiftung aber auch gelungen, vor allem die Interessen kleiner, vor allem ostdeutscher Weltwärtsinitiativen im Programm sichtbar zu machen und zu wahren.

Mit dem Land Berlin ist die Stiftung seit Gründung enger verbunden als mit den anderen Ostbundesländern. Das Land Berlin hat im Stiftungsrat einen festen Sitz (die anderen Bundesländer wechseln sich ab) und seit 2004 verwaltet die Stiftung die Fördermittel des Landes Berlin zur Unterstützung entwicklungspolitischer Projekte. Inzwischen stellt das Land Berlin für diesen Zweck jährlich 500 Tsd. Euro zur Verfügung. Die Stiftung selbst hat im vergangenen Jahr mehr als 1 Mio. Euro an Fördergeldern an NRO ausgereicht, d.h., dass die Tätigkeit für das Land Berlin im vergangenen Jahr ungefähr einem Drittel unserer Förderarbeit entsprach.

Hinzu kommt, dass das Land Brandenburg die Stiftung mit Beginn dieses Jahres mit der Verwaltung eines kleineren Programmes „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit" beauftragt hat. Der Umfang des Programmes beträgt 33 Tsd. Euro, ist also relativ bescheiden. Beide Programme werden auf der Grundlage von Ausschreibungen vergeben. Dass sich die Stiftung bei diesen Ausschreibungen (bisher) durchsetzt, weist auf mehrere Faktoren hin: die Stiftung verfügt über eine große Erfahrung in der Verwaltung von Fördermitteln, sie hat eine sehr gute Kenntnis der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft in den Ostbundesländern und schließlich verwaltet die Stiftung diese Programme vermutlich sehr viel günstiger als der Staat es selbst könnte. Vor allem letzteres wirft die Frage auf, ob sich die Stiftung damit an der Umsetzung neo-liberaler Politikansätze beteiligt, denen die Stiftung grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Im Unterschied zu anderen Projekten der Auslagerung von staatlichen Aufgaben an private Träger, kann die Stiftung immerhin für sich beanspruchen, dass Verwaltung der Berliner Landesmittel für Entwicklungszusammenarbeit für alle Seiten positiv ist.

Die Stiftung ist nicht nur Auftragnehmerin des Staates, sie ist zugleich auch Antragstellerin beim Staat. In den ersten

Jahren der Stiftungstätigkeit förderte sie ausschließlich mit eigenen Mitteln, das war damals noch möglich, weil die Kapitalerträge der Stiftung in den neunziger Jahren wesentlich höher waren. Heute hat sich das Bild völlig geändert: 2012 stammten 89 Prozent der Mittel, die von der Stiftung an NRO ausgereicht werden, aus staatlichen Mitteln, dieser Anteil wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch weiter anwachsen.

Der hohe staatliche Finanzierungsanteil bei der Stiftung ist für Deutschland jedoch nicht ungewöhnlich. Im Unterschied bspw. zur US-amerikanischen Zivilgesellschaft wird die Zivilgesellschaft in Deutschland weitgehend staatlich finanziert. Dies trifft zwar vor allem für den sozialpolitischen Bereich zu, aber auch im entwicklungspolitischen Bereich gibt es Organisationen der Zivilgesellschaft, die fast ausschließlich über staatliche Mittel finanziert werden. Diese Organisationen stellen deswegen ihre Zugehörigkeit zum zivilgesellschaftlichen Bereich nicht in Frage. Die Stiftung selbst hat gute Argumente, um den hohen staatlichen Finanzierungsanteil zu begründen, denn sie hat viele komparative Vorteile gegenüber dem Staat. Die Stiftung verfügt bspw. über eine bessere Kenntnis der entwicklungspolitischen Landschaft in Ostdeutschland. Die Stiftung ist den entwicklungspolitischen NRO näher, dadurch kann die Stiftung staatliche Mittel auch kleinen Organisationen zugänglich machen, die ansonsten nur geringe Chancen hätten, diese Mittel zu akquirieren. Dadurch ist es zumindest in Ansätzen möglich, eine entwicklungspolitische „Grundversorgung" auch in Regionen zu sichern, wo ansonsten nur entwicklungspolitische Ödnis herrschen würde. Im Sinne der Subsidiarität lässt sich diese Aufgabenteilung gut begründen. Dennoch – ein Unbehagen bleibt, weil sich die Grenzen von Staat und Zivilgesellschaft verwischen und Grauzonen entstehen.

Die Stiftung und die Zivilgesellschaft

Auf der Grundlage eines einfachen Modells kann man unterscheiden zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Da die Stiftung Nord-Süd-Brücken weder Staat noch Wirtschaft ist, muss sie zur Zivilgesellschaft gehören. In den vergangenen Jahren wurde allerdings immer wieder die Frage gestellt, ob die Stiftung zur Zivilgesellschaft gehöre. Dass die Zugehörigkeit der Stiftung zur Zivilgesellschaft bezweifelt wird, kann nicht damit zusammen hängen, dass die Stiftung relativ viele staatliche Mittel erhält, denn darin unterscheidet sich die Stiftung nicht von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Gelegentlich wurde auch argumentiert, dass es der Stiftung Nord-Süd-Brücken an Legitimität fehle, weil Stiftungen im Vergleich mit Vereinen keine wirklich demokratischen Körperschaften seien. Tatsächlich wird die Rechtsform „Stiftung" häufig auch deswegen gewählt, weil man sich damit einer demokratischen Kontrolle entziehen kann. Auf die Stiftung Nord-Süd-Brücken trifft dies jedoch nicht zu, da die Mehrheit der Gremienmitglieder durch eine echte Wahl bestimmt wird. Unabhängig davon müssen zivilgesellschaftliche Organisationen keinen Nachweis ihrer Legitimität erbringen, weil sie durch die Grundrechte und durch den vom Staat vorgegebenen rechtlichen Rahmen ausreichend legitimiert sind, sich für ihre jeweiligen Anliegen einzusetzen, so partikular diese im Einzelfall auch sein mögen. Daher gibt es auf dieser Ebene keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Stiftungen und Vereine, auch wenn die innere Verfasstheit sehr unterschiedlich ist.

Es gibt jedoch einen entscheidenden Unterschied: die Stiftung ist im Kern keine operative Stiftung, sondern eine Förderstiftung. Damit einher geht ein Machtgefälle zwischen Stiftung und NRO – zumindest soweit diese von der Stiftung gefördert werden. Dieses Gefälle lässt sich nicht aufheben, auch wenn die Stiftung einiges dafür tut, um es zu verringern. Es gibt eine Differenz, die nicht überwindbar ist.

In der Vergangenheit zählte die Stiftung zu den wenigen entwicklungspolitischen Organisationen Ostdeutschlands, die auch bundesweit wahrgenommen wurden. Über viele Jahre war die Stiftung im Vorstand des Verbandes entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen vertreten (Venro), auf Berliner Ebene hat die Stiftung das Landesnetzwerk mitgegründet und jahrelang eine der Sprecher/innen gestellt. Die Stiftung konnte diese Aufgaben wahrnehmen, weil sie über die notwendigen Ressourcen verfügte und weil es auf dieser Ebene ein Vakuum gab. Die Stiftung konnte und musste daher über viele Jahre die Interessen ostdeutscher entwicklungspolitischer Organisationen auf Bundesebene vertreten. Das hat sich verändert. Es gibt heute mehr entwicklungspolitische Organisationen in Ostdeutschland, die eine solche Aufgabe übernehmen können. Dies ist auch ein Resultat der Förderpolitik der Stiftung. Weil dieser Prozess ungleichzeitig und ungeplant verläuft, sind Diskussionen und Auseinandersetzungen unvermeidlich, wie die Rollen und Aufgaben zwischen verschiedenen Akteuren der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft neu verteilt werden. In diesem Prozess sollten alle Beteiligten nie aus dem Blick verlieren, um was es letztlich geht, nämlich darum, einen Beitrag zu leisten zur Überwindung von Armut und Ungerechtigkeit.

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken mischt sich in entwicklungspolitische Debatten ein durch eigene Veranstaltungen und Projekte, die Stiftung fördert entwicklungspolitische Vereine und will damit Veränderungen erreichen. Um das gut zu machen, braucht die Stiftung den offenen und kritischen Dialog mit der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft. Nur wenn die entwicklungspolitischen Organisationen kritisch nachfragen und sich einmischen, kann die Stiftung ihre Politik überprüfen und gegebenenfalls anpassen bzw. ändern. Dazu braucht es auf Seiten der Stiftung Transparenz und Offenheit für den Dialog, nur so kann die Stiftung auch in der Zukunft ihren Auftrag erfüllen.

Walter Hättig
ist seit 2007 Geschäftsführer der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Zuvor hat er bei den beiden Berliner Nichtregierungsorganisationen Weltfriedensdienst e.V.(WFD) und Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) gearbeitet.

Engagement lokal

Für die Gestaltung internationaler Politik liegt ein Schlüssel in der Regionalpolitik

Viele deutsche Kommunen strecken sich jährlich zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben nach der Decke. Der „Keimzelle der Demokratie" bleibt dennoch regelmäßig nichts erspart. Stadtmütter oder -väter hadern mit den selbst erarbeiteten oder geerbten Schulden. Das nicht ausbleibende Spardiktat zwingt zu harten Maßnahmen. Unter diesem Druck kann es passieren, dass billig mit preiswert verwechselt wird, dass das staatliche Angebot reduziert oder auch schon mal das Gewerbegebiet für Anbieter bereitet wird, die ihren internationalen Zulieferern auch „freie Hand" beim (Ein-)Sparen lassen. Den Kommunen hilft auch keine kreative Buchführung: sie müssen mit weniger Budget in Zukunft mehr leisten. Das moderne Kommunalmanagement erfordert gut ausgebildete Fachleute und Kommunikatoren. Denn Staaten und Regionen stehen im internationalen Wettbewerb mit ihren Waren, Dienstleistungen, den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen und der Effizienz der Verwaltungen.

Den regionalen Willensbildungsprozess neu denken und internationalisieren…

In diesem Bedingungsgeflecht gehören Konflikte zum Alltag. Sie werden in einem sich immer weiter diversifizierenden Umfeld komplexer. Dabei sind die interregionalen und internationalen Zusammenhänge selbstverständlich einzubeziehen. Über 70 Prozent der deutschen Gesetze beruhen auf EU-Recht. Öffentliche EU-weite Ausschreibungen sind in das normale Verwaltungshandeln inzwischen eingegangen, aber bei den Fragen der Nachhaltigen Entwicklung wie zum Beispiel Klimaschutz, Energie, Umwelt, Infrastrukturentscheidungen, Fair Trade, nachhaltiger Beschaffung reichen die traditionellen Steuerungsmechanismen im kommunalen Willensbildungsprozess nicht mehr aus. Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft brauchen ein „qualitatives Mehr" in der Entwicklung und Gestaltung von politischen und wirtschaftlichen Investitionen in die Zukunft. Noch fehlen die modernen und intelligenten Kommunikationsformate, die das Know How aller jeweils betroffenen Akteure früher, schneller und effizienter zusammenführen. Für die Regierungen nebst Administration auf Landes- und Kommunalebene bedeutet das, dass sie sich eine spezifische Kompetenz in der Politikberatung und -gestaltung mit speziell auszubildenden Kommunikatoren zur Steuerung und Prozessoptimierung erarbeiten müssen. Lösungsvorschläge müssen den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur mitgeteilt, sondern auch von ihnen angenommen werden. Sie wollen sich darüber hinaus in die Gestaltung von Politik auch zwischen den Wahlterminen einbringen.

Stellen ihr Know How gerne zur Verfügung – Vertreter/innen der Brandenburger Zivilgesellschaft *Foto: BREBIT*

Mehr Erfahrungsträger beteiligen und spezifische Unterstützungskultur begründen...

Unbestritten bleibt die Entscheidungsgewalt im Kern bei den Parlamenten. Über die gemeinsamen und divergierenden gesellschaftlichen Interessen ist letztendlich hier zu entscheiden und zu verantworten. Die parlamentarische Demokratie wird aber mehr Instrumente im Vorfeld entwickeln müssen, um der notwendigen Beteiligung außerparlamentarischer Know How-Träger gerecht zu werden (zum Beispiel Mediatorenfunktion).

Hier ist die Zivilgesellschaft zu einem zentralen Akteur geworden (im Inland und im Ausland). Ihr wichtiger Beitrag kann aber nicht dauerhaft gesichert werden, wenn sie wie „traditionelle" Stakeholder (z. B. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, etc.) behandelt wird. In der (organisierten) Zivilgesellschaft hat die Vereins- und ehrenamtliche Arbeit einen hohen Stellenwert. Die Strukturen und Inhalte stützen sich auf einen im Vergleich eher kleinen Kern hauptamtlich

Beschäftigter, der Professionalität und Vernetzung mit Regierungs- und anderen Nichtregierungsorganisationen sichert. Viele Nichtregierungsorganisationen arbeiten in Bereichen, die vom Staat nicht, nicht mehr oder schlechter wahrgenommen werden können. Dazu gehören auch die vielen entwicklungspolitischen / international agierenden Vereine, lokale Agenda 21-Initiativen und deren landes- und bundesweite Arbeitsgemeinschaften.

Ihre Anliegen gewinnen immer mehr an Aufmerksamkeit und Unterstützung. In den Medien werden den Themen zur Weltwirtschafts- und Finanzordnung, der nachhaltigen Entwicklung, der Migration, der Arbeitsverhältnisse, etc. im Rahmen der Globalisierung und deren Rückwirkung auf Deutschland immer mehr Raum gegeben. Die Erkenntnis wächst in der deutschen Gesellschaft insgesamt, dass viele Probleme nur im internationalen Zusammenhang zu lösen sind. Es wird eine gemeinsame Herausforderung der entwicklungspolitischen Stakeholder und insbesondere der Nichtregierungsorganisationen sein, eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die die Bedeutung der Entwicklungspolitik durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit – gerichtet auf unterschiedliche Zielgruppen – sichert. Denn im Gegensatz zur billigen Reklame erfordert die Beschäftigung mit Entwicklungspolitik und den Auswirkungen auf das tägliche Leben eine Einsicht, die durch Information und Bildung erarbeitet werden muss, um auch dauerhaften Einfluss auf das Verhalten im Alltag zu haben.

Die staatlichen Einrichtungen müssen ein Interesse daran haben, sich das Wissen, die Empathie und Erfahrung der Nichtregierungsorganisationen zu sichern. Der dazu erforderliche Wandel im Umgang hat auf Staatsseite noch nicht ausreichend stattgefunden. Das betrifft zum Beispiel

- eine strukturgebundene, verlässliche und transparente Einbeziehung in die Politik und in die Verwaltung über den etablierten Parlaments- und Regierungsbetrieb hinaus,
- eine Unterstützungskultur (Anerkennung, Finanzen, Kommunikationsstruktur, „Annahmekultur" der Administration, Monitoring, transparenter Willensbildungsprozess), die diesen Namen auch verdient,
- eine Angleichung der Fördermodalitäten zur Entbürokratisierung / Verfahrenstransparenz und Planung von personalrelevanten Entscheidungen zwischen Bund, Land, Kommune, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen,
- mehr Empathie seitens der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst gegenüber Zeit- und Honorarvertragsnehmern in der Zivilgesellschaft in Bezug auf langfristige Steuerung von für beide Seiten relevanten Inhalten und persönlich beruflicher Lebensplanung,
- Entwicklung und Steuerung von modernen Beteiligungsformaten zur Etablierung einer dauerhaften Streit- und Lösungskultur. Notwendig sind fachlich versierte Kommunikatoren mit Einblick und Einsicht in Staat und Gesellschaft. Die Voraussetzungen müssen durch Ausbildungsangebote in Curricula und Lehr- / Studienplänen geschaffen werden (erste Anfänge mit Orientierungsrahmenplan von KMK und BMZ / Globalem Lernen sind gemacht). Darüber hinaus müssen entsprechende Einstellungskriterien im Öffentlichen Dienst als „hard skills" aufgenommen werden,
- ein gemeinsames Qualitätsmanagement zwischen Staat und NRO in Bezug auf Durchführung von Projekten, Erarbeitung und Vermittlung der Inhalte, entsprechender Aufbau und Pflege dauerhafter Personalstrukturen.

… und die Probleme lösen.

Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland beginnt nicht erst jenseits unserer Grenzen, sondern schon im Inland. Die Kraft zur Veränderung und Einflussnahme muss regional von staatlicher Seite als Bringschuld organisiert sein, damit zunächst der Arbeitsrahmen stimmt, dieser schnell Normalität wird und dann zügig der Sinn des „Engagement lokal" zum Tragen kommt, nämlich aus dem jeweils unterschiedlichen Scheuklappendenken der Entwicklungspolitik, der Umweltbewegung, der Globalisierungsdebatten, der Sicherheits- und Friedenspolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, etc. heraus zu kommen und gemeinsam die Probleme zu lösen!

Liebe Parlamentarier, liebe Regierungen, liebe Administrationen, liebe Parteien:
Ohne Einbeziehung und strategische Kommunikation mit der Zivilgesellschaft und den Nichtregierungsorganisationen läuft nichts und erst recht nicht zum Nulltarif. Parlamentarische Demokratie in Verantwortung für die Eine Welt zu gestalten, ist eben nicht einfach. Nur wer sich der Zivilgesellschaft stellt und das Know How zu nutzen versteht, ist auf der Höhe der Zeit.

Detlev Groß
ist gegenwärtig als Referent im Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg im Fachbereich Entwicklungspolitik beschäftigt. Zuvor hat er in den Bereichen Transatlantische Beziehungen, Politiken der Europäischen Union und bilaterale Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten, als Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, Referent im Auswärtigen Amt (Europapolitische Kommunikation im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft) und in der Administration der Landesregierung Brandenburg gearbeitet.
Der Artikel beschreibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht die des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.

Am Rande der Existenz

In Mecklenburg-Vorpommern geht es an die gesellschaftlich-demokratische Substanz

Labyrinth und Klex vor der Schließung? Ersten Mitarbeitern wurde wegen ausbleibender Fördermittel vorsorglich zum 31. März gekündigt.

Von Petra Hase

Greifswald – Jugendsozialarbeiter im Landkreis Vorpommern- Greifswald laufen Sturm gegen die Politik. Vor der Kreistagssitzung am Montag planen sie einen breiten Protest. Der Grund: Die 16 Trägervereine fühlen sich allein gelassen. Ihre Jugendarbeit ist wegen ausbleibender Finanzmittel von Land und Kreis faktisch nicht mehr möglich. Ob und wie viel Geld sie künftig für die 24 Stellen bekommen, steht nicht fest. Wenn überhaupt, werden Zuschüsse monatlich gezahlt. Die Folge: Einige Vereine haben ihren Mitarbeitern vorsorglich gekündigt.

Davon betroffen sind auch die zwei Sozialpädagogen und eine Erzieherin im Greifswalder Kinder-

Aus: Ostsee-Zeitung

Im Landkreis Vorpommern-Greifswald ist die Förderung der Jugendarbeit zusammen gebrochen. Reihenweise machen Jugendeinrichtungen dicht. Betroffen sind Gruppen, die in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit verlässliche Partner waren. In der Vergangenheit gab es deutliche bis eklatante Missverhältnisse zwischen der Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel und der Zahl relevanter sozialer Ziele. Dieses Missverhältnis hat im Nordosten der Republik eine Qualität erreicht, die an die gesellschaftlich-demokratische Substanz geht. Der Zusammenbruch des Fördersystems im Jugendbereich ist in Mecklenburg-Vorpommern kein Einzelfall. Nachbarkreise und andere Förderbereiche sind ähnlich elementar betroffen. Der Vorgang wirft ein Schlaglicht auf die Rahmenbedingungen, die mit staatlicher Förderpraxis auch andernorts verbunden sind. Dabei treten Faktoren zutage, an die sich viele Beteiligte scheinbar gewöhnt haben. Das könnte zu Nachdenklichkeit Anlass geben.

Ursachen

In Mecklenburg-Vorpommern werden im September 2011 infolge einer Gebietsreform sechs neue Großkreise gebildet. Vorpommern-Greifswald ist seitdem flächenmäßig der drittgrößte Landkreis der Bundesrepublik. Das Innenministerium des Landes verweigert im Rahmen der Kommunalaufsicht im Dezember 2012 die Zustimmung zu den Haushaltsplanungen 2012/2013. Es spricht davon, dass die „Leistungsfähigkeit des Landkreises als dauerhaft entfallen" anzusehen sei und setzt einen Zwangsverwalter ein. Aufgrund der von Beginn an hohen Verschuldung bei gleichzeitiger Erstübernahme entsprechender kommunalpolitischer Aufgabenfelder wirkt sich die neue Situation drastisch auf soziale und kulturelle Einrichtungen im Kreis aus. Beispiel Greifswald: War hier im Jugendbereich anfangs noch von einer Kürzung von 25 EUR pro Jugendlichem auf eine Förderhöhe zwischen 5,11 EUR und 12,50 EUR die Rede, so bekommen jetzt nur 5 von 14 Jugendeinrichtungen überhaupt noch eine Unterstützung. Folgende Gruppen leben momentan von letzten Reserven und wissen nicht, ob sie noch länger als ein paar Monate durchhalten können: AWO-Jugendclub Greifswald, Frauenhaus Greifswald, Greifswalder Projekte „Zukunft im Blick" und „Alleinerziehende" der Ausbildungsgesellschaft Neubrandenburg, Jugendclub Riems, Jugendinitiative ProTon, Kinder- und Ferienverein Greifswald, Jugendmedien Greifswald und Pfadfinderstamm „Enontikiö".

Experten empfehlen, bundesweit mindestens 10% der kommunalen Haushalte für Jugendarbeit aufzuwenden. Im Finanzvolumen des Kreises Vorpommern-Greifswald sind es weniger als 1%. In ganz Vorpommern stellen derzeit zahlreiche Organisationen ihre Arbeit ein. Die Ergebnisse und der zivilgesellschaftliche Erfahrungsschatz von 15 bis 20 Jahren Jugendarbeit drohen verloren zu gehen.

Der Versuch zu verstehen

In der Zeit zwischen September 2012 und März 2013 versuchen betroffene Initiativen monatelang, Antworten zu finden, um zu wissen, woran sie sind. Die Ansprechpartner in Verwaltung und Politik sind jedoch nicht zu sprechen oder weichen aus. Vielfach kommt bei den Betroffenen das Gefühl auf, sich für ihre Existenznöte rechtfertigen zu müssen.

Der Ausgangspunkt für staatliche Förderpolitik ist ein „partnerschaftlicher". Der Staat spart erwiesenermaßen viel Geld, wenn er in Zeiten rasanten wirtschaftlichen und technischen Wandels mit schwer kalkulierbaren sozialen und ökologischen Folgen auf ein Mindestmaß an Prävention setzt. Und wenn er sich dabei gemäß dem Subsidiaritätsprinzip der in der Gesellschaft vorhandenen ehrenamtlichen Expertise versichert. Staatliche Organe fordern verlässliche Partner, die für qualitative Arbeit stehen. Und sie bekommen sie auch. In Vorpommern-Greifswald gibt es zwischen den Beteiligten vielfach gutes und produktives Zusammenarbeiten. Doch die tiefergehende Substanz einer Partnerschaft zeigt sich in Situationen, in denen es um existenzielle Fragen geht. Der Umgang miteinander macht deutlich, dass die kooperative Basis auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer nicht im wünschenswerten Maß vorhanden ist.

Der vergebliche Versuch, das Beste daraus zu machen

Bei vielen Jugendorganisationen treffen die ratlosen Fragen von Betroffenen und Mitgliedsgruppen ein. Damit verbunden kommt die Erkenntnis, dass kaum Konstruktives passieren wird, wenn man nicht selbst mit an der verbliebenen Struktur webt. Doch letztlich erweist sich dieses Bemühen als vergeblich. Beteiligte machen die Erfahrung, dass politische Entscheidungsträger den Durchblick verloren haben. Die Haushaltsführung des vom Innenministerium bestellten Zwangsverwalters gehorcht grundlegend anderen Gesetzmäßigkeiten als diejenige vor Ort. Die Verwaltungen – auf der einen Seite die des Landkreises, auf der anderen diejenige des Innenministeriums – kontrollieren sich zwar gegenseitig. Doch Einblick in die aktuelle Lage und Entscheidungsspielräume gibt es nur, wenn die Verwaltungen diesen von sich aus gewähren. Die zivilgesellschaftliche Kontrolle durch Abgeordnete und engagierte Bürger läuft in dieser entscheidenden Phase ins Leere. Der Jugendbereich hat im Jugendhilfeausschuss eine Struktur, die demokratische Mitgestaltung eigentlich in besonderer Weise sicherstellen kann. Hier sind neben Verwaltung und Politik auch Träger der freien Jugendhilfe mit Sitz und Stimme vertreten. Doch neben den aktuellen Informationen fehlt es an vereinbarten Leitkriterien und Zielsetzungen. Der Kreis Vorpommern-Greifswald hat bis heute keine Jugendhilfeplanung zustande gebracht. Sie soll erst ab 2015 beginnen.

Geld alleine nützt wenig. Entscheidend ist eine Verständigung über die Rahmenbedingungen, in denen es die ihm zugedachte Rolle spielen soll. In einer Situation, in der es um existenzielle Fragen geht, müsste man sich auf derartige Entscheidungsprozesse und Vorerfahrungen beziehen können, um angemessen rasch ein Mindestmaß an Orientierung und Steuerung beizubehalten. Im vorliegenden Fall hat sich die dafür vorgesehene demokratische Institution ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.

Zivilgesellschaftlicher Kreativitätsschub

Eine derartig intensive Verknappung finanzieller Grundlagen in so kurzer Zeit kostet die betroffenen Gruppen enorme Energie. Sie mobilisieren vorhandene Reserven etwa durch Gemeinschaftsnutzungen am Rande des Möglichen. Für viele nützt das alles nichts. Es funktioniert am ehesten für Organisationen, die von Anfang an verschiedene finanzielle Standbeine haben – etwa mit Einnahmen aus Zweckbetrieben. Diejenigen, die es vorläufig schaffen, strahlen neues Selbstbewusstsein verbunden mit einer gewissen Erleichterung aus. Sie finden es durchaus auch okay, dass sie „die vom Amt nun los sind".

Zielvereinbarungen und haushaltsrechtliche Bestimmungen prägen die Arbeitsatmosphäre mit. Bürokratischer Aufwand und Kontrolle sind nicht immer deckungsgleich mit erkennbaren Erfordernissen im Sinne von Nachvollziehbarkeit und Transparenz. Die Vielfalt an Richtlinien führt oft dazu, dass man auf Geschehnisse, die zentrale Projektinhalte betreffen, nicht mehr flexibel reagieren kann. Der Kreativitätsschub bei den vom völligen Wegfall der Förderung betroffenen Initiativen wird verständlicher, je mehr man sich mit den Details auseinander setzt. Er ist bezeichnend für die Nebenwirkungen bestehender Förderpraxis.

Begleiterscheinungen

Zum Gesamtbild gehören weitere Vorgänge, die hier nur noch kurz gestreift werden. Dazu zählt, dass den Kürzungen bei den Jugendverbänden eine Erhöhung der Mittel bei der Verwaltung gegenüber steht, während sie selbst ohne befriedigende demokratische Kontrolle über die Gesamtverteilung der Mittel entscheidet. Nicht unbedeutende Nebenaspekte sind es, wenn neu geschaffene Stellen gezielt mit Personen besetzt werden, die der politischen Partei der Landrätin nahe stehen. Oder wenn die kommissarische Jugendamtsleiterin den Jugendarbeitsträger, bei dem sie selbst im Vorstand sitzt,

auf Platz 1 der Prioritätenliste für die verbleibenden Fördermittel setzt.
Dabei sollte nicht vergessen werden, dass diese Vorgänge gerade dort passieren, wo zivilgesellschaftliche Strukturen im bundesweiten Vergleich ohnehin schwach ausgeprägt sind. Eine Region, die von Abwanderung, weiten Wegen im ländlichen Raum und erschwerter gegenseitiger Vernetzung gekennzeichnet ist. Die von gleichzeitigem Erstarken von rechten und antidemokratischen Einstellungen geprägt ist. In der der Staat verstärkt die NPD fördert, weil diese nicht zuletzt infolge der strukturellen Änderungen durch die Gebietsreform vermehrt Fraktionsstatus in den Kreisparlamenten erreicht und daher Anspruch auf Erstattung von Wahlkampfkosten hat.
Losgelöst von den Vorgängen vor Ort wird zugleich auf Bundesebene im Bereich der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit die Einführung eines Promotorenmodells diskutiert. Dies ist ein sehr wesentlicher Vorgang. Die Region wird jede Hilfe von außen brauchen, die sie kriegen kann. Auch wenn dort gerade ein Teil der zivilgesellschaftlichen Strukturen wegbricht, die man als Kooperationspartner für ein solches Konzept benötigt. Jugendarbeit mit entwicklungspolitisch-antirassistischen Inhalten könnte neue Perspektiven eröffnen.
Mehrere Jugendeinrichtungen in Vorpommern haben Interesse signalisiert, sich verstärkt mit Greifswalder Initiativen zu diesem Thema zu vernetzen. Dazu zählen das E-Werk (Jugendbegegnungsstätte und Medienprojekt) Sassnitz sowie Jugendclubs in Penkuhn und Torgelow (Treffpunkt auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund). Gemeinsam sollen entwicklungspolitische und antirassistische Freizeit- und Bildungsprojekte auf die Beine gestellt werden, die an den Interessen der Jugendlichen und den Möglichkeiten der Einrichtungen vor Ort anknüpfen. Greifswalder Gruppen würden ihre Kompetenzen einbringen, Projektbegleitung und Multiplikatorenfortbildung organisieren. Voraussetzung ist allerdings, dass alle beteiligten Organisationen weiterhin existieren können. Nun gibt es in dieser Hinsicht mehr Fragen als Antworten.

Perspektiven

Zivilgesellschaftlichen Strukturen wohnt eine innovative Kraft inne, die unverzichtbar ist. Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein reiches Land mit wertvollen Möglichkeiten aktiver Mitgestaltung. Wir können vieles weiter verbessern, etwa indem entwicklungspolitische Förderansätze noch intensiver in den regionalen Kontext eingebettet werden. Richtig problematisch wird es erst, wenn das demokratische Zusammenspiel nicht klappt. Die jüngsten Vorgänge in Vorpommern-Greifswald rühren am Grundverständnis unserer Gesellschaft. Sie bedeuten Demokratieabbau. Sie sind so nur durchsetzbar, wenn man bereits im laufenden Prozess demokratische Spielregeln ignoriert.
Entwicklungspolitische Inlandsarbeit knüpft aus Gründen globaler Gerechtigkeit bei den gesellschaftspolitischen Strukturen im Norden an. Sie fragt nach notwendigen systemrelevanten Änderungen. Im vorliegenden Beispiel gibt es systemrelevante Änderungen. Allerdings ist mit ihnen keine neue Kraft für entwicklungspolitische oder andere soziale Anliegen verbunden. Statt dessen ist die Mehrheit derjenigen, die eine hohe Bereitschaft zu Engagement mitbringen, bereits außer Atem, noch bevor uns die eigentliche Krise überhaupt erreicht hat – denken wir etwa an den Klimawandel oder die Vorgänge an den Finanzmärkten. Unübersehbar stellt sich die Frage nach den noch vorhandenen gesellschaftlichen Reserven. Und die danach, wessen es eigentlich bedarf, damit wir unsere demokratischen Instrumente sinnvoller einzusetzen verstehen.

Thomas Schmidt
ist freiberuflich in der ökologischen und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit tätig. Er engagiert sich in Greifswald im Rahmen der Entwicklungspolitischen Tage Mecklenburg-Vorpommern und für den Aufbau einer regionalen entwicklungspolitischen Bildungseinrichtung.

NOLOBBYPOLY

Was tun, wenn sich die Landesregierung der organisierten Zivilgesellschaft entzieht?

Eine (selbst)therapeutische Spielanleitung aus Sachsen

Immer wieder stellt die organisierte Zivilgesellschaft (OZ) dem Freistaat Sachsen gegenüber Forderungen[1]. Leider war dies bisher folgenlos.

Doch fangen wir von vorne an und zeichnen den Weg anhand einer Beispielsforderung präzise nach – und Sie als Leser/in dürfen die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft spielen.

Aus guten Gründen fordert die organisierte Zivilgesellschaft (OZ) mehr finanzielle Mittel für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit! Und hier beginnt dann die Odyssee aus Umherirren, Stille, rätselhaften Andeutungen und kurzzeitiger Euphorie im Labyrinth sächsischer Landesentwicklungspolitik.

1

STARTPHASE

(Suchen Sie sich nun eine Möglichkeit aus)

Die OZ sucht ein Gespräch mit der Behörde, die für Fördertöpfe zuständig ist.

a) Ein Gespräch kommt nicht zustande, die Behörde antwortet auf Anfragen nicht, bzw. sagt kurzfristig den Termin ab → weiter unter 1, 2, 5 oder 7

b) Ein Gespräch kommt zustande, der Beamte zeigt sich allerdings verhalten und wiegelt ab. → weiter unter 1, 2 , 5 oder 7

c) Ein Gespräch kommt zustande, der Beamte zeigt sich aufgeschlossen und will die Anliegen dem Referatsleiter weitergeben (O-Ton Beamter: „Problem verstanden!") → weiter unter 3

Die OZ sucht Kontakt zu Parlamentariern.

a) Nur die Opposition signalisiert Gesprächsbereitschaft, sagt aber, sie unterstützt zwar die OZ gern, allerdings sei gerade das häufig kontraproduktiv, denn, wenn was von der Opposition käme, würde die Koalition erst recht mauern → weiter unter 1, 2, 5 oder 6

b) Yeah! Die OZ hat einen Gesprächstermin mit einem Parlamentarier der regierenden Partei (in Sachsen gemeinhin CDU genannt). Ein Gespräch kommt zustande, der MdL zeigt sich allerdings verhalten und wiegelt ab. → weiter unter 1, 2 oder 5

c) Yeah! Die OZ hat einen Gesprächstermin mit einem Parlamentarier der regierenden Partei (in Sachsen gemeinhin CDU genannt). Ein Gespräch kommt zustande, der MdL zeigt sich aufgeschlossen und will die Anliegen in der Fraktion und im Ausschuss diskutieren (O-Ton MdL: „Problem verstanden!") → weiter unter 3

Die OZ sucht Kontakte zu anderen Netzwerken zu anderen Teilen der OZ (aTOZ).

a) Es findet ein nettes Treffen statt. Es bleibt bei netten Formulierungen: Mann könnte, Frau müsste ... → weiter unter 1, 2 oder 5

b) Es findet ein konstruktives Treffen statt. Schnell werden die gemeinsamen Anliegen klar. Es entsteht ein Plan, weitere Verbündete werden gesucht → weiter unter 2

[1] Natürlich hat die die OZ viele Forderungen an den Staat. Siehe dazu http://www.einewelt-sachsen.de/wir-uber-uns/positionspapier

2

SPIELPHASE

(Suchen Sie sich eine der folgenden Möglichkeit aus)

Die OZ plant eine öffentlichkeitswirksame Aktion, um die Forderung breit zu kommunizieren und Druck auszuüben.

a) Die Aktion findet statt, aber leider nicht so öffentlichkeitswirksam wie geplant:
Keine Presse, keine Menschenmassen. → weiter unter 1, 2 oder 5

b) Die Aktion findet statt, Presse ist da und berichtet. → weiter unter 4

c) Die Aktion fällt aus, weil die nötigen finanziellen Mittel fehlen, weil es regnet oder weil die OZ nur als Einzelperson dasteht. → weiter unter 1, 2 oder 5

Die OZ gründet eine Arbeitsgruppe, die ein fundiertes Schriftstück entwirft, warum der Staat endlich der Forderung nachkommen muss. Das Papier genügt höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen.

a) Das Schriftstück wird von niemandem, außer von der OZ, zur Kenntnis genommen. → weiter unter 1, 2 oder 5

b) Das Schriftstück wird von einer politischen Stiftung zur Kenntnis genommen, die OZ wird zu einem Arbeitskreis der Stiftung eingeladen und darf die Forderungen anhand des Schriftstücks vorstellen. In dieser Runde sitzen Vertreter der zuständigen Behörden und MdLs der regierenden Partei. (Die Stiftung heißt in Sachsen z.B. Konrad-Adenauer-Stiftung). Mit einem Ansprechpartner kommt die OZ ins Gespräch und verabredet erste Schritte. → weiter unter 3

Die OZ organisiert ein Podium, zu dem sie Vertreter/innen des Staates und der Zivilgesellschaft einlädt.

a) Die Veranstaltung ist gut besucht. Leider hat der Vertreter des Staates auf dem Podium keinen wirklichen Einfluss in seinem Ressort. Er bleibt in seinen Äußerungen vage. → weiter unter 1, 2 oder 5

b) Die Veranstaltung ist gut besucht. Die Diskussionen auf dem Podium sind pointiert und der Sache dienlich. Erste Verabredungen werden getroffen. → weiter unter 3

c) Die Veranstaltung ist schlecht besucht. Der Vertreter des Staates (ein MdL) sagt deutlich, dass ja anscheinend kein großer Rückhalt in der Wählerschaft für diese Forderung zu finden ist. Erst wenn es einen wirklichen Bedarf gibt, dann würde er sich einsetzen. → weiter unter 2 oder 5

3

AUSSETZEN

(Suchen Sie sich eine Möglichkeit aus)

Die OZ wacht auf. Leider, das Ganze war nur ein schöner (?) Traum. → weiter unter 1

Die OZ wartet vier Wochen, die versprochene Reaktion des Gesprächspartners bleibt aus, die OZ versucht ihn zu erreichen, allerdings nimmt nie jemand ab, auch die E-Mails bleiben unbeantwortet. → weiter unter 1 oder 2

Die OZ wartet vier Wochen, fragt bei dem Gesprächspartner nach, er erinnert sich und erklärt, das Problem würde bei der nächsten Gelegenheit in seinem Ressort besprochen werden.
→ weiter unter 4

4

DIE AUF- UND VERKLÄRUNGSPHASE

(Suchen Sie sich eine Möglichkeit aus)

Der (Ein) Gesprächspartner meldet sich bei der OZ zurück, sagt, dass er einiges noch nicht verstanden hat, z.B. welchen Nutzen der Freistaat Sachsen von der Forderung hat und was passiert, wenn der Freistaat Sachsen nicht auf die Forderung eingeht.

a) Die OZ bedankt sich für die Reaktion und verspricht ausführliche Informationen und Argumente nachzuliefern. → weiter unter 2

Der (Ein) Gesprächspartner meldet sich und hat einen konkreten Vorschlag. Es gibt da einen Förderfonds, den man allerdings nicht im Internet findet, dort könnte sich der Gesprächspartner einsetzen und Geld für ein Bildungsprojekt locker machen. Allerdings müsste die Zuarbeit schnell kommen, innerhalb 2 Tagen, mit Bild, das Projekt darf noch nicht begonnen haben, andere öffentliche Mittel dürfen auch nicht verwendet werden und es handelt sich um eine einmalige Sache. Höhe der Zuwendung ca. 2000 €.

a) Die OZ macht alles möglich, um eine solches Projekt liefern zu können. Schließlich will die OZ den Verbündeten nicht enttäuschen und beweisen, wie dringend tatsächlich das Geld gebraucht wird.→ weiter unter 6

b) Die OZ bedankt sich, macht aber deutlich, dass mit diesen Konditionen leider die Forderungen nicht erfüllt sind und es um Grundsätzlicheres geht. → weiter unter 1 oder 5

Der (Ein) Gesprächspartner meldet sich, erklärt, dass demnächst der Freistaat sein Engagement für Bildung bei einer bundesweiten Veranstaltung präsentieren soll und fragt an, ob sich nicht die OZ gemeinsam mit dem Freistaat vorstellen möchte.

a) Die OZ ist begeistert, endlich kommen sich Staat und OZ näher. Sicherlich wird sich bei der gemeinsamen Veranstaltung Gelegenheit ergeben, über die Forderung zu reden → weiter unter 6

b) Die OZ ist verhalten, schließlich macht sie mit wenig Aufwand mit, vor allem um den Verbündeten nicht zu vergnatzen. Später wird er sich sicherlich für die Belange der OZ einsetzen → weiter unter 6

c) Die OZ weigert sich, schließlich ist der Freistaat immer noch keiner Forderung nachgekommen. → weiter unter 1, 2 oder 5

d) Teile der unorganisierten Zivilgesellschaft (UZ) melden sich bei der OZ und bieten ihre Unterstützung an. → weiter unter 1 oder 2

5

DIE RAUSCHPHASE

(Suchen Sie sich eine Möglichkeit aus)

a) Die OZ (jedenfalls große Teile der OZ) geht in die nächste Bar, betrinkt sich, lernt einen angenehmen Menschen kennen, mit dem sie den Rest Ihres Lebens verbringt. In spätestens einem halben Jahr ist sie allerdings wieder richtige OZ → weiter unter 1 oder 2
b) Die OZ (jedenfalls große Teile der OZ) legt sich in den nächsten Park und hat die nächste Idee → weiter unter 2 oder 7
c) Die OZ geht in die Bibliothek oder ins www und schaut, wie das in anderen Ländern geht („Vom Süden lernen!") → weiter unter 8

6

ERSCHEINUNGEN UND HEIMSUCHUNGEN

(Suchen Sie sich eine Möglichkeit aus)

Es ergeben sich weitere tolle Gesprächsmöglichkeiten. Die OZ hat das Gefühl, endlich einen Verbündeten gefunden zu haben. Die OZ nutzt diesen Zustand und versucht Teile seiner Forderung mit dem Verbündeten durchzubringen. Ein Prozess der Abstimmungen beginnt, allerdings werden schnell die Grenzen des Verbündeten klar.

a) Es gibt da noch einen Vorgesetzten, der die Forderungen als unwichtig erachtet → weiter unter 1, 2, 5 oder 7
b) Es gibt noch viele andere wichtige Aufgaben des Verbündeten → weiter unter 1, 2, 5 oder 7
c) Der Verbündete wird leider in ein ganz anderes Referat versetzt → weiter unter 1, 2, 5 oder 7

Es ergeben sich weitere tolle Gesprächsmöglichkeiten. Die OZ hat das Gefühl, endlich einen Verbündeten gefunden zu haben. Die OZ nutzt diesen Zustand und versucht Teile seiner Forderung mit dem Verbündeten durchzubringen.

a) Der Verbündete wiederum kennt weitere Verbündete in den Ressorts. Er nutzt seine Stellung und sein Insiderwissen, um ein Programm zu starten, welches mit sogenannten Promotoren ab 2015 flächendeckend in Sachsen starten könnte. → weiter unter 3 oder 8

7

Die Putschphase

(Suchen Sie sich eine Möglichkeit aus)

Die OZ merkt, dass da was grundsätzlich schief läuft im Freistaat. Eine andere regierende Partei muss her.

a) Die OZ unterstützt massiv die Oppositionsparteien und hofft auf ein anderes Wahlergebnis 2014. → weiter unter 2 oder 5
b) Die OZ gründet selbst eine eigene Partei. → weiter unter 8
c) Die OZ versucht die regierende Partei massiv unter Druck zu bringen. → weiter unter 2

8

GAME-OVER-PHASE?

(Denken Sie sich selbst eine Möglichkeit aus und schreiben Sie diese uns!)

Spielhintergrund:
Das Entwicklungspolitische Netzwerk hat all diese Erfahrungen in den letzten Jahren gemacht. Davon ist nichts ausgedacht.

Nebenwirkungen:
Manche Rückschläge sind allerdings nicht aufgelistet: Seit April 2013 ist die organisierte entwicklungspolitische Zivilgesellschaft geschrumpft, weil wichtige Förderungen weggebrochen sind. Der einzige sächsische Fördertopf wurde im Februar mit der sogenannten Extremismus-Klausel belegt. Das Entwicklungspolitische Netzwerk und einige andere entwicklungspolitische Organisationen haben sich bisher geweigert, die Klausel zu unterschreiben. Damit fällt nicht nur eine wichtige (Ko)Finanzierung weg, sondern die wenigen guten Kontakte zum Parlament (MdLs der Koalition) oder zur Verwaltung könnten leiden.

Weiter spielen:
Wir brauchen einen langen Atem!
Wir brauchen Unterstützung aus anderen Teilen der Gesellschaft!
Aus anderen Teilen der Bundesrepublik!
Wir brauchen eine Bewusstseinsänderung bei Entscheidungsträger/innen!
Wir bleiben dran!

Anne Schicht
ist Koordinatorin des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsens (ENS). Sie nimmt keine bewusstseinserweiternden Substanzen und ist in der Regel eigentlich optimistisch.

Zivilgesellschaft basiert auf Werten wie soziale Gerechtigkeit

Ein Ex-Praktikant vermisst die Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik

Zivilgesellschaft im plakativen Dialog mit der Wirtschaft *Foto: SNSB*

Die Beschäftigung mit der Frage nach der Bedeutung von Zivilgesellschaft im Allgemeinen hängt, meiner Meinung nach, eng mit der Bedeutung von Zivilgesellschaft für das Individuum zusammen.

„Zivilgesellschaft umfasst im weitesten Sinne all jene (organisierten) Akteure, die zwischen der staatlichen und gesellschaftlichen Sphäre verortet sind" .

„Zivilgesellschaft [ist] ein Bereich des Handelns zwischen Privatsphäre, Wirtschaft und Staat, in dem ein normativer Minimalkonsens existiert, der in Toleranz, Fairness und Gewaltlosigkeit besteht."

Definitionen, wie die oben genannten von Abels und Gosewinkel, sagen einerseits eine Menge darüber aus, was Zivilgesellschaft ist. Andererseits ist es schwer daraus abzuleiten, was der Begriff konkret für in der Zivilgesellschaft verortete und handelnde Personen bedeutet.
Wenn ich die Definitionen mit meinem persönlichen Empfinden verbinde, dann steht wohl zuallererst im Vordergrund, dass Zivilgesellschaft gleichbedeutend mit Engagement oder Engagement zumindest ein zentraler Aspekt von Zivilgesellschaft ist. Für mich bedeutet Zivilgesellschaft, dass ich mich als Einzelperson oder in einer Gemeinschaft für ein oder mehrere Themen engagiere, die mich persönlich berühren, oder von denen ich der Meinung bin, dass die politisch verantwortlichen und handelnden Personen in einem Land oder weltweit sich ihm oder ihnen nicht ausreichend annehmen. Das heißt konkret, dass ich meine individuellen Interessen nicht nur wahrnehme, sondern sie darüber hinaus auch in einem politischen und gesellschaftlichen Rahmen artikuliere und mich für sie einsetze. Zu einem (zivil-)gesellschaftlichen Thema werden diese Interessen, wenn ich Mitstreiter_innen finde, die nicht nur meine Ansichten teilen, sondern mit denen ich mich in einen Diskussionsprozess begebe, der mir bei der Konkretisierung der Inhalte meines Anliegens hilft und mir neue Denkanstöße vermittelt. Der große Unterschied zum klassischen Lobbyismus im Rahmen von Interessensvertretung durch nicht-staatliche Akteure besteht darin, dass das eigene Handeln nach normativen Grundsätzen erfolgt/erfolgen soll. Es steht also nicht allein die Artikulation und Durchsetzung von Interessen im Vordergrund, sondern es werden gewisse, allgemeingültige Werte vertreten, auf die

sich die Akteur_innen der Zivilgesellschaft in ihrem jeweiligen Aktionsradius verständigen oder zumindest zu verständigen versuchen. Natürlich können diese Werte und Normen variieren, im Kern bleiben sie, meiner Ansicht nach, aber identisch: es geht um die (Wieder)Herstellung von sozialer Gerechtigkeit, die Verbesserung der Lebenssituation einzelner marginalisierter Gruppen und die Beseitigung von gesellschaftlichen Missständen im Allgemeinen. Natürlich sind solche Normen und Ziele aber auch von diversen subjektiven Sichtweisen geprägt und können Gefahr laufen, Partikularinteressen zu Allgemeininteressen zu verklären.

Gerechtigkeit – eine Säule der Zivilgesellschaft *Foto: Peter Steudtner*

Gegenpol staatlichen Handelns

Die bewusste Abgrenzung zur „Politik", d.h. für die eigenen Interessen und Ideen nicht in Parteien aktiv als Mitglied mitzuwirken, sondern einen außerparlamentarischen Weg der Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenlebens zu gehen, ist dabei, meiner Meinung nach, ein Kernpunkt von zivilgesellschaftlichem Engagement. Dies bedeutet nicht, keinen Kontakt zu politischen Handlungsträger/innen zu pflegen. Aber es hebt hervor, dass Inhalte, die für zivilgesellschaftliche Akteur/innen von Relevanz sind, für diese Akteur/innen unabhängig von tagespolitischen Agenden und von medialer Aufmerksamkeit stets im Zentrum des eigenen Handelns stehen. In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Punkt zu nennen, der für mich in der Frage der Bedeutung von Zivilgesellschaft im Vordergrund steht: Einen Gegenpol zum Staat und zu staatlichem Handeln zu bilden. Einerseits betrifft dies die Funktion der Zivilgesellschaft als Korrektiv, welches mittels Öffentlichkeitsarbeit auf Missstände (staatlich verursacht oder auch nicht) aufmerksam macht und sie anprangern kann. Andererseits geht es darum, die gesellschaftlichen Aufgaben zu übernehmen, die der Staat nicht erfüllen möchte, will oder kann.

Die Korrektiv-Funktion hat mit der zunehmenden Ökonomisierung nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche enorm an Bedeutung gewonnen. Dennoch unterliegen viele, wenn nicht alle Akteur/innen der Zivilgesellschaft diesen ökonomischen Prozessen und laufen immer wieder Gefahr, sich sowohl in staatliche als auch privatwirtschaftliche Abhängigkeit zu begeben. Wo die zivilgesellschaftliche Arbeit an ihre finanziellen Grenzen stößt, steht gerade auch in der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft der Staat als Helfer zur Seite. Einerseits wird dadurch natürlich die Kontinuität der Arbeit gewährleistet. Andererseits ist der Grat zwischen Unterstützung und versuchter Einflussnahme sehr schmal. Wo privatwirtschaftliche Akteur/innen (die nach meinem Dafürhalten nicht zur Zivilgesellschaft zählen) eng mit der Zivilgesellschaft verknüpft sind, besteht nicht nur die Gefahr der ökonomischen Abhängigkeit, sondern auch des Verlustes der Objektivität im Rahmen der Kontrollfunktion gegenüber dem Handeln privatwirtschaftlicher Akteur/innen. Meiner Meinung nach ist die Kontrollfunktion der Zivilgesellschaft eben nicht nur auf staatliches Handeln beschränkt. Sie betrifft vielmehr alle Bereiche des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Sie ist Mahnerin und Unterstützerin zugleich. Bietet Handlungsoptionen an und zeigt Grenzen auf. Wird aktiv und nimmt Einfluss und begleitet passiv und beratend.

Einfluss und Macht in der Zivilgesellschaft

Ein Problem, das mir speziell bei der Beobachtung von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen oder anderen Einrichtungen der Zivilgesellschaft, die in der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit tätig sind, und auch im Rahmen meines Praktikums bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken aufgefallen ist, sind die Machtkämpfe und internen Konflikte über finanzielle Ressourcen zwischen den Vereinen und Institutionen. Der finanzielle Druck und die scheinbare Notwendigkeit, den eigenen Einfluss und die eigene Bedeutsamkeit ständig ausbauen zu müssen, führen langfristig eher zu einer Schwächung der gesamten „Szene". Die Folge ist, dass einige wenige Vereine und Einrichtungen die wenigen Fördermöglichkeiten „besetzen" und einem Großteil der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft der Zugang kaum noch möglich ist. Auch wenn die Zivilgesellschaft in der Vergangenheit und wohl auch in der Zukunft vom ehrenamtlichen Engagement lebt, so ist es dennoch keine positive Entwicklung, wenn immer die gleichen Einrichtungen Förderungen für beispielsweise hauptamtliche Stellen erhalten, während andere die Wandlung vom Ehrenamt zum Hauptamt nicht vollziehen können. Es entsteht dadurch der Eindruck, dass es weniger die Konzepte sind, die über institutionelle Förderung entscheiden, als vielmehr der Einfluss und die Machtposition innerhalb des entwicklungspolitischen Sektors in Deutschland. Verdeutlicht wird dies unter anderem an der marginalisierten Position vieler MSO/MDO. Nur wenige migrantische Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit verfügen über hauptamtliche Strukturen. Da Antragstellung und ähnliches ohnehin komplexe Prozesse sind, sind ihre Entfaltungsmöglichkeiten ohne hauptamtliche Stellen noch stärker eingeschränkt. Deutlich wurde mir dies auf dem Workshop der Stiftung Nord-Süd-Brücken und weiteren Organisationen „Die Realität(en) der Anderen" im März 2013, bei dem die anwesenden Vertreter/innen von MSO/MDO hervorhoben, dass sie ihre eigene Position als nicht stark wahrnehmen und sie das Gefühl haben, keinen Zugang zu den entwicklungspolitischen Entscheidungsträger_innen zu erhalten.

Eine Zivilgesellschaft, und das gilt auch für den entwicklungspolitischen Bereich, kann aber nur eine starke Position in der Gesamtgesellschaft und in unserem Fall speziell in der gesamten Entwicklungspolitik einnehmen, wenn sie vielfältig und diversifiziert ist. Wenn finanzielle Zwänge und machtpolitische Interessen die Vielfältigkeit einschränken und im Besonderen zu Spaltungsprozessen führen, die das gemeinsame Anliegen, die Vermittlung von entwicklungspolitischer Kompetenz und die Beseitigung real existierender Nord-Süd-Dichotomien, behindern, dann schadet sich die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft langfristig selbst.

Zivilgesellschaft bedeutet Engagement und Anwaltschaft

Zivilgesellschaftliches Engagement in der Entwicklungspolitik bedeutet für mich, auch nach meinen Erfahrungen im Praktikum bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken, vor allen Dingen, dass sich Individuen oder Gruppen mit unterschiedlichen Ansätzen dafür einsetzen, dass das Thema der Entwicklungszusammenarbeit und des Zusammenlebens von Menschen aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden in den Fokus der Öffentlichkeit und vor allen Dingen der Mehrheitsgesellschaft gerückt wird. Die Wege, Projekte und Herangehensweisen mögen dabei unterschiedlich sein, aber das Ziel bleibt das gleiche. Schade ist es aber, wenn dieses Ziel durch entstandene und entstehende einseitige Abhängigkeitsverhältnisse, sei es zwischen der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft und dem Staat (z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln) oder zwischen „kleinen" und „großen" Nichtregierungsorganisationen (z.B. bei der Akquise von Mitteln für Personalstellen), verloren zu gehen droht.

Trotz der vielen Hindernisse, denen Aktivist/innen der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft immer wieder begegnen, ist eine Zivilgesellschaft, die sich einmischt und das gesellschaftliche Zusammenleben gestaltet, essentiell für jede Demokratie. Sie ist ein Garant für die Wahrung der Interessen all derjenigen, denen in einer Welt der ungleichen Machtverhältnisse die Stimme fehlt, um die eigenen Interessen und Nöte zu artikulieren.

Merlin Schönke
engagiert sich seit Beginn seines Bachelorstudiums 2007 in Rostock in verschiedenen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen. Seit Herbst 2011 studiert er im Master Politikwissenschaften an der Freien Universität in Berlin, Anfang des Jahres 2013 absolvierte er ein Praktikum bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Zivilgesellschaft digital

Im Internet eröffnen sich neue Handlungsräume für die Zivilgesellschaft

Keine Spielerei – Entwicklungspolitisches Online-Spiel von SODI *Foto: SODI*

Betrachtet man Zivilgesellschaft als einen öffentlichen Raum, in dem sich Gruppen freiwillig und getragen von Werten engagieren, so ist es zunächst zweitrangig, ob dieser Raum digital im Netz oder analog im Vereinsheim zur Verfügung steht. Zivilgesellschaft findet überall statt. Die Frage ist eher, wo sie am wirkungsvollsten ist? Wenn es um die Vernetzung mit anderen Engagierten geht, um die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten und die Verbreitung von Informationen jenseits des etablierten Mediensystems, sind Gruppen, die digitale Kommunikation nutzen, klar im Vorteil. Denn digitale Kommunikation ist per se auf Vernetzung und Informationsweitergabe ausgerichtet. Geht es allerdings um die Motivation zum konkreten Handeln, so ist Zivilgesellschaft nur dann wirkungsvoll, wenn sie beide Räume für sich nutzen kann.

Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft

Der Soziologe Manuel Castells ruft in seiner Trilogie „Das Informationszeitalter" Ende der 90er Jahre den Aufstieg der Netzwerkgesellschaft aus, die durch digitale Revolution und Erneuerung des Kapitalismus möglich wurde. Dabei spielen Medien und das Internet im Besonderen eine wichtige Rolle für die globale Vernetzung und die Verteilung von Informationen.[1] Seiner These folgend bilden sich im Gegenzug zur Globalisierung kollektive Identitäten aus, die auf Selbstbestimmung beharren und ihren eigenen Werten und Zielen folgen. Diese Identitäten können zivilgesellschaftliche Gruppen sein, die das Internet als Instrument zur Information, Kommunikation und Organisation nutzen. Mit ihnen „ließe sich eine neue Art ziviler Gesellschaft rekonstruieren", die es ermöglichen würde, abseits der formalen Politik, „die Demokratie elektronisch an die Basis anzuschließen."[2]

Die Netzwerkgesellschaft ist noch viel stärker aufgestiegen, als von Castells damals vermutet. Dies ist natürlich vor allem möglich, weil der Netzausbau der letzten Jahre und immer mobilere Endgeräte mit neuen technischen Möglichkeiten zu einem rapiden Anstieg der weltweiten Internetnutzung geführt haben. Die Internationale Fernmeldeunion, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich mit Telekommunikation beschäftigt, stellt im Dezember 2012 fest, dass 2,3 Milliarden Menschen weltweit das Internet nutzen, die meisten von ihnen leben in China. In den Entwicklungsländern steigt die Anzahl der Nutzer kontinuierlich an, allein um 20% von 2010 auf 2011, obwohl die Nutzung zum Teil viel teurer ist als in Ländern des globalen Nordens.[3] Natür-

1 Castells, Manuel, Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter I, Opladen 2004, S. 527ff.
2 Castells, Manuel, Die Macht der Identität. Das Informationszeitalter II, Opladen 2003, S. 374.
3 http://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Documents/statistics/2012/ITU_Key_2006-2013_ICT_data.xls, aufgerufen am 11.05.2013.

lich haben diese Entwicklungen auch eine Auswirkung auf politische Partizipation, auf ehrenamtliches Engagement, auf Zivilgesellschaft an sich.

Von den Zapatisten zu den Anonymous

Castells bezeichnet die mexikanischen Zapatisten als die „erste informationelle Guerilla-Bewegung".[4] Sie haben es vermocht, die Medien und das Internet so geschickt zu nutzen, dass sie als verhältnismäßig kleine Gruppe weltweite Aufmerksamkeit erhielten. Ihre Zielvorstellungen und Werte erfuhren dadurch eine breite Unterstützung und ihre Wirkung auf die mexikanische Politik wurde enorm gesteigert. Oder anders gesagt, sie sind die ersten, die zunächst aus einem analogen Raum in die digitale Welt agiert haben und damit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen vorgeführt haben, wie Engagement mit Hilfe des Internets eine größere Wirkung erzielen kann. Die anonyme Internetbewegung Anonymous ist ein modernes Beispiel einer informationellen Guerilla-Bewegung im Castellschen Sinne. Sie haben mit ihren Hacker-Aktionen im Internet und öffentlichen Demonstrationen vor repräsentativen Gebäuden viel öffentliche Aufmerksamkeit und eine starke Sensibilisierung für Redefreiheit und andere Themen erreicht.

Das Internet macht es Initiativen und Bewegungen, eben der Zivilgesellschaft, da leicht, wo es am wenigsten kontrolliert ist. Ist es – wie in Deutschland – fast uneingeschränkt verfügbar, vergleichsweise preiswert und unzensiert, kann es von Menschen verschiedener Milieus, auf dem Land und in der Stadt, von Jugendlichen und Senioren, zur Information, Kommunikation, Vernetzung und Unterhaltung genutzt werden. Informationen verbreiten sich rasant, Aktionen werden für gut befunden und weitergeleitet – das Internet kann schnell und gezielt Aufmerksamkeit für ein Thema generieren und tausende Menschen beteiligen, es erzielt damit eine hohe Breitenwirkung. Auf diese müssen die Akteure des Themas, häufig die Politik, reagieren, denn öffentliches Interesse ist auch für sie handlungsleitend.

Partizipation im Internet ist anders

Für Jugendliche und junge Erwachsene spielen das Internet und Social Media Plattformen eine besondere Rolle. Es bietet genau die Erfahrung von sozialer Kommunikation und persönlicher Unabhängigkeit, die wichtige Elemente des Erwachsenwerdens sind. Gleichzeitig können sie viel flexibler genutzt werden, weil sie zeit- und raumunabhängig sind. Dadurch sind soziale digitale Netzwerke ein wichtiger lebensweltlicher Raum geworden, die Grenzen zur analogen Welt fließend. Untersuchungen zur Onlinepartizipation stellen fest, dass politische Beteiligung im Internet anders funktioniert: Die Menschen positionieren sich mit Statements oder der Zugehörigkeit zu Gruppen, sie wirken mit, indem sie eigene Inhalte (Filme, Blogs, Twitter) produzieren, sie aktivieren andere, indem sie auf Termine und Aktionen hinweisen.[5] Sie nutzen daher Instrumente der Partizipation wie zum Beispiel die Einfügung eines Anti-Atom-Kraft-Buttons ins Profilbild oder die Weiterleitung einer interessanten Online-Petition viel häufiger als die Mitgliedschaft in einem Verein oder den Besuch von Infoveranstaltungen. Die Politik hat dies längst erkannt und nutzt bei der Werbung um Wählerstimmen Facebook, Youtube, Twitter und Co.

Es möge dennoch diese Frage erlaubt sein: Wie viel hat devil66 zum Atomausstieg Deutschlands beigetragen, indem sie

Das TV-Magazin Draufsicht gibt Einsicht in entwicklungspolitische Themen *Foto: SODI*

einen Anti-Atom-Sticker auf ihr Facebook-Profilbild klebte? Aber auch diese: Wie stark hat sich Herr Müller für faire Beschaffung eingesetzt, indem er eine zweistündige Infoveranstaltung im Berliner Haus der Demokratie zu dem Thema besuchte? Oder anders gefragt, wie wäre es gewesen, wenn devil66 den Sticker auf ihr Profilbild geklebt, mindestens fünf ihrer Facebook-Freunde ebenfalls dazu angeregt und darüber hinaus an der zentralen Demo in Berlin, von der sie über die Facebook-Gruppe „Ich gegen Atomkraft" erfuhr, teilgenommen hätte? Oder sich Herr Müller nach der Infoveranstaltung über die Homepage des Veranstalters an einer Online-Petition für faire Beschaffung beteiligt und darüber hinaus den Newsletter abonniert hätte? Wenn Interaktion, Kommunikation und die Möglichkeit einer Beteiligung im analogen Raum miteinander verknüpft werden, kann Zivilgesellschaft im Internet nicht nur eine Breitenwirkung erreichen, sondern auch tatsächlich qualitativ wirksam sein. Dies gilt nicht nur für Kampagnen- und Informationsarbeit, sondern gleichermaßen für Globales Lernen.

Wollen zivilgesellschaftliche Organisationen Maßnahmen des Globalen Lernens erfolgreich, d.h. mit Wirkung und Nachfrage anbieten, müssen sie viel stärker als bisher digitale

4 Castells, Manuel, Identität, S. 80ff.
5 Ulrike Wagner, Peter Gerlicher und Niels Brüggen, Partizipation im und mit dem Social Web – Herausforderungen für die politische Bildung. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung. JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis München, 2011, S. 6

Angebote des Globalen Lernens machen, Möglichkeiten der digitalen Kommunikation und Interaktion nutzen. Denn die lebensweltlichen Räume und damit die Formen des Engagements, des Lernens und der Sensibilisierung haben sich mit dem Aufstieg der Netzwerkgesellschaft verändert.

Was bedeutet das Internet für das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft?

Staat und Zivilgesellschaft stehen in einem beiderseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander. Der Staat benötigt die Legitimation der Zivilgesellschaft und die Zivilgesellschaft benötigt Rahmenbedingungen für die Arbeit, die der Staat ermöglichen kann. Im Internet kann Zivilgesellschaft agieren, ohne dass der Staat im positiven wie im negativen Sinne Einfluss darauf hat. Zumindest gilt dies für Deutschland, denn das Internet wird vom Staat kaum beschränkt.

Zugleich kann Zivilgesellschaft im Internet neue Formen der politischen Partizipation kreieren und nutzen. Sie liegen fern des tradierten Politikverständnisses und haben dadurch die Chance viel mehr Menschen, und vor allem junge, zu motivieren, sich am Diskurs, an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Damit gelingt es zivilgesellschaftlichen Initiativen ein öffentliches Interesse zu schaffen, ohne auf die etablierten Instrumente angewiesen zu sein. Auf dieses Interesse, auf diese Beteiligung muss der Staat reagieren und er tut dies, wenn Taten folgen. Daher ist die Verbindung von digitalen und analogen Räumen der Schlüssel für wirkungsvolles Engagement der Zukunft. Tausende Menschen müssen eine Aktion gegen Hunger auf Facebook „liken" und darüber hinaus die ihnen angebotenen konkreten Möglichkeiten zum Handeln im analogen Raum nutzen – genauso wie devil66 und Herr Müller.

Zivilgesellschaft lebt von der Beteiligung ihrer Mitglieder. Das Internet bietet einen neuen Handlungsraum dafür, im Idealfall fern von finanzieller Abhängigkeit und machtbeeinflussten Diskursen. Die beste Möglichkeit also, gemeinsam mit vielen für eine bessere Welt zu streiten.

Sylvia Werther
hat an der Universität Leipzig Kommunikations- und Medienwissenschaften studiert. Von 2010 bis 2013 war sie Geschäftsführerin bei SODI, der in der Bildungsarbeit seinen Schwerpunkt auf digitale Angebote legt und seit kurzem der Träger für die Fachpromotorin Globales Lernen digital - Neue Lernorte ist.

Statistische Angaben

Geförderte Projekte 2012

Projekt-Nr.	Träger	Projektbezeichnung	Fördersumme €	Gesamtvolumen €
P 12/01	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Qualifizierung im Rahmen des 5. Personalkosten-förderfonds	8.318,67	10.000,00
P 12/02	Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung, Berlin	Berliner Entwicklungspolitisches Bildungsprogramm für Kinder und Jugendliche (benbi) 2012	9.393,00	131.326,00
P 12/03	Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung, Berlin	Das Klimafrühstück: das Klima, mein Essen und ich. Wie unser Essen das Klima beeinflusst!	15.000,00	76.425,00
P 12/04	arche noVa e.V., Dresden	Eine Welt = Deine Welt – Ein Projekt für mehr gesellschaftliches Engagement	17.500,00	148.716,00
P 12/05	Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V., Leipzig	Medien im Dialog – Die Welt mit anderen Augen sehen	7.600,00	56.800,00
P 12/07	Solidaritätsdienst-international e.V., Berlin	Fairwicklung II: Bildungsprogramm zu den MDGs 2012	12.000,00	52.110,00
P 12/08	Deutsch-Laotische Gesellschaft (DLG) e.V., Berlin	Wassersysteme in Xieng Khouang, Laos	15.000,00	20.000,00
P 12/09	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	LAND MACHT SATT – Bildungsarbeit zu den Themen Welternährung und Landwirtschaft	12.500,00	86.150,00
P 12/10	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Wanderausstellung Discover fairness! Aktiv für Menschenrechte	12.500,00	74.349,00
P 12/11	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Wochenendseminar zu Projektmanagement+Entwicklung: „Begleitung von Auslandsprojekten"	2.190,55	3.500,00
P 12/12	Berlin Postkolonial e.V., Berlin	Partnerschaft entwickeln – Jahresprogramm zum Global(historisch)en Lernen vor Ort	7.000,00	32.525,00
P 12/15	Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung, Berlin	Deine Welt im Fokus – Tu mundo en el visor 2.0	2.450,00	10.113,00
P 12/16	Dachverein Reichenstraße e.V., Quedlinburg	Was, wer und wie die Welt ernährt… Entwicklungs-politische Bildungsarbeit zum Thema Ernährung	5.000,00	32.575,00
P 12/17	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Förderung der Zeitschrift Südlink - Das Nord-Süd-Magazin	6.000,00	50.026,00
P 12/18	OIKOS Eine Welt e.V., Berlin	Gründerzeiten.2012 (GZ): Globales Lernen im Museum	4.500,00	36.670,00
P 12/19	Greifswalder International Students Festival e.V., Greifswald	FACE to FACE – paving the way for a non-violent society	2.075,00	57.823,00
P 12/20	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V., Dresden	Sachsen kauft fair: Kampagne für eine verantwortliche, öffentliche Beschaffung in Sachsen	5.000,00	5.890,91
P 12/21	Ayni – Verein für Ressourcengerechtigkeit e.V., Leipzig	Die Natur in der Zange des Lithiumabbaus (Internationale Arbeitskonferenz)	2.430,00	2.700,00
P 12/22	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	MDG-Fachgespräche	433,50	2.260,00
P 12/23	Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V., Dessau-Roßlau	Weltladentreffen Region Ost 2012	2.500,00	21.699,00
P 12/24	Gesellschaft für solidarische Entwicklungs-zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern (GSE) e.V., Rostock	Eine Welt im Kindergarten	4.275,00	9.500,00
P 12/27	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V., Dresden	"MDGs und MCGs – Jugendengagement zu globalen Zukunftsthemen" – Fachtagung zu partizipatorsicher Eine-Welt-Jugendarbeit	5.000,00	18.000,00
P 12/28	International Peace Observers Network e.V., Berlin	Menschenrechtsverteidiger – Wie können sie geschützt werden?	1.500,00	3.000,00
P 12/29	International Peace Observers Network e.V., Berlin	Bedrohungslagen von Menschenrechtsverteidigern erkennen und verstehen	2.250,00	3.000,00
P 12/30	Festival de Colores e.V., Jena	Festival "Indien – zu Gast in Gujerat"	2.250,00	3.000,00
P 12/31	Demokratie und Integration Brandenburg (RAA) e.V., Potsdam	9. Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- u. Informationstage (BREBIT)	6.750,00	66.077,00
P 12/32	OIKOS Eine Welt e.V., Berlin	Nachhaltige Waldnutzung mit kleinbäuerlichem Kaffeeanbau in Mussende, Angola	15.600,00	659.980,00

Projekt-Nr.	Träger	Projektbezeichnung	Fördersumme €	Gesamtvolumen €
P 12/33	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Wirkungsorientierung in den Projektanträgen	1.500,00	1.500,00
P 12/34	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V., Dresden	„genial sozial – Deine Arbeit gegen Armut" – Jurytagung und Aktiventreffen	1.700,00	16.317,00
P 12/35	Volamos Juntos e.V., Erfurt	„Vom Trommeln und Helfen" – über globale Zusammenhänge, Kritik und Handlungsansätze in der Entwicklungszusammenarbeit	1.600,00	2.000,00
P 12/36	Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V., Potsdam	Brandenburgische Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage BREBIT – Ein Modell auf Erfolgskurs	2.250,00	2.500,00
P 12/37	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V., Dresden	„fairquer" – Sächsischer entwicklungspolitischer Rundbrief, März/September 2012	3.500,00	4.015,00
P 12/39	Bühne für Menschenrechte e.V., Berlin	Theaterstück: Die Asyl-Monologe	2.000,00	10.000,00
P 12/40	Ajuda heißt Hilfe e. V., Berlin	Reisekostenzuschuss zu einer Projekterkundungsreise beim Partner in Guinea-Bissau	500,00	2.080,46
P 12/41	Gesellschaft für solidarische Entwicklungszuammenarbeit e.V., Berlin	Fortbildung für entwicklungspolitische MultiplikatorInnen zum UNESCO-Dekadethema 2012 „Ernährung"	2.650,00	2.950,00
P 12/42	Zusammen y Misturados e.V., Leipzig	Rio de Janeiro: Schön und sicher – Für wen?	4.000,00	6.098,63
P 12/43	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Unterstützung der kritischen Aktionäre	350,00	350,00
P 12/47	Kontext Medien e.V., Berlin	Kontext-TV-Sendung zum Alternativen Weltwasserforum in Marseille 2012	3.000,00	4.900,00
P 12/48	Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur (ZEOK) e.V., Leipzig	SAHARAWI VOICE – Empowerment von jugendlichen saharauischen Flüchtlingen durch Digital Media Workshops	2.500,00	3.923,00
P 12/49	Ayni – Verein für Ressourcengerechtigkeit e.V., Leipzig	Filmvorführung u. Podiumsdiskussion „Der weiße Schatz und die Salzarbeiter von Caquena" (Lithium im Salzsee Uyuni, Bolivien)	810,00	930,00
P 12/50	Aktionsgemeinschaft für Kinder- und Frauenrechte e.V., Dresden	Wassermanagement –Förderung von Einkommen schaffenden Maßnahmen in Kenia	2.000,00	3.340,00
P 12/51	Planet 2000 e.V., Berlin	Zwischen Begeisterung und Enttäuschung – Ägypten nach der Februarrevolution	600,00	1.157,50
P 12/53	Talide e. V., Rostock	Gerechter Handel – Informations- u. Aufklärungskampagne über TRANSFAIR-Produkte	500,00	4.500,00
P 12/55	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	servicestelle weltwärts	56.770,00	56.770,00
P 12/56	eurient e.V., Leipzig	Lesung „Ein Ägypter besucht Israel" von Ali Salem	900,00	2.045,00
P 12/57	Kultur- und Initiativenhaus Greifswald e.V., Greifswald	verquer – Entwicklungspolitische Bildungsarbeit Vorpommern	5.000,00	57.235,00
P 12/58	Internationales Center für Deutsche und Immigranten e.V. (ICDI), Potsdam	Aufbau einer Schule in Obokwe, Nigeria	15.000,00	20.000,00
P 12/59	International Peace Observers Network e.V., Berlin	Aktivwerden für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern	6.500,00	27.640,00
P 12/60	Projekthof Karnitz e.V., Karnitz	Lokale Unterstützer- und Infrastruktur für „Klimawälder"	10.900,00	14.925,00
P 12/61	Grüne Liga e. V., Berlin	Schaffung und Diversifizierung von Einkommensquellen für Kleinbäuerinnen auf Madagaskar	7.000,00	131.555,00
P 12/62	Demokratie und Integration Brandenburg (RAA) e.V., Potsdam	Internationale Jugendbegegnung: Dinner for one oder für alle? Unsere Welt zwischen Hunger und Überfluss	3.500,00	44.398,20
P 12/63	Deutsche Jugend- und Bürgerhilfe (DJB) e.V., Berlin	Aufbau der Ausbildungswerkstatt für Waisen und Behindertenzentrum Thien Giao, Vietnam	15.000,00	19.990,00
P 12/64	Kinderhilfe Westafrika e.V., Mohlsdorf	Sozialisierung von Straßenjungen, Vorbereitung auf Schulabschluss und Lehre, Burkina Faso	15.000,00	17.267,00
P 12/65	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Stärkung und Diversifizierung der kleinbäuerlichen Produktion in den Landkreisen Sibinal und Tacana im guatemaltekischen Hochland, Guatemala	8.280,00	11.040,00
P 12/66	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Stärkung von selbstorganisierten MigrantInnen (MSO)	5.427,89	21.140,00

Projekt-Nr.	Träger	Projektbezeichnung	Fördersumme €	Gesamtvolumen €
P 12/67	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Förderung der Ernährungssicherheit und der Umweltarbeit in vier Stadtvierteln von Managua, Nicaragua	14.120,00	18.830,00
P 12/69	Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V., Berlin	Bildungs- u. Vernetzungsprojekt zur Nutzung u. Stärkung migrantisch-diasporischer Potentiale in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit (moveGLOBAL)	8.316,00	11.316,00
P 12/70	Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V., Berlin	Alternatives Wasserforum (FAME) 2012 in Marseille: 2 Begleitveranstaltungen in Berlin, aktive Mitgestaltung vor Ort, Publikation FAME-Infobroschüre	1.500,00	9.240,00
P 12/71	MITTENDRIN in Hellersdorf - Verein zur Integration Behinderter e.V., Berlin	Blind Waters: Bau einer Wasserfilteranlage in Karnataka, Indien	1.875,00	2.500,00
P 12/72	Carpus e.V., Cottbus	Globales Lernen: Essen – Leben – Verändern	5.000,00	9.906,60
P 12/73	Carpus e.V., Cottbus	Projekttage Globales Lernen mit der Wanderausstellung Stadt-Land-Geld	5.000,00	8.162,00
P 12/75	Talide e. V., Rostock	Konzert für Amazonien: Regenwald zwischen Bewahrung und Zerstörung	700,00	7.200,00
P 12/77	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Sichtbarkeit und Teilnahme ostdeutscher NRO auf Bundesebene	2.000,00	2.000,00
P 12/79	*A*S*P* Verein für allgemeine soziale Projekte Freital e.V., Freital	Projektbetreuungsreise „1000 mal 1000 Gehölze": Verbesserung der Lebensbedingungen durch gesunde Ernährung, Mongolei	1.425,00	3.335,00
P 12/81	Wassermühle Ziddorf e.V., Ziddorf	Training for Indian Trainers 2012: Berufspraktika junger Menschen aus Indien	2.500,00	15.254,00
P 12/84	Dien Hong – Gemeinsam unter einem Dach e.V., Rostock	Lebensrealitäten von Vietnamesinnen und Vietnamesen 1992 und heute	2.250,00	3.000,00
P 12/85	Pan-African Women´s Empowerment & Liberation Organisation, Potsdam	Kenako-Festival – Afrika in Deutschland 2012	5.000,00	82.943,84
P 12/86	Verein „Helfende Hände für Waisenkinder in Afrika" e.V., Güstrow	Zentrum für Bildung und AIDS-Prävention in Tororo, Uganda	2.500,00	3.350,00
P 12/87	Förderverein „Martineum Halberstadt" e.V., Halberstadt	Schülerbegegnung Martineum Halberstadt (Deutschland) mit Lupalilo Secondary School (Tansania)	3.500,00	29.773,00
P 12/88	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Jahresveranstaltung – 5 Jahre weltwärts?	1.892,98	3.000,00
P 12/89	Ökospeicher Wulkow e.V., Lebus OT Wulkow	Zukunft einkaufen durch fairen Handel (Bildungsprojekt)	2.500,00	2.860,00
P 12/90	Tierra – Eine Welt e.V., Görlitz	Vom Amazonas zu den Anden – mit Hangaulo Dia durch Peru: Ein Sommercamp für Kinder von 9 - 14 Jahren	4.480,00	15.220,00
P 12/91	VolNet - Volunteer Network Organization e.V., Berlin	Jugend-Filmworkshop Health Education in Gunjur, Gambia	1.000,00	2.570,00
P 12/92	Nachami e.V., Rostock	Verbessertes Wassermanagement für den Schulgarten und eine Latrine für die Sabaki-Primary-School, Kenia	1.875,00	2.500,00
P 12/93	Regenwaldgruppe RANOALA e.V., Dresden	"Bäume pflanzen und Horizonte erweitern" – Schüler-projekt der Oberschule Anjahambe (Madagaskar) und des Gymnasiums Altenberg (Sachsen)	1.250,00	2.500,00
P 12/94	SONED Friedrichshain e.V., Berlin	Die MDG 2012 und SONED	3.300,00	3.898,00
P 12/98	Friedenskreis Halle e.V., Halle/S.	Globales Lernen in Sachsen-Anhalt	2.500,00	5.000,00
P 12/99	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Projekt "Geberharmonisierung"	500,00	500,00
P 12/101	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Wanderausstellung "Sagenhafte Solidarität"	750,00	750,00
P 12/102	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Seminar „Projekte, Produzenten, Produkte und Handelsbeziehungen im Fairen Handel – Warenkunde u. Hintergrundinformationen"	5.000,00	6.105,00
P 12/103	Jugendbund Deutscher Regenbogen in der djo-Deutsche Jugend in Europa, LV MV e.V., Ribnitz-Damgarten	Konferenz der Migrantenselbstorganisationen aus M-V	1.500,00	3.950,00

Projekt-Nr.	Träger	Projektbezeichnung	Fördersumme €	Gesamtvolumen €
P 12/104	VolNet - Volunteer Network Organization e.V., Berlin	Der globale Dorfladen – Einblicke in die Handelspartnerschaft zwischen Westafrika und Europa	750,00	1.350,00
P 12/105	Deutsche Jugend- und Bürgerhilfe (DJB) e.V., Berlin	Projekt: Korbflechterei für behinderte Erwachsene in Hai Phong, Vietnam	1.450,00	1.970,00
P 12/106	Pan-African Women´s Empowerment & Liberation Organisation, Potsdam	Konferenz: Die Flüchtlinge und die MDGs – Erweckung des Interesses der Asylbewerber an entwicklungspolitischen Projekten	2.500,00	5.750,00
P 12/107	KulturNaturHof Bechstedt e.V., Bechstedt	Wie gewöhnliche Menschen außergewöhnliche Dinge tun – Commons-Sommerschule 2012 für deutschsprachige TeilnehmerInnen aus aller Welt	2.500,00	25.712,00
P 12/108	Sudaca e.V., Leipzig	Workshopreihe "Die Finanzkrise aus globaler Perspektive"	1.200,00	2.640,00
P 12/109	Aktionsgemeinschaft für Kinder- und Frauenrechte e.V., Dresden	MOVE IT! Filmfestival für Menschenrechte und Entwicklung 2012	2.500,00	38.478,00
P 12/110	Verein „Freunde der russischen Sprache" e.V., Rostock	Altersarmut als Erscheinung der globalen Welt am Beispiel der Situation in Chile, der Ukraine und Aserbaidschan	600,00	1.509,00
P 12/111	Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	Unterstützung des VENRO-Projekts "Deine Stimme gegen Armut"	1.500,00	1.500,00
P 12/113	Bildungskollektiv BiKo e.V., Erfurt	Vortrag: Under pressure - Krisen, Kämpfe, Transformationen	1.500,00	18.300,00
P 12/114	Mohio e.V., Halle	Ausstellung zum Thema Wegwerfgesellschaft – trash is the new treasure	1.000,00	7.843,52
P 12/115	Afrika Yetu e.V., Berlin	50 Jahre Entkolonialisierung Afrikas – Retrospektive zur Kolonialgeschichte	1.500,00	10.560,00
P 12/116	El Cultrun e.V., Berlin	www.cultrun.de: Aktualisierung der Website des Vereins, Entwicklung und Gestaltung eines Vereins-Flyers	750,00	1.120,00
P 12/118	Puerto Alegre e.V., Frankfurt/Oder	Tour de Fair 2012 durch das Land Brandenburg	1.500,00	11.000,00
P 12/119	Baobab Infoladen Eine Welt e.V., Berlin	Förderung von Sachmitteln für die Fairhandels-Beratung in den Bundesländern Sachsen, Berlin/Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen	1.400,00	1.600,00
P 12/121	ElJoJoFe e.V., Jena	Befragung von Kleinbauern in Chencha (Äthipien) als Grundlage für die Erarbeitung von Lehrinhalten für Weiterbildungsmaßnahmen	2.500,00	3.500,00
P 12/122	solidaridad e.V., Halle (Saale)	Heldentage – Alternativlos war gestern. Wir wuppen die Krise - Aktionswoche zu alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen	1.000,00	20.878,00
P 12/127	WIR – in einer Welt – Plauen/Vogtland e.V., Plauen	Bildungsveranstaltung Fairer Handel	325,00	550,00
P 12/128	"Kultur, Bildung und Freizeit e.V. Cafe am Heizhaus, Ilsenburg"	"Another world is possible", Bildungsreise nach Windhoek, Namibia	1.500,00	13.840,00
P 12/134	arche noVa e.V., Dresden	Verbessserung der Wasser-, Hygiene- und Sanitärbedingungen der Bezirke Kitenga, Kiganda und Nalutuntu im Distrikt Mubende, Uganda	5.100,00	56.700,00
P 12/135	Deutsch-Laotische Gesellschaft (DLG) e.V., Berlin	Wasser System in Ban Nalarm, Laos	15.000,00	20.000,00
P 12/136	aha – anders handeln e.V., Dresden	Sächsische Entwicklungspolitische Bildungstage (SEBIT)	6.500,00	65.980,00
P 12/138	Somero e.V., Berlin	Lehren und Lernen – IT-Kenntnisse als Mittel zur Stärkung junger Frauen in Uganda	12.692,00	16.992,00
P 12/139	refugio thüringen e.V., Jena	"From colonial persecution to deportation – Take back the Power" - Seminarreihe zur politischen Bildung und Selbstorganisation von Flüchtlingen	1.500,00	7.030,00
P 12/140	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Gemeinsam gegen AIDS und Kinderprostitution in Maputo, Marracuene-Mapulanguene und Tete/ Mosambik	2.500,00	6.112,00
P 12/141	GlobaLE e.V., Leipzig	globaLE: Das globalisierungskritische Filmfest	2.500,00	14.420,00
P 12/142	Carpus e.V., Cottbus	Einkaufsführer "bio & fair in Cottbus"	600,00	13.190,00

Projekt-Nr.	Träger	Projektbezeichnung	Fördersumme €	Gesamtvolumen €
P 12/143	Städtepartnerschaft Leipzig - Addis Abeba e.V., Leipzig	10 Jahre Partnerschaftsvererein Leipzig – Addis Abeba	600,00	4.140,00
P 12/145	Eine Welt e.V. Leipzig, Leipzig	Reproduzierbare Techniken für den Alltag – umweltfreundlich, sinnvoll und sozial gerecht	1.000,00	9.150,00
P 12/146	Save Africa Children e. V. (Sachi e. V.), Halle (Saale)	Zielgruppen-Workshop zum Aufbau eines Gesundheitszentrums in Lomé/Togo	1.085,00	1.447,00
P 12/147	Planet 2000 e.V., Berlin	Erkundungsreise für das Projekt: Schulinternat RUMI/ Tadschikistan	800,00	1.600,00
P 12/148	sukuma arts e. V., Dresden	Umundu-Festival für global nachhaltigen Konsum 2012 in Dresden	5.000,00	26.345,00
P 12/149	Babel e.V. – Interkulturelle Sozialarbeit, Berlin	Transkulturelle Gemeinwesenarbeit auf Augenhöhe: Einladung von vier brasilianischen Akteuren des Projektes "Luz que anda"	1.250,00	5.400,00
P 12/151	Mohio e.V., Halle	Filmreihe „globale“ in Halle – 2. Halbjahr 2012	1.000,00	6.490,00
P 12/152	PowerShift e.V., Berlin	Workshop: Der Clean Development Mechanism (CDM): Entwicklungs- und Klimagerecht?	1.000,00	5.207,00
P 12/153	Förderverein des Migrantenrates der Hansestadt Rostock e.V., Rostock	„Wir vernetzen uns!“ – Schaffung einer Plattform für die Vernetzung der Migranten	5.000,00	21.366,00
P 12/154	Pan-African Women´s Empowerment & Liberation Organisation, Potsdam	Afrika - Diaspora - Idiba: Pan-Afrikanischer Frauentag	4.200,00	7.056,00
P 12/157	OIKOS Eine Welt e.V., Berlin	Klimafolgenanpassung und Waldschutz in ländlichen Gebieten Cunenes, Angola	5.000,00	648.600,00
P 12/158	Nachami e.V., Rostock	Latrinen für die Lerata Primary School, Kenia	2.808,00	3.744,00
P 12/159	Friedenskreis Halle e.V., Halle/S.	Engagiert für Frieden und Entwicklung – Frieden und Gewaltfreiheit als Thema in der Kunst, der Medien- und Bildungsarbeit	8.600,00	13.504,70
P 12/160	Carpus e.V., Cottbus	Verbesserung des Einkommens benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Palawan, Philippinen	508,00	6.921,00
P 12/162	Für eine kulturvolle solidarische Welt e.V., Berlin	Madalena International – eine ästhetische Perspektive auf die Unterdrückung von Frauen in der ganzen Welt	2.000,00	3.800,00
P 12/163	Verein zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen e.V., Potsdam	Entwicklung kritisch betrachten – Entwicklungspolitische Themenreihe 2012	2.100,00	2.845,00
P 12/164	Grüne Liga Sachsen e.V., Dresden	Entwicklungspolitische Bildungsarbeit 2012	3.750,00	5.000,00
P 12/165	Förderverein des Barnim-Gymnasiums e.V., Berlin	Schulpartnerschaft mit Tran Phu OS Haiphong, Vietnam	1.900,00	15.140,00
P 12/166	Twende Pamoja - Freundeskreis Tansania e.V., Potsdam	Bildungsarbeit im Land Brandenburg, Teil 2	2.000,00	3.160,00
P 12/167	Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V., Lutherstadt Wittenberg	Afrikatagung: Vom Land, das uns ernährt – Das Geschäft mit dem Hunger	1.000,00	10.648,00
P 12/169	Sagart e.V., Leipzig	Schüleraktivitäten für Fairen Handel von Baumwollprodukten aus Usbekistan	2.500,00	2.896,00
P 12/170	Pan-African Women´s Empowerment & Liberation Organisation, Potsdam	"Kapazitäten stärken": Die Flüchtlinge und die MDG (Folgeprojekt)	2.500,00	6.385,00
P 12/172	about:change e.V., Leipzig	Informationstour „Talking about revolution“:	2.500,00	500,00
P 12/173	Eine-Welt-Landesnetzwerk M-V e.V., Rostock	Entwicklungspolitische Tage 2012 in Mecklenburg Vorpommern	4.000,00	34.650,00
P 12/174	sukuma arts e. V., Dresden	Schüler-Film(ideen) Wettbewerb - 1. Pupils Millenium Award	2.000,00	2.750,00
P 12/175	Sisi Pamoja e.V., Leussow	2. Fortbildung für VorschullehrerInnen, mit Workshop in Tansania	2.500,00	4.225,00
P 12/177	Ökumenisches Forum Berlin-Marzahn e.V., Berlin	Hoffnung für die Armen: Armutsbekämpfung und Befriedigung von Grundbedürnissen in Bolivien	4.587,00	6.116,00
P 12/178	Kommunität Grimnitz e.V., Joachimsthal	Regenwasser-Zisterne für die ländliche Berufsfachschule Kashasha, Tansania	6.000,00	8.000,00
P 12/179	WIR – in einer Welt – Plauen/Vogtland e.V., Plauen	Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zum Thema „Fairer Handel“	530,00	710,00

Projekt-Nr.	Träger	Projektbezeichnung	Fördersumme €	Gesamtvolumen €
P 12/182	SAIDA International e.V., Leipzig	Textil-Manufaktur: Einkommenschaffende Maßnahmen in Gomboro, Burkina Faso	2.500,00	3.341,00
P 12/185	Iberoamerica e.V. Jena, Jena	„Pluracidades" : Ausstellung und Workshops	950,00	1.051,00
P 12/186	Gesellschaft zur Förderung der Europäischen Kooperative e.V., Dargun	Erstellung einer 4-seitigen TAZ-Beilage	1.500,00	5.576,40
P 12/187	Ärzte für Madagaskar e.V., Leipzig	Solarstrom für das krankenhaus Zoara in Fotadrevo/Süd-Madagaskar	2.475,00	3.300,00
P 12/188	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Gemeinde-Partnerschaft mit Chanka/Äthiopien	1.400,00	14.000,00
P 12/189	Verein zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen e.V., Potsdam	Sachamanta: Filmische Dokumentation zur Unterstützung von Menschen in Argentinien	1.000,00	3.130,00
P 12/191	Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung, Berlin	Jugendliche empowern, Armut bekämpfen in Nicaragua/ El Salvador	7.300,00	22.704,08
		Gesamtsumme	**615.197,59**	**3.709.867,84**

Projekte des Personalkostenförderfonds 2012

Finanziert aus Stiftungsmitteln			**€**
PFF 05/11	VENROB e.V.	Personalkostenförderung 2012	12.000,00
PFF 05/12	Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.	Personalkostenförderung 2012	12.000,00
PFF 05/13	Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V./MDO-Beratung	Personalkostenförderung 2012	12.000,00
PFF 05/40	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.	Personalkostenförderung 2012	12.000,00
PFF 05/43	Eine-Welt-Landesnetzwerk M-V e.V.	Personalkostenförderung 2012	12.000,00
		Gesamtsumme	**60.000,00**

Finanziert aus Mitteln des BMZ			**€**
PFF 05/02	Weltblick e.V., Greifswald	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/03	Eine-Welt-Landesnetzwerk M-V e.V./Fairhandelsberatung M-V	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/04	Eine-Welt-Haus e.V. Jena	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/05	Dachverein Reichenstraße e.V., Quedlinburg	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/06	Friedenskreis Halle e.V.	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/07	Carpus e.V., Cottbus	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/09	Puerto Alegre e.V., Frankfurt Oder	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/15	Talide e. V., Rostock	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/16	Tierra – Eine Welt e.V., Görlitz	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/19	OIKOS Eine Welt e.V., Berlin	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/20	Solidaritätsdienst-international e.V., Berlin	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/21	Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung, Berlin	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/22	Baobab Infoladen Eine Welt e.V./Fairhandelsberatung Sachsen	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/23	Baobab Infoladen Eine Welt e.V./Fairhandelsberatung Berlin-Brandenburg	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/26	Jugend,- Kultur,- und Umweltzentrum e.V., Oschatz	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/27	GSE e.V., Berlin	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/28	Demokratie und Integration Brandenburg (RAA) e.V., Potsdam	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/29	aha – anders handeln e.V., Dresden	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/30	Eine Welt e.V., Leipzig	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/33	Inkota-netzwerk e.V., Berlin	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/41	Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V./MDO-Beratung	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/42	Ökohaus Rostock e.V.	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/44	Förderverein des Migrantenrates der Hansestadt Rostock e.V., Rostock	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/45	Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft" Halle-Saalkreis e.V., Halle	Personalkostenförderung 2012	15.000,00
PFF 05/46	Pan-African Women´s Empowerment & Liberation Organisation, Potsdam	Personalkostenförderung 2012	7.500,00
			367.500,00

Geförderte Auslandsprojekte nach Ländern 2012

Projektland	Anzahl	Fördersumme €	Projektvolumen €
Afrika	20	107.635,00	1.600.446,00
Algerien	1	2.500,00	3.923,00
Angola	2	20.600,00	1.308.580,00
Äthiopien	1	2.500,00	3.500,00
Burkina Faso	2	17.500,00	20.608,00
Gambia	1	1.000,00	2.570,00
Kenia	3	6.683,00	9.584,00
Madagaskar	2	9.475,00	134.855,00
Mosambik	1	2.500,00	6.112,00
Nigeria	1	15.000,00	20.000,00
Tansania	2	8.500,00	12.225,00
Togo	1	1.085,00	1.447,00
Uganda	3	20.292,00	77.042,00
Asien	7	51.083,00	74.381,00
Indien	2	4.125,00	5.500,00
Laos	2	30.000,00	40.000,00
Philippinen	1	508,00	6.921,00
Vietnam	2	16.450,00	21.960,00
Lateinamerika	5	45.187,00	73.615,08
Bolivien	1	4.587,00	6.116,00
Chile	1	10.900,00	14.925,00
Guatemala	1	8.280,00	11.040,00
Nicaragua	1	14.120,00	18.830,00
Nicaragua, El Salvador	1	7.300,00	22.704,08
Gesamtsumme	**32**	**203.905,00**	**1.748.442,08**

Fördertätigkeit der Stiftung nach Sektoren 2012

Bereich	Anzahl	bewilligt	abgelehnt	zurückgezogen/ unentschieden	beantragte Summe €	Fördersumme €
Auslandsprojekt	43	32	7	4	304.176,98	203.905,00
Bildung	7	7	0	0	45.381,08	43.492,00
Einkommensschaffende Maßnahmen	6	5	1	0	30.958,00	13.458,00
Gesundheit	12	9	2	1	58.318,90	37.305,00
Infrastruktur	7	2	3	2	67.400,00	30.000,00
Landwirtschaft/Ernährungssicherung	4	4	0	0	58.019,00	43.000,00
Sonstiges	3	1	1	1	9.350,00	2.500,00
Trinkwasser	3	3	0	0	23.850,00	23.250,00
Umweltprojekte	4	3	1	0	30.750,00	28.350,00
Inlandsprojekt	177	140	21	17	1.034.510,36	830.473,92
Bildung	1	1	0	0	1.867,80	950,00
Außerschulische Bildung	29	24	2	3	108.922,63	82.075,00
Begegnungsreisen	6	4	1	1	25.915,00	8.300,00
Fairer Handel	12	9	1	2	34.105,00	19.355,00
Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	25	19	5	1	73.017,30	33.941,48
Jahresprogramme	7	7	0	0	93.888,00	85.893,00
Kommunale EZ	2	0	0	2	3.150,00	0,00
Kultur	17	7	6	4	49.679,00	16.000,00
Medien	5	4	1	0	16.700,00	7.500,00
MigrantInnen	10	8	0	2	49.785,00	30.943,89
Menschenrechte	3	2	1	0	5.500,00	3.750,00
Multiplikatorenschulungen	4	4	0	0	13.441,05	13.450,00
Personalkostenförderung	30	30	0	1	435.000,00	427.500,00
Projekterkundungsreisen	3	3	0	0	2.775,00	2.725,00
Publikationen	1	1	0	0	3.500,00	3.500,00
Reverseprogramme	7	5	2	0	15.572,00	8.750,00
Schulische Bildungsarbeit	10	7	2	1	36.672,58	23.130,00
Sonstiges	5	5	0	0	65.020,00	62.710,55
Studie	1	1	0	0	10.000,00	8.318,67
Evaluierung	1	1	0	0	10.000,00	8.318,67
Gesamtsumme	**221**	**173**	**28**	**21**	**1.348.687,34**	**1.042.697,59**

Gremien der Stiftung Nord-Süd-Brücken

Stand: 31.12.2012

Stiftungsrat

Vorsitzende / Vorsitzender

Ursula Pattberg, Expertin (ab 27.02.2012)
Peter Stobinski, Solidaritätsdienst-international e.V., Berlin (bis 27.02.2012)

Stellvertretende Vorsitzende

Uwe Prüfer, VENROB e.V., Potsdam (bis 27.02.2012)
Monika Tharann, Expertin, Berlin
Sylvia Werther, Solidaritätsdienst-international e.V., Berlin (ab 27.02.2012)

Mitglieder

Marianne Ballé Moudoumbou, Pan African Women's Empowerment & Liberation Organisation (PAWLO Germnay) e.V., Potsdam (ab 27.02.2012)
Elisabeth Bolda, Expertin, Berlin (ab 27.02.2012)
Stefan Farivar, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Sachsen-Anhalt, Magdeburg (bis 27.02.2012)
Kinfe Firdawok, akaki e.V., Dresden (bis 27.02.2012)
Birgit Gericke, Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V., Potsdam (ab 27.02.2012)
Catrin Gutowsky, Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft Sachsen-Anhalt, Magdeburg (ab 27.02.2012)
Dr. Reinhard Hermle, Experte, Aachen (ab 27.02.2012)
Dr. Kifleyesus-Matschie, ElJoJoFe e.V., Jena (ab 27.02.2012)
Dr. Michael Kreuzberg, Ökohaus Rostock e.V., Rostock (ab 27.02.2012)
Arndt von Massenbach, INKOTA-netzwerk e.V., Berlin (ab 27.02.2012)
Riccardo Neumann, Tierra – Eine Welt e.V., Görlitz (bis 27.02.2012)
Michael Preuß, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Land Brandenburg
Dr. Rainer Seider, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin
Thomas Schmidt, Weltblick e.V., Greifswald (bis 27.02.2012)
Christiane Schulte, Expertin, Berlin
Jörg Urban, Grüne Liga Sachsen e.V., Dresden (bis 27.02.2012)
Lois Waithira Wendrock, Expertin, Dresden (bis 27.02.2012)
Johannes Wendt, Experte, Berlin (bis 27.02.2012)
Kerstin Wippel, Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung (KATE) e.V., Berlin (ab 27.02.2012)
Dr. Volker Wirth, KarEn e.V., Berlin (bis 27.02.2012)

Stiftungsvorstand

Vorstandsvorsitzender

Eberhard Bauer, Experte, Berlin

Stellvertrende Vorstandsvorsitzende

Elke Rusteberg, Expertin (ab 27.02.2012)
Herbert Sahlmann, Experte, Bonn
Dorothea Trappe, ENS e.V., Dresden (bis 27.02.2012)

Mitglieder

Dr. Ralf Hedwig, Eine-Welt-Haus e.V. Jena (bis 27.02.2012)
Ronny Daniel Keydel, arche noVa e.V., Dresden (ab 27.02.2012)
Elke Rusteberg, Expertin, Berlin
Thomas Schmidt, Weltblick e.V., Greifswald (ab 27.02.2012)

Geschäftsstelle

Antje Bernhard, Verwaltungsangestellte
Walter Hättig, Geschäftsführer
Sandra List, Projektabrechnungen
Andreas Rosen, entwicklungspolitischer Referent
Ingrid Rosenburg, Finanzreferentin, stellv. Geschäftsführerin
Jan Wenzel, Servicestelle „weltwärts"

PraktikantInnen

Anni-Christin Kluge, November 2011 bis Februar 2012
Anja Christine Breul, März bis Mai 2012
Erbin Bapiock Dikongue, Juni bis Mitte Oktober 2012
Lea Maria Nissen, Juni bis Mitte Oktober 2012
Yvonne Naundorf, Mitte Oktober 2012 bis Mitte Januar 2013

Bestellbare Materialien

Stiftung allgemein:

Aufwerten oder weiter abkoppeln? Entwicklungspolitische Arbeit in den Neuen Bundesländern, September 2008

Stiftung Nord-Süd-Brücken in den Medien, 2010

Festbroschüre „10 Jahre Stiftung Nord-Süd-Brücken", 2004

Informationsbroschüre Stiftung Nord-Süd-Brücken, „Verstehen. Verbinden. Verbessern. Entschieden für EINE WELT.", 2004

Faltblatt „Stiftung Nord-Süd-Brücken", 2012

PowerPoint-Präsentation zur Vorstellung der Stiftung Nord-Süd-Brücken in der Öffentlichkeit, CD (30 Folien), 2003

Solidarität:

Dossier „Solidarität – Auslaufmodell oder Zukunftshoffnung?", in Kooperation mit dem INKOTA-netzwerk, 2008

Wanderausstellung „Sagenhafte Solidarität", 20 laminierte A1-Plakate zum Thema Solidarität und weltweite Armut, provozierend ins Bild gesetzt von ost-deutschen KunststudentInnen, kostenlos ausleihbar, mit Begleitmaterialien, 2005

Postkarten-Set mit 11 Motiven des Plakatwettbewerbs „Sagenhafte Solidarität", kontrastiert mit den Millenniumsentwicklungszielen, kostenlos bestellbar, 2005

MDG:

Materialsammlung „Von Schatzkisten und Strandpiraten – Module und Methoden der Bildungsarbeit zu den MDG", 2009

4-seitiges Informationsblatt zu den MDG und dem Sonderförderprogramm, DIN A4, 2007

Literatur- und Linkliste zu den Millenniumsentwicklungszielen, Stand 2009

Newsletter aufgetaucht Nr. 2 „Zwischenbilanzen", DIN A4

Newsletter aufgetaucht Nr. 13 „Menschenrechte", DIN A4

Sport & Solidarität:

Fair produziertes T-Shirt „Solidarität – Gib ab!", blau, verschiedene Größen, 15 Euro

Newsletter aufgetaucht Nr. 5 „Sport & Entwicklung", DIN A4

MSO-/MDO-Vereine:

Entwicklung von Projekten und Antragstellung - Eine Handreichung für MSO-/MDO-Vereine, erhältlich als pdf-Datei

Fundraising:

Newsletter aufgetaucht Nr. 3 „Fundraising", DIN A4

Newsletter aufgetaucht Nr. 9 „Wenn die Mittel fehlen ...", DIN A4

„Welcher Deckel passt auf welchen Fördertopf?", Zusammenstellung von Förderprogrammen, April 2007

Praxis-Reader zum Thema Fundraising „Schätze heben, aber wie?", DIN A4, 100 Seiten, 2006

„Auf eigenen Beinen stehen", Studie zu Finanzierungsmöglichkeiten entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisa-tionen, 2000, Broschüre 76 S. – leider vergriffen – als pdf-Dateien zum Download (www.nord-sued-bruecken.de)

weltwärts:

Newsletter aufgetaucht Nr.10 „Freiwilligendienst weltwärts", DIN A4

Informationsflyer der servicestelle weltwärts

Die RückkehrerInnen-Fibel – Wegweiser fürs Ankommen in Deutschland

Geschichte:

„Im Osten nichts Neues? Entwicklungspolitisches Engagement 10 Jahre nach der Wende", Bericht über das Forum der Stiftung am 12.10.1999 im Bonhoeffer-Haus/Berlin, Broschüre 61 S.

„Zur entwicklungspolitischen Landschaft in den Neuen Bundesländern", Geschäftsbericht über die Jahre 1996/1997, Broschüre 124 S.

Manfred Belle: Der Entwicklungspolitische Runde Tisch in der DDR und im vereinten Deutschland – Ziele, Arbeitsweise und Ergebnisse einer außergewöhnlichen Institution, 1994

„Wie der Osten stiften ging..." Die bewegte Gründungsgeschichte ostdeutscher Stiftungen und ihr Beitrag zu Bürgerengagement im vereinten Deutschland, Vortrag von Peter Stobinski, Vorsitzender des Stiftungsrates, anlässlich einer Veranstaltung zu 20 Jahre deutsche Einheit, Berlin, 17. März 2011

Wirkungsorientierung:

Wirkt so. – Handreichung zur Wirkungsorientierung und Antragstellung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, herausgegeben vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) e.V. und der Stiftung Nord-Süd-Brücken, zu beziehen über BER e.V. (buero@ber-ev.de), Schutzgebühr: 10 EUR zzgl. Versandkosten

Wir freuen uns auch über Ihr Interesse!

Mit einer Zustiftung können Sie unser Stiftungskapital stärken und somit dauerhaft die Arbeit der Stiftung absichern. Nähere Informationen und weiteres Material erhalten Sie jederzeit in unserer Geschäftsstelle.

stiftung
nord-süd
brücken

Stiftung Nord-Süd-Brücken
Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin

Tel.: 030 42 85 13 85
Fax: 030 42 85 13 86

info@nord-sued-bruecken.de
www.nord-sued-bruecken.de

Konto 3 15 15 00
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft